

Bürger- programm 2013

Vorläufige Fassung:

Vorbehaltliche Überprüfung Audioprotokoll,
Redaktionsgruppe und Lektorat.

DAMIT **DEUTSCHLAND** STARK BLEIBT.

FDP

Die Liberalen

Inhaltsverzeichnis

I. Wachstum, damit jeder aufsteigen kann	2
1. <i>Die Grundlage für unseren Wohlstand – stabiles Geld.....</i>	<i>2</i>
2. <i>Aus Verantwortung für heute und morgen – Schuldenberge abbauen.....</i>	<i>4</i>
3. <i>Entlastung für den Aufstieg.....</i>	<i>5</i>
4. <i>Mittelstand stärken, industrielle Basis erhalten, Arbeitsplätze schaffen.....</i>	<i>8</i>
5. <i>Impulsgeber für ein neues Zeitalter – bezahlbare und sichere Energie.....</i>	<i>10</i>
6. <i>Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert – neue Regeln für Finanzmärkte.....</i>	<i>14</i>
7. <i>Vielfalt der Regionen erhalten, Chancen der Demographie nutzen, ländliche Räume stärken.....</i>	<i>17</i>
8. <i>Gemeinsam wachsen – frei handeln.....</i>	<i>19</i>
II. Chancen, damit jeder über sich hinaus wachsen kann.....	21
1. <i>Chancen ergreifen – lebenslange Bildung.....</i>	<i>21</i>
2. <i>Der Einstieg zum Aufstieg – Chancen am Arbeitsmarkt.....</i>	<i>26</i>
3. <i>Chancen schaffen statt Mangel verwalten – Soziale Sicherheit für alle.....</i>	<i>30</i>
4. <i>Chancen nutzen – gemeinsam gesund leben.....</i>	<i>33</i>
III. Vielfalt, damit jeder eine Wahl hat	36
1. <i>Verantwortung stärken – in Familien und Verantwortungsgemeinschaften.....</i>	<i>37</i>
2. <i>Bürgerschaftliches Engagement stärken.....</i>	<i>39</i>
3. <i>Vielfalt leben – Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft.....</i>	<i>41</i>
4. <i>Einwanderung und Integration in einem vielfältigen, offenen Deutschland.....</i>	<i>44</i>
5. <i>Kultur und Medien als Spiegel der Vielfalt – Kultur von allen, Kultur für alle.....</i>	<i>47</i>
6. <i>Deutschland als Reiseland.....</i>	<i>49</i>
IV. Freiheit, damit jeder seinen Weg gehen kann.....	50
1. <i>Grundrechte in der digitalen Welt.....</i>	<i>50</i>
2. <i>Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft.....</i>	<i>52</i>
3. <i>Mehr Freiheit – liberale Innenpolitik.....</i>	<i>55</i>
4. <i>Transparenz und Information – für fairen Wettbewerb.....</i>	<i>58</i>
V. Fortschritt, damit unser Land die Zukunft gewinnt	61
1. <i>Die Zukunft gewinnen – neues Wissen durch Forschung und Entwicklung.....</i>	<i>62</i>
2. <i>Für die Zukunft bauen – Moderne Infrastruktur und bezahlbare Mobilität.....</i>	<i>63</i>
3. <i>Attraktives Lebensumfeld gestalten - Wohnen in Stadt und Land.....</i>	<i>67</i>
4. <i>Zukunft möglich machen – Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für eine lebenswerte Welt.....</i>	<i>70</i>
5. <i>Verantwortung für die eigenen Entscheidungen übernehmen – nachhaltig handeln.....</i>	<i>73</i>
VI. Verantwortung, damit Europa eine stabile und verlässliche Gemeinschaft bleibt.....	74
1. <i>Europa – liberales Versprechen und Verpflichtung.....</i>	<i>75</i>
2. <i>Vom gemeinsamen Währungsraum zur Stabilitätsunion.....</i>	<i>78</i>
VII. Frieden, damit mehr Menschen mehr Chancen bekommen	80
1. <i>In Verantwortung und Partnerschaft für mehr Frieden in der Welt.....</i>	<i>80</i>
2. <i>Menschenrechte sind das Fundament einer freien Gesellschaft.....</i>	<i>84</i>
3. <i>Freiheit schützen, Chancen schaffen – liberale Sicherheitspolitik.....</i>	<i>86</i>
4. <i>Partnerschaftlich Verantwortung übernehmen – weltweite Entwicklungszusammenarbeit....</i>	<i>89</i>

I. Wachstum, damit jeder aufsteigen kann

Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Deshalb schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir wollen das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllen: Dass jeder Mensch in unserem Land aus eigener Kraft den Aufstieg schaffen kann.

Dabei sind wir auf dem richtigen Weg. Während Europa eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise erlebt, hat Deutschland in den vergangenen Jahren eine Erfolgsgeschichte geschrieben: So viele Menschen in Arbeit wie noch nie zuvor in der Geschichte, die besten Beschäftigungschancen für junge Menschen in ganz Europa, ein solider Staatshaushalt, steigende Löhne und steigende Renten.

Diese Erfolgsgeschichte wollen wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Land fortsetzen. Wir verteidigen die Soziale Marktwirtschaft deshalb entschieden gegen jene, welche die Grundsätze unserer Wirtschaftsordnung wie das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns oder die Haftung für eigenes Tun und Unterlassen außer Kraft setzen wollen. Und wir verteidigen und stärken die Soziale Marktwirtschaft gegen alle anderen, die auf den Staat setzen, anstatt den Menschen zu vertrauen. Das ist die entscheidende Auseinandersetzung der kommenden Jahre.

Wir stärken die Soziale Marktwirtschaft, weil sie die Grundlage ist für Wohlstand, Fortschritt und Wachstum in Deutschland – für das Streben jedes Einzelnen nach Glück. Darum kämpfen wir für eine stabile Währung. Denn wir wollen die Ersparnisse und die Altersvorsorge der Menschen sichern. Darum sanieren wir unseren Staatshaushalt und werden so schnell wie möglich damit beginnen, Schuldenberge abzubauen, um so auch Zinszahlungen zu verringern – weil wir an unsere Kinder und Kindeskiner denken.

Wir stärken unseren Mittelstand, weil er das Rückgrat unserer Wirtschaft ist und gute, anständige Arbeit für die Menschen in unserem Land sichert. Und wir entlasten Bürger, Selbständige und Unternehmer von Steuern und Bürokratie. Damit am Ende des Monats etwas mehr Zeit und Geld bleibt – für das eigene Zuhause, die eigene Vorsorge, die eigenen Träume. Damit Erfinder, Entdecker, Wagemutige und Kreative die Mittel und die Freiheit dazu haben, ihre Ideen zu verwirklichen. Und damit unser Land voran bringen.

Gemeinsam können wir es schaffen, Deutschland weiter nach vorn zu bringen. Wir können Großes erreichen: Einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, Vollbeschäftigung, mehr Wohlstand und mehr Chancen für alle. Diese Ziele liegen in Reichweite. Dazu wollen wir unseren Weg gemeinsam mit den Menschen in unserem Land weitergehen – den Weg der Sozialen Marktwirtschaft.

1. Die Grundlage für unseren Wohlstand – stabiles Geld

Stabiles Geld ist ein Eckpfeiler jeder freien und fairen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Denn Inflation bedeutet die Vernichtung von Ersparnissen und die Entwertung der eigenen Lebensleistung. Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Geldwertstabilität daher nicht denkbar. Denn Geldwertstabilität schützt die Einkommen und das Eigen-

tum. Vor allem von Menschen mit kleinen Ersparnissen, Geringverdienenden und Rentnern. Inflation ist die größte soziale Ungerechtigkeit, die man sich vorstellen kann.

Geldwertstabilität ist deutsche Staatsraison. Die Stabilitätskultur ist unsere Mitgift für Europa. Unsere bittere historische Erfahrung ist: Kommt das Geldwesen in Unordnung, besteht die Gefahr, dass die ganze Gesellschaft in Unordnung gerät – mit unabsehbaren politischen Folgen. Tief ist die Hyperinflation der 20er Jahre und die Geldentwertung der unmittelbaren Nachkriegszeit in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt.

Manche wollen zur Bekämpfung der Schuldenkrise alle Geldschleusen öffnen und die Schulden weginflationieren. Neben der amerikanischen Notenbank haben die Europäische Zentralbank (EZB), die japanische und die britische Zentralbank ihre Geldmengen extrem ausgeweitet. Eine derart große Menge an Geld erhöht die Inflationsgefahr.

Eine dauerhafte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse ist aber grundfalsch. Das wäre der Weg in die Inflationsunion. Wir wollen hingegen den Weg der Sozialen Marktwirtschaft weiter gehen: Für stabiles Geld und für sichere Ersparnisse.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir wollen die schwarze Null beim Staatshaushalt und den Einstieg in die Tilgung unserer Schulden so schnell wie möglich erreichen. Wir stehen für solide, stabile Haushalte und die Tilgung unserer Altschulden. Denn weniger Staatsschulden sind der beste Schutz vor Inflation. Durch einen konsequenten Einsatz für mehr Wachstum stärken wir die Grundlagen unseres Wohlstandes in Deutschland und Europa – und schaffen die Basis für solide Haushalte und eine stabile Währung.
- Wir verteidigen die Unabhängigkeit der EZB. Die EZB muss der Geldwertstabilität verpflichtet bleiben. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die Sanierung der Staatshaushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.
- Wir möchten die Bundesbank im EZB-Rat stärken. Heute hat die Bundesbank im Rat der EZB nur eine von 17 Stimmen, obwohl Deutschland über ein Viertel des Haftungsrisikos trägt. Das ist nicht angemessen und soll sich ändern. Bei außergewöhnlichen Entscheidungen wie dem Aufkauf von Staatsanleihen brauchen die Bundesbank und die anderen großen Zentralbanken eine Veto-Möglichkeit.
- Wir stehen für eine Stabilitätsunion mit soliden Haushalten und Finanzen. Eine Haftungsunion wird es mit uns nicht geben. Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten, wie über Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds, lehnen wir Liberalen aus politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen ab. Stattdessen sind weitere Strukturreformen angezeigt, damit Europa aus eigener Kraft aus seinen Schulden heraus wachsen kann. Jede Form von Nothilfe ist das letzte Mittel, wenn die Stabilität der Euro-Zone insgesamt in Gefahr ist.
- Wir wollen die Geldwertstabilität ins Grundgesetz aufnehmen. Geldwertstabilität ist für die wirtschaftliche Freiheitsentfaltung der Bürger entscheidend.

2. Aus Verantwortung für heute und morgen – Schuldenberge abbauen

Der heutigen Generation steht es nicht zu, kommenden Generationen ihren Weg durch Schuldenberge zu verbauen. Wir sind der heutigen Generation gegenüber verpflichtet, die Zinszahlungen zu vermeiden. Das hat die Schuldenkrise Europas uns gezeigt: Wir müssen damit aufhören – in Deutschland und Europa – immer weiter unseren Lebensstandard heute auf Kosten der Zukunft zu finanzieren.

Schulden können wie Drogen wirken: Sie schaffen einen Teufelskreis, der erst in die Abhängigkeit führt und die Gesellschaft und Demokratie dann am Ende vor die Existenzfrage stellt. Die Krise in Europa lehrt: Wer den Staat überfordert, macht ihn in Wahrheit kaputt. Wer den Menschen immer höhere staatliche Leistungen verspricht, betrügt sie in Wahrheit um ihre Chancen. Wer meint, den Bürgern etwas Gutes zu tun, indem er die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes schwächt, der vergeht sich in Wahrheit an der Zukunft des Landes. Wir Liberalen stellen sicher, dass Deutschland und Europa richtig auf die aktuelle Krise reagieren: Mehr wirtschaftliche Leistungskraft und weniger Staat. Um diese grundlegende Frage geht es bei der Bundestagswahl 2013.

Aufgrund dieser Überzeugung haben wir für ein Verschuldungsverbot und die Konsolidierung des Staatshaushaltes gekämpft. Deshalb haben wir als erste Bundesregierung überhaupt die Ausgaben abgesenkt. Mehreinnahmen wurden für die Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt. Gleichzeitig haben wir Städten und Gemeinden neue finanzielle Spielräume eröffnet. Allein durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter entlasten wir die Kommunen jährlich um vier Milliarden Euro und geben ihnen wieder Luft zum Atmen. Im Vergleich zur Planung der schwarz-roten Vorgängerregierung im Jahr 2009 haben wir die Neuverschuldung in den vergangenen Jahren mehr als halbiert. Das bedeutet über 150 Milliarden Euro weniger Schulden als damals geplant. Schon 2012 wurde die ab 2016 geltende Grenze einer Neuverschuldung des Bundes von 0,35% unterschritten. Für 2014 haben wir einen strukturell ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt. Diese Konsolidierungserfolge gehen über das hinaus, was 2009 selbst Optimisten erwartet hätten. Ob diese solide Haushaltspolitik fortgesetzt oder aufgeweicht wird – darum geht es bei dieser Bundestagswahl.

Stabiles Wachstum und eine solide Haushaltspolitik – das ist der Weg zum Schuldenabbau. Neue Staatsaufgaben dürfen nur beschlossen werden, wenn ihre Finanzierung auch langfristig gesichert ist. Eine Gefälligkeitspolitik, die heute verspricht was morgen teuer bezahlt werden muss, hat uns erst in die Abhängigkeit von Finanzmärkten geführt. Die Handlungsfähigkeit eines haushalterisch soliden Staats gibt uns auch den Freiraum für eine Stärkung des Föderalismus, mehr kommunale Selbstverwaltung und die Einführung eines echten Konnexitätsprinzips. Deshalb wollen wir nach einer noch schnelleren Konsolidierung umgehend mit der Entschuldung von Bundes- und Länderhaushalten beginnen. Damit wir unsere eigene Freiheit und unsere Chancen nicht verspielen – und auch nicht die unserer Nachkommen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir wollen den Kurs der Haushaltskonsolidierung weiter fortsetzen und jetzt so schnell wie möglich damit beginnen, den Schuldenberg abzubauen.
- Mit einer „neuen Nachhaltigkeitsformel“, der Sparregel, wollen wir den Weg für eine effiziente und dauerhafte Sanierung der Staatsfinanzen ebnen. Dazu wollen wir sicherstellen, dass reale Steuermehreinnahmen, die aus Wachstum entstehen, ausschließlich

für den Schuldenabbau und Investitionen verwendet werden. Nur so können wir das Vorhaben einer schuldenfreien Nation tatsächlich zu einem Generationenprojekt machen, unabhängig von allen tagespolitischen Konflikten und Interessen.

- Direkte Beihilfen dürfen nur noch befristet gewährt und möglichst mit einem festen Abbaupfad verbunden werden. Eine Fortsetzung der Hilfen erfordert einen neuen Beschluss des Parlaments. Wir wollen weiter Subventionen abbauen sowie Effizienz- und Einsparpotentiale in der Öffentlichen Verwaltung heben.
- Wir wollen eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt einführen. Dabei soll das Gesamtvolumen an Finanzhilfen und Steuervergünstigungen vorabgesondert und vom Bundeshaushalt getrennt festgelegt und stufenweise abgeschmolzen werden.
- Unser Ziel ist es, die Staatsquote weiter zu senken. Dazu dient das Gebot, Projekte auf Möglichkeiten der Privatisierung zu prüfen.
- Wir Liberale stehen dafür ein, die Belastung der Menschen und Unternehmen durch Steuern und Abgaben nicht zu erhöhen. Ziel von uns Liberalen bleibt die Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger und Unternehmer. Um schleichende Steuererhöhungen durch die sogenannte Kalte Progression zu verhindern, muss der Einkommensteuertarif regelmäßig angepasst werden.
- Im Grundgesetz wollen wir den Halbteilungsgrundsatz verankern. Denn mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragsteuern an den Staat abzuführen ist unverhältnismäßig und leistungsfeindlich. Deshalb brauchen wir neben der Schuldenbremse auch eine Steuerbremse zum Schutz der Bürger, damit andere politische Mehrheiten sie nicht maßlos mit Steuern belasten.
- Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wollen wir umfassend neu ordnen. Dieses Vorhaben hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn Bund, Länder und Kommunen es im Rahmen einer neuen Föderalismuskommission gemeinsam, partnerschaftlich und entschlossen angehen. Im Vordergrund stehen dabei eine Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs die Wachstum und Sparsamkeit belohnt und nicht bestraft, der Abbau von Doppelzuständigkeiten und Mischfinanzierungen sowie der Ausbau der Finanzautonomie der Länder und ein föderaler Wettbewerb. Unser Ziel ist es, zwischen Bundes- und Landessteuern stärker zu trennen. Gleichzeitig wollen wir in unserer Verfassung ein echtes Konnexitätsprinzip verankern: Gemeinden dürfen von Bund oder Ländern nur noch mit zusätzlichen Aufgaben betraut werden, wenn die Finanzierung durch den Gesetzgeber gewährleistet ist. Schließlich muss gelten: Wer bestellt, der bezahlt.

3. Entlastung für den Aufstieg

Chancen schaffen wir, indem wir Hindernisse beseitigen und Belastungen vermindern, die den Menschen ihren Aufstieg erschweren. Deshalb kämpfen wir Liberalen entschieden gegen zusätzliche Belastungen der Bürger und Unternehmen – und für den Abbau von Bürokratie, für die Vereinfachung des Steuersystems und für die Entlastung der Bürger.

Darum haben wir mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages die Familien in unserem Land um jährlich 4,6 Milliarden Euro entlastet. Für eine vierköpfige Familie bedeutet das: mindestens 480 Euro mehr im Jahr. Die schrittweise Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge hat eine weitere jährliche Entlastung von acht Milliarden Euro gebracht. Wir haben die steuerlichen Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen verbessert, die Bürokratiekosten in Deutschland um elf Milliarden Euro abgebaut und die Staatsquote von 48,1 auf 45,2 Prozent gesenkt. Erste Schritte zur Vereinfachung des Steuerrechts sind umgesetzt, die Arbeitnehmerpauschale wurde von uns auf 1.000 Euro erhöht.

Mit unserer Politik haben wir neue Freiräume geschaffen, damit die Menschen in unserem Land ihre Kraft und Kreativität frei entfalten können. Wir haben, gegen große Widerstände, ihnen das Leben ein Stück weit vereinfacht und Belastungen abgebaut. Wir haben die Menschen und damit die Wachstumskräfte in unserem Land gestärkt – und dadurch auch die Voraussetzungen für einen stabilen Aufschwung und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung geschaffen. Das wollen wir weiter tun.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Unser Ziel bleibt die Entlastung der arbeitenden Mitte. Eine höhere Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen lehnen wir entschieden ab. Hohe Steuersätze führen nicht automatisch zu höheren Staatseinnahmen, sondern verhindern Wachstum, vernichten Arbeitsplätze und gefährden damit die Existenz zahlloser Arbeitnehmer und ihrer Familien. Die Einführung von EU-Steuern wird von uns abgelehnt.
- Wir sehen nach wie vor die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Einkommen- und des Unternehmensteuerrecht. Dabei setzen wir auf ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem mit moderaten Sätzen und wenigen Ausnahmen – idealerweise in einem Stufentarif. Die Entlastung der berufstätigen Mitte und die Haushaltskonsolidierung schließen sich nicht aus. Bei der Haushaltskonsolidierung setzen wir vor allem auch auf Aufgabenkritik und die Senkung von Ausgaben. Der Staat darf auf keiner Ebene mehr ausgeben als er einnimmt. Staatsschulden dürfen nicht aufgebaut, sondern müssen jetzt abgebaut werden. Dieses Ziel bleibt vorrangig.
- Unser Ziel ist es, im Sinne von „Privat vor Staat“ die Staatsquote weiter zu senken. Deshalb werden wir auch in Zukunft prüfen, welche Projekte und Aufgaben sinnvollerweise privatisiert werden können.
- Unabhängig von der Höhe der Steuern sparen weitere Vereinfachungen des Steuerrechts Bürgern und Unternehmen Zeit und Kosten. Dem Erfindungsreichtum der Finanzverwaltung, die immer neue Berichtspflichten und bürokratische Kontrollsysteme zu Lasten der Mittelschicht entwickelt, wollen wir Grenzen setzen. In diesem Zusammenhang wollen wir insbesondere Pauschalregelungen einführen, Pauschalen anheben, zu Lasten des Mittelstandes abgeschaffte Pauschalregelungen wieder herstellen, sowie Berichtspflichten und sonstige Bürokratie reduzieren.
- Wir wollen die Kalte Progression bekämpfen. Derzeit ist es so, dass die Menschen trotz Lohnerhöhungen unter Umständen weniger in der Tasche haben, weil das zusätzliche Einkommen durch automatische Steuererhöhung und die Inflation wieder aufgeessen wird. Wir wollen deshalb die Auswirkungen der Kalten Progression alle zwei Jahre über-

prüfen und den Einkommensteuertarif anpassen, damit der Staat sich nicht auf Kosten der Bürger an der Inflation bereichert.

- Im Jahr 2019 läuft der Solidaritätspakt aus. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Aufbauhilfen Ost schrittweise vollständig abgebaut. Wir wollen den Solidaritätszuschlag im Laufe dieser Legislaturperiode schrittweise vollständig abbauen.
- Anstrengung soll sich lohnen. Die Steuerklasse V, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonders für Frauen nach einer Familienpause steuerlich häufig unattraktiv erscheinen lässt, wollen wir deshalb abschaffen. Familien müssen leistungsgerecht besteuert werden. Die Freibeträge der Kinder sollen schrittweise auf das Niveau der Freibeträge von Erwachsenen angehoben werden. Das Ehegattensplitting wollen wir beibehalten und wir sprechen uns für seine Ausweitung auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften aus. Denn die steuerliche Entlastung aus dem Splitting ist Gegenleistung für die Verantwortung der Ehegatten untereinander. Diese Verantwortung ist vorrangig im Verhältnis zu dem Anspruch eines Ehegatten auf soziale Mindestabsicherung gegen Staat und Solidargemeinschaft. Das Ehegattensplitting ist damit Ausdruck sowohl sozialrechtlicher Subsidiarität als auch des Vorrangs privater Verantwortung vor staatlicher Umverteilung. Entsprechende Einstandspflichten existieren aber nicht nur zwischen Ehegatten, sondern auch zwischen Lebenspartnern. Daher sollten sie hier wie im Übrigen auch mit Ehepartnern gleich gestellt werden.
- Ein verschärftes Erbschaftsteuerrecht sowie eine Vermögensabgabe und eine Vermögensteuer wären gerade für kleine und mittelständische Unternehmen eine untragbare Belastung und würden zu einem massiven Abfluss von Kapital und Vermögen aus Deutschland führen und viele Arbeitsplätze vernichten. Das lehnen wir ab.
- Wir wollen das Grundsteuerrecht reformieren, das heutige Bewertungsgesetz abschaffen und den Kommunen flexible Hebesätze einräumen, mit denen die Verhältnisse vor Ort und die Art der Nutzung berücksichtigt werden können. Das soll nicht zu einer Erhöhung des Grundsteueraufkommens führen. Die Gewerbesteuer wollen wir in ein kommunales Einkommen- und Körperschaftsteuersystem überführen. Ein erster Schritt hierzu ist die Beseitigung der heutigen gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen. Die derzeitige ertragsunabhängige Besteuerung zum Beispiel von Mieten und Zinsen führt effektiv zu einer Substanzbesteuerung – und bedroht damit gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten die Existenz insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen.
- Die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge hat sich bewährt. Sie ermöglicht eine international abgestimmte Kapitalbesteuerung, verhindert Steuerhinterziehung und vermeidet datenschutzrechtlich bedenkliche Kontrollmaßnahmen. Durch Heraufsetzung der Freibeträge für Kapitalerträge aus Zinsen und Dividenden möchten wir den privaten Haushalten einen Anreiz zur Altersvorsorge bieten.
- Wir setzen uns dafür ein, das System der Verbrauchssteuern (z.B. Kaffeesteuer) auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Die dadurch eventuell nicht mehr benötigten Finanzbeamten können sinnvoller zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs eingesetzt werden.

4. Mittelstand stärken, industrielle Basis erhalten, Arbeitsplätze schaffen

Die Soziale Marktwirtschaft schafft Chancen, damit sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten kann. Wir wollen Vollbeschäftigung erreichen, damit jeder die Chance bekommt, durch eigene Anstrengung aufzusteigen und seine Lebensverhältnisse zu verbessern. Voraussetzung dafür ist aber eine starke, dynamische und innovative Wirtschaft, die Arbeit schafft und Chancen zum Ein- und Aufstieg bietet. Deshalb wollen wir den Industriestandort Deutschland und den Mittelstand – das Rückgrat unserer Wirtschaft – weiter stärken sowie das Handwerk als Wirtschaftsfaktor voranbringen. Deshalb kämpfen wir gegen planwirtschaftliche Tendenzen und gegen alle Schritte in Richtung auf Einheitslöhne, Einheitskassen und Einheitsrenten. Stattdessen setzen wir auf mehr Wettbewerb und auf die Kraft liberaler Ordnungspolitik. Monopole und Kartelle zerstören die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems. Deshalb fordern wir Liberale eine Stärkung des Wettbewerbsrechts einschließlich der Möglichkeit der Entflechtung. Das schafft Chancen, Perspektiven und Zukunft.

Die deutsche Wirtschaft, insbesondere ein starker Mittelstand haben uns schneller aus der Krise geführt als nahezu alle anderen Staaten der Welt. Das Engagement von Familienunternehmen, Selbständigen und Freiberuflern hat Millionen Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Dass dies möglich war, ist auch ein Verdienst liberaler Wirtschaftspolitik. Wir haben die Unternehmen in Deutschland entscheidend bei den Bürokratiekosten entlastet, Krisen verschärfende Vorschriften in der Unternehmensteuer beseitigt und Existenz bedrohende Regeln im Erbrecht ausgeräumt. Eingriffe in die Soziale Marktwirtschaft zugunsten großer Konzerne wie Opel, Karstadt oder Schlecker haben wir unterbunden. Wir setzen uns ein für mehr Wettbewerbsfähigkeit und eine sichere, bezahlbare Energieversorgung. Entschieden sind wir jedem Versuch entgegen getreten, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu schwächen und die Soziale Marktwirtschaft zu untergraben.

Die Freiheit unserer Wirtschaftsordnung stärkt auch die internationale Wettbewerbsfähigkeiten deutscher Unternehmen. Dafür haben wir das Insolvenzrecht grundlegend überarbeitet, Kleinstunternehmen von unnötiger Bürokratie befreit und bei Patenten, im Genossenschaftsrecht und bei den Verbraucherrechten notwendige Anpassungen vorgenommen.

Gemeinsam haben wir so neue Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten für die Menschen in unserem Land geschaffen: alleine 1,6 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze seit 2009. Diesen Weg erfolgreich gegangen zu sein, ist der Verdienst von Arbeitnehmern, Unternehmern und Mittelständlern. Es ist der Verdienst von Menschen, die sich jeden Tag neu anstrengen. Diese Menschen machen uns stark. Und wir wollen diese Menschen weiter stark machen. Dafür verteidigen wir die Soziale Marktwirtschaft.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir aufkommensneutral weiter entwickeln und vereinfachen. Eine einheitliche Bemessungsgrundlage nach dem Verkehrswert, verbunden mit moderaten Steuersätzen und angemessenen Freibeträgen vermeiden dabei unnötige Bürokratie, schaffen Rechtssicherheit bei der Unternehmensnachfolge und stärken das Vertrauen in den Standort Deutschland. Bei jeder Unternehmensnachfolge muss die Erbschaftsteuer aus den zukünftigen Erträgen erwirtschaftet werden können. Das wollen wir durch Höchstgrenzen und vernünftige Stundungsregeln garantieren. Der altmodische Stufentarif in der Erbschaftssteuer, bei welchem die jeweils nächste Stufe grundsätzlich vom ersten Euro an greift, ist zu ersetzen durch einen Stufentarif der übli-

chen Form, wonach der Tarif der jeweils nächsten Stufe erst ab Einsetzen der nächsten Stufe greift.

- Wir wollen die Umstellung von der heutigen Soll-Besteuerung auf die Ist-Besteuerung bei der Mehrwertsteuer, um die Liquidität mittelständischer Betriebe zu sichern und die Verfolgung von Umsatzsteuerbetrug erheblich zu erleichtern. Wir wollen eine grundlegende, aufkommensneutrale Reform der Mehrwertsteuer mit dem Ziel einer deutlichen Vereinfachung.
- Die Unternehmensteuer muss wachstumsfreundlich modernisiert werden. Dazu wollen wir sie möglichst rechtsform- und finanzierungsneutral ausgestalten und für kleine und mittlere GmbHs die so genannte transparente Besteuerung einführen. Danach könnten sich kleine und mittelständische GmbHs vergleichbar mit Personenunternehmen besteuern lassen. Bei der Konzernbesteuerung brauchen wir ein wettbewerbsfähiges Gruppenbesteuerungsrecht nach österreichischem Vorbild. Umwandlungen innerhalb des Konzerns dürfen weder der Ertragsteuer noch der Grunderwerbsteuer unterworfen werden.
- Um die Eigenkapitalbildung in Personengesellschaften, die nach der Einkommensteuer veranlagt werden, zu erleichtern, wollen wir eine steuermindernde Eigenkapitalverzinsung umsetzen, wie sie in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich verwirklicht wird. Alle Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlasst wurden, sollen auch in Zukunft im bisherigen Umfang abzugsfähig bleiben.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen weiter verbessern, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Umsetzung der neuen Baseler Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) muss mittelstandsfreundlich, unbürokratisch und kostensparend erfolgen. Andernfalls würde die Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen erschwert, obwohl Mittelstandskredite nachweislich durch persönliche Haftung ein geringes Risiko bedeuten. Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir die Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen stärken und die Bagatellgrenze bei der Regionalförderung weiter heraufsetzen. Wir werden die Rechtsform der Genossenschaft attraktiver machen für Unternehmensgründer, insbesondere Gründer sozialer Unternehmen.
- Der Abbau teurer und überflüssiger Bürokratie muss politisch höchste Priorität genießen. Daher soll künftig ein Ministerium (z.B. das Wirtschaftsministerium) umfassend für diesen Themenbereich zuständig sein. Nur so bekommt dieses Anliegen ein starkes Sprachrohr im Kabinett.
- Der Fachkräftemangel wird in vielen Branchen zu einer Wachstumsbremse, der viele Arbeitsplätze gefährdet. Wir setzen dabei auf Stärkung von Bildung, Weiterbildung, lebenslangem Lernen und auf einen flexiblen und familienfreundlichen Arbeitsmarkt. Fachkräftesicherung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie beginnt bei der Ausbildungsfähigkeit und Motivation von Jugendlichen sowie der Verringerung der Abbrecherquote bei der Berufsausbildung, geht über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf über die Nutzung der Kompetenz von Senioren bis zu einem modernen Einwanderungsrecht.
- Wir beabsichtigen, die Innovationskraft des deutschen Mittelstandes und der deutschen Industrie weiter zu stärken. Dafür unterstützen wir die Entwicklung von Technologie-

und Innovationsclustern durch die zielgerichtete Vernetzung von Universitäten, Fachhochschulen und forschenden Einrichtungen mit möglichen Kapitalgebern. Die steuerlichen Anreize für Venture Capital und Business Angels wollen wir verbessern und im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung intensivieren. Deutschland muss jungen Unternehmen die Möglichkeit zur Entfaltung bieten und darf den Anschluss bei der Hochtechnologie nicht verlieren.

- Das Handwerk braucht faire Chancen. Dazu gehört der Zugang zu Finanzierungsquellen und öffentlichen Aufträgen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks beginnt dabei im eigenen Land. Deshalb wollen wir die Standortbedingen vor Ort durch eine handwerksgerechte Verkehrspolitik, wirksame Fachkräftesicherung und den Abbau von Bürokratie, zum Beispiel bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, verbessern – wir wollen das Handwerk stärken.
- Wir wollen die Handwerksordnung und damit zusammenhängende Gesetze entsprechend der europäischen Regelungen weiter entwickeln, damit mehr Menschen ohne überflüssige bürokratische Hürden ihre Dienste anbieten, ihr eigenes Einkommen sichern, Arbeitsplätze schaffen und Steuern und Sozialabgaben zahlen können.
- Die Zukunft des Standorts Deutschlands hängt wesentlich davon ab, dass wir die Innovationskraft von Industrie und Mittelstand stärken – und nicht ausbremsen. Wir Liberalen setzen uns dafür ein, dass neue Ideen und Geschäftsfelder eine Chance erhalten und nicht durch Bürokratie im Keim erstickt werden. Insbesondere Start-Ups benötigen in der Gründungsphase vor allem Freiräume – Freiräume vor überzogenen bürokratischen Anforderungen, die Zeit und Geld verschlingen.
- Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der neuen Bundesländer muss weiter verbessert werden, um ein selbsttragendes Wachstum nach dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019 zu ermöglichen. Hierfür muss es weiterhin gezielte Fördermaßnahmen geben statt Gießkannenverteilung. In der Internationalisierung der ostdeutschen Exportwirtschaft sehen wir eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik und -förderung. Steigende Exporte tragen maßgeblich dazu bei, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu sichern. Angesichts der Zunahme wirtschaftlicher Aktivitäten von staatseigenen Unternehmen (State-Owned-Enterprises) auf nationaler und internationaler Ebene setzen wir uns für die Einführung weltweiter Standards zur Wahrung des Wettbewerbs ein.

5. Impulsgeber für ein neues Zeitalter – bezahlbare und sichere Energie

Wachstum schafft neue Chancen. Darum wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten. Die beschlossene Energiewende ist dabei eine Chance – sie erfolgreich zu gestalten ist aber auch ein Kraftakt. Sie wird nur gelingen, wenn die noch ausstehenden Entscheidungen bei der Bremsung des Anstiegs der Strompreise, der besseren Steuerung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und den Rahmenbedingungen für den Bau neuer Ersatzkraftwerke nunmehr unverzüglich erfolgen. Dabei ist ein marktwirtschaftlicher Ansatz zu wählen. Deutschland kann zu einem Impulsgeber für ein neues Zeitalter werden. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir die Basis für Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt nicht untergraben. Deshalb sind für uns Versorgungssicherheit und

Bezahlbarkeit ebenso wichtig wie schnelle Fortschritte im Umweltschutz. Wir Liberalen werden die Energiewende mit Engagement, Augenmaß und Realismus zu einem Erfolg machen.

Energie muss für alle Bürger, mittelständische Betriebe, Handwerk und Industrie bezahlbar bleiben. Wir werden nicht zulassen, dass Energiepreise zur sozialen Frage werden. Jeder von den Menschen zu viel bezahlte Euro für Energie fehlt ihnen, um ihre eigenen Träume und Ziele zu verwirklichen. Jeder von der Wirtschaft zu viel bezahlte Euro für Energie macht das Leben teurer und gefährdet Arbeitsplätze. Deshalb wollen wir den Zeitplan und die Steuerungswirkung aller Fördermaßnahmen regelmäßig überprüfen und, wenn notwendig, anpassen. Langfristig sollen wirtschaftlich sinnvolle und umwelt- und klimapolitisch verträgliche Chancen für eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen genutzt werden.

Weil wir Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit wollen, haben wir den notwendigen finanziellen Rahmen für die beschleunigte Energiewende geschaffen und den Netzausbau gesetzlich neu geregelt. Dabei stellen wir den beschleunigten Ausbau der Energienetze bei gleichzeitiger Beteiligung der Bürger sicher. Wir haben neue Programme zur energetischen Gebäudesanierung, zur Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien sowie neuer Speichertechnologien aufgelegt. Zusätzlich haben wir beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits mehr Wettbewerb durchgesetzt – und arbeiten weiter daran, die von Rot-Grün verordnete teure Überförderung zu beseitigen. Wir wollen mehr Markt und raus aus der Planwirtschaft. Die Festlegung von Strompreisen durch die Politik darf kein Dauerzustand sein. Wir unterstützen die Einführung einer Strompreisbremse, damit zum 1.1.2014 die Strompreise nicht erneut ansteigen. Neue Anlagen erneuerbarer Energien und begünstigte Unternehmen müssen einen angemessenen und kurzfristig realisierbaren Beitrag zur Stabilisierung der EEG-Umlage leisten. Wir haben dafür gesorgt, dass Eingriffe in rechtswirksame Förderzusagen nicht Bestandteil des Vorschlags sind.

Liberale Energiepolitik sorgt dafür, dass die Energieversorgung sicher, sauber und bezahlbar bleibt.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Der Staat darf sich an steigenden Energiekosten nicht bereichern. Als sofort wirksame Maßnahme soll die Stromsteuer auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß gesenkt werden. Auch die Länder müssen sich an der Rückgabe der Mehreinnahmen an den Steuerzahler beteiligen. Wir wollen dazu in der nächsten Wahlperiode eine neue Initiative zur steuerlichen Entlastung der Bürger bei der energetischen Gebäudesanierung, die dann von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden soll.
- Um den gesamten Energiemarkt marktwirtschaftlicher zu gestalten, ist eine zügige und grundlegende Reform des EEG erforderlich. Dazu haben wir in der vergangenen Legislaturperiode ein Reformkonzept vorgelegt. Die erneuerbaren Energien sollen schneller und konsequenter als bisher an den Markt herangeführt werden. Unser Ziel ist es, dass die Erneuerbaren Energien spätestens im Markt sind, wenn das letzte Kernkraftwerk in Deutschland abgeschaltet ist. Wir Liberale stehen dabei für Rechtssicherheit und Vertrauensschutz in getätigte Investitionen. Alle Reformvorschläge beziehen sich daher stets nur auf Neuanlagen. Bei der Weiterentwicklung des Fördersystems werden wir insbesondere die Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittelständischer Unternehmen berücksichtigen.

- Es soll ein klarer Stufenplan entwickelt werden, mit dem zügig und planbar alle Anlagengrößen und Technologien zwingend von der festen Einspeisevergütung in die Direktvermarktung wechseln sollen. Dabei bedarf es geeigneter Konzepte, um kleinere Anlagen vom administrativem Aufwand der Direktvermarktung zu entlasten. Gleichzeitig sollen die Direktvermarktungsinstrumente für Erneuerbare Energien weiterentwickelt werden. Die bisherige EEG-Marktprämie ist durch einen Marktzuschlag auf den Börsenpreis zu ersetzen. Er sollte degressiv ausgestaltet sein und nach Technologien, aber nicht mehr nach Anlagengrößen unterscheiden.
- Einspeisevergütungen und Marktzuschläge sind bei allen Technologien einer deutlich höheren Vergütungsabsenkung pro Jahr für Neuanlagen zu unterwerfen. Der künftige Ausbau der Erneuerbaren Energien soll gleichmäßiger und ohne Überhitzungen erfolgen. Der „atmende Deckel“ als automatischer Anpassungsmechanismus soll deshalb von der Photovoltaik auf alle Technologien ausgeweitet werden. Erreicht eine Technologie die Ausbauziele, so ist die Förderung aus dem EEG zu beenden. Ausnahmen sind nur bei Anlagen denkbar, die über die Energieproduktion hinaus noch wichtige Aufgaben übernehmen.
- Wir Liberalen sprechen uns dafür aus, den EU-Binnenmarkt auch für Erneuerbare Energien entschieden voranzubringen. Wir streben einen garantierten Mindestanteil Erneuerbarer Energien im gesamten Binnenmarkt an. Die Einführung eines europäischen Fördermodells – auch in Form eines Mengenmodells – ist durch eine Mehrheitsentscheidung der Mitgliedsstaaten möglich. Sollte sich eine europäische Lösung absehbar nicht realisieren lassen, soll Deutschland seinerseits ein nationales Mengenmodell zügig umsetzen.
- Ausnahmen von EEG-Umlage und Stromsteuer für energieintensiv produzierende Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind zur Sicherung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum am Industriestandort Deutschland unverzichtbar. Andernfalls drohen Arbeitsplatzverluste durch Abwanderung der Industrie. Es war auch richtig, den industriellen Mittelstand mit Großkonzernen in der Industrie gleichzustellen. Das wichtigste Ziel ist jedoch die Begrenzung der Kosten der Energiewende insgesamt. Unternehmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, sollen nicht begünstigt werden, da dies die Umlage für Privathaushalte und Mittelstand unangemessen erhöht.
- Wir unterstützen nachdrücklich die Entwicklung einer Partnerschaft im Bereich der Erneuerbaren Energien mit Nordafrika. Der Solarplan der Union für das Mittelmeer beziehungsweise das DESERTEC-Projekt können langfristig einen Beitrag zur Diversifizierung des Energieangebots und zur Stabilität der Stromversorgung leisten. In einem ersten Schritt werden wir den begonnenen Bau solarthermischer Kraftwerke in Nordafrika im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiter unterstützen. In einem zweiten Schritt wollen wir Rechtssicherheit für den Marktzugang von Solar- und Windstrom aus Nordafrika in die EU schaffen – möglichst im Rahmen eines europäischen Mengenmodells. Rechtssicherheit muss auch geschaffen werden für den Transit-Leitungsbau im frühzeitigen Zusammenwirken mit den betroffenen Ländern.
- Mit der Einführung eines bundesweit koordinierten Netzentwicklungsplans, der Grundlage für einen Offshore-Netzentwicklungsplan und zahlreicher gesetzlichen Vorkehrungen für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir wesentliche Vorkehrungen für einen beschleunigten Netzausbau getroffen. Nun kommt es

darauf an, dass die Ausbauprojekte zügig von den Netzbetreibern realisiert werden. Dabei sind auch die Länder in der Pflicht, die vorhandenen Instrumente für eine zügige Umsetzung vollumfänglich zu nutzen.

- Die Dezentralisierung bietet die Chance, den Wettbewerb zu stärken und die Energiemärkte für den Mittelstand zu öffnen. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Versorgungsnetze zu intelligenten Netzen (smart grids) die aktiv auf unterschiedliche Energienachfrage reagieren und damit die Effizienz der im Netz eingesetzten Energie erhöhen.
- Der Bundesnetzagentur soll sofort die Möglichkeit eingeräumt werden, bei instabilen Netzverhältnissen den Einspeisevorrang für neue Großanlagen per Beschluss regional und befristet außer Kraft setzen zu können. Das schafft einen Anreiz, Großanlagen der regionalen Nachfrage entsprechend zu bauen. Der Einspeisevorrang ist ansonsten zu erhalten, um kleinen Anbietern eine faire Chance zu geben und den Druck auf die Netzbetreiber zum Netzausbau zu erhalten.
- Nicht nur Kilowattstunden, sondern auch die Bereitstellung von Leistung soll honoriert werden. Die Regulierung des Stromnetzes soll solche Marktmodelle zur Stabilisierung des Stromnetzes ermöglichen. Diese sollen hinsichtlich der Ausgestaltung aber die Interessen der Verbraucher berücksichtigen. Deshalb fordern wir klare und verlässliche Rahmenbedingungen für die Investitionen in Reserve- und Ersatzkraftwerke, wie das mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes bereits eingeleitet worden ist. Dafür ist die Einführung eines Anreizsystems auf Bundesebene und mittelfristig ein neues, marktwirtschaftlich ausgestaltetes Förder- und Marktdesign erforderlich. Nur so kann die gegenwärtige Zurückhaltung bei Investitionen beendet und Versorgungssicherheit in Spitzenlastzeiten dauerhaft gewährleistet werden.
- Wir wollen die Chancen zur Energiespeicherung nutzen. Deshalb unterstützen wir gute Rahmenbedingungen für einsatzfähige und effiziente Speichermöglichkeiten, z.B. für Power-to-Gas-Modelle, Pumpspeicher-Kraftwerke oder die kurzfristige Speicherung von Strom mittels Batterietechnik oder anderer einsatzfähiger effizienter Speichermöglichkeit.
- Wir wollen die Erdgasversorgung in Deutschland sichern und verbessern. Neben neuen Pipelines, die uns unabhängiger von Gasimporten aus nur einem Land machen, und einem besseren Zugang zur Versorgungskette für Flüssiggas – unter Ausnutzung des bestehenden inländischen Gasnetzes – wollen wir einen stärkeren Wettbewerb auf dem Gasmarkt – in Deutschland und Europa.
- Die Umsetzung des Energiekonzeptes kann nicht isoliert nur im Stromsektor erfolgen. Eine Reform des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes ist überfällig. Wir brauchen eine klare Perspektive für die Eigentümer und das Handwerk. Wir wollen ein Mengenmodell einführen, das die Großhändler von Öl und Gas verpflichtet, einen bestimmten Anteil erneuerbarer Wärme auf den Markt zu bringen. Diese Vorgabe können sie durch Biogaseinspeisung selbst erbringen. Alternativ können sie Nachweise über Wärmemengen von zertifizierten Anlagen anderer Technologien ankaufen. Ordnungsrecht, das jeden Eigentümer im Gebäudebestand zur Nutzung erneuerbarer Wärme verpflichtet, lehnen wir ebenso wie Zwangssanierungen ab.

- Zu einem zukunftsfähigen Energiemarkt gehört auch die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen. Die Anreize hierfür sollten zu allererst aus dem Markt kommen. Auch in der Industrie wollen wir durch intensivere Beratung und Know-how-Transfer der Unternehmen Energieeffizienz-Potenziale nutzen. Einen Schwerpunkt werden wir in der mittelständischen Wirtschaft setzen. Die Sanierungsquote im Gebäudebestand sollte deutlich gesteigert werden, um Energieeffizienz zu verbessern. Dies soll durch politische Rahmenbedingungen gestützt werden.
- Die Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie der EU in deutsches Recht soll dem Prinzip „Anreiz statt Zwang“ folgen. Alle Maßnahmen müssen dem einzelnen Bürger und dem einzelnen Unternehmen so viele Entscheidungsspielräume wie möglich lassen und die bestehenden Maßnahmen voll auf die europäischen Vorgaben angerechnet werden. Bevormundungsmaßnahmen wie Verbote von Glühlampen oder von Heizpilzen lehnen wir Liberale ab. Wer Energie einkauft, sollte einen Anreiz zum Sparen haben, aber keine Vorschriften bekommen, wie er Energie verwenden darf.
- Die Gewinnung von Schiefergas durch Fracking ist eine Chance, die zum Gelingen der Energiewende beitragen kann. Sie wird aber in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland nur dann einsetzbar sein, wenn gesellschaftliche Akzeptanz und höchste Umweltstandards gewährleistet sind. Dafür ist ein sachgerechter und verantwortungsbewusster Rechtsrahmen nötig. Von den eingesetzten und aufbereiteten Stoffen dürfen keine toxischen Gefahren ausgehen. Insbesondere darf es keine Gefährdung des Grund- und Trinkwassers geben. Dazu sollen die Wasserbehörden ein umfassendes Vetorecht erhalten. In Wasserschutzgebieten wollen wir Fracking grundsätzlich ausschließen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass künftig alle Verantwortung und Bundesaufgaben im Zusammenhang mit der Energieerzeugung und Energieversorgung in zentraler Koordination des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gebündelt werden. Damit soll eine möglichst reibungsfreie Planung, Überwachung und Steuerung des Energiewendeprozesses sowie ein Maximum an marktwirtschaftlichen Lösungen gewährleistet werden. Das Gelingen der Energiewende ist entscheidend für die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft und die Kostenbelastung von Verbrauchern, Handwerk, Gewerbe und Industrie. Energiepolitik ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Verantwortung dafür sollte daher beim zuständigen Ministerium liegen.

6. Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert – neue Regeln für Finanzmärkte

Ein leistungsfähiges und stabiles Finanzsystem ist in der Sozialen Marktwirtschaft unerlässlich für eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft, die verlässliche Altersvorsorge der Menschen und die Finanzierung der öffentlichen Hand. Es sorgt für einen nachfrage- und risikogerechten Zugang zu Finanzmitteln und gibt damit Raum für Investitionen und nachhaltige Formen der Geldanlage. Ein funktionierendes Finanzsystem dient damit dem Fortschritt und Wachstum von Wirtschaft und Gesellschaft.

Dafür brauchen wir freie, aber nicht ungeordnete Finanzmärkte. Zu dieser Unordnung haben Fehlentscheidungen in Notenbanken, Aufsichtsbehörden, Rating-Agenturen und Finanzinstituten maßgeblich beigetragen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Wir brauchen eine streitbare und wehrhafte Soziale Marktwirtschaft – eine neue Ordnungspolitik für die Finanzmärkte

des 21. Jahrhunderts. Sie sollen wieder zu einem Instrument für Wachstum und Fortschritt werden, das dem Menschen dient. Das deutsche Universalbankensystem mit seinen drei Säulen – Privatbanken, Genossenschaftsinstituten und Sparkassen – hat sich dabei gerade in der Krise bewährt, weil Universalbanken ihre Risiken auf mehrere Vermögensklassen verteilen können und deswegen in der Krise mehr Möglichkeiten haben Liquidität zu generieren als Spezialbanken. Wir wollen dieses System stärken und dort, wo es Fehlentwicklungen gegeben hat, durch ein neues Ordnungsrecht nachsteuern.

In Deutschland sind wir voran gegangen. Mit einem Bankeninsolvenzrecht für systemrelevante Banken haben wir Risiko und Haftung wieder zusammen gebracht. Jetzt muss es schnell eine ähnliche Regelung auf europäischer Ebene geben. Wir haben die Kontrolle der Ratingagenturen verbessert und die Bankenaufsicht gestärkt. Sie bekommt stärkere Eingriffsrechte, wenn Banken in einer Krisensituation sind. Und die Banken werden mit der neu eingeführten Bankenabgabe erstmals für die Kosten zur Bewältigung einer Finanzkrise herangezogen.

Wir haben die Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen und bereits vieles angepackt, um die Soziale Marktwirtschaft zu stärken. Die wichtigsten Maßnahmen zur Stabilisierung der Märkte sind eingeleitet oder werden schrittweise eingeführt. Die Neuordnung der Finanzmärkte ist aber noch nicht abgeschlossen. Deutschland braucht als Finanz- und Finanzierungsstandort eine dauerhafte Perspektive. Wir wollen das Finanzsystem noch besser gegen Krisen rüsten. Dafür braucht es klare Regeln und planbare Rahmenbedingungen. Dazu gehört auch das Problem der Systemrelevanz "too big to fail". Chancen und Risiken müssen in einer gesunden Balance stehen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Globales Wirtschaften verlangt globale Finanzmärkte. Es braucht eine nachhaltige Reform des Ordnungsrahmens im Bankensektor und an den Finanzmärkten insgesamt, um Risiken für Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung abzuwenden sowie gesellschaftliche Stabilität zu ermöglichen. Um eine effektive staatliche Kontrolle sicherzustellen, bedarf es dazu einerseits international strenger Regeln und andererseits national und international wettbewerbsfähige Institute, die ihrer wichtigen Finanzierungsfunktion nachkommen können. Dazu gehören effektive Risikopuffer und Risikomanagementsysteme für alle Marktteilnehmer, einschließlich der Handelssysteme. Hinzu kommen transparente Abläufe und Risiken, klare Verantwortlichkeiten und Haftungsregeln und eine effektive Kontrolle. Jenseits aller Regeln und Kontrollen ist aber das wichtigste, dass Risiko und Haftung wieder zusammengeführt werden. Privat eingegangene Risiken müssen auch privat getragen werden. Das ist der beste Risikoschutz für alle.
- Der Ankauf von Staatsanleihen durch Banken innerhalb der Eurozone sollte ähnlich wie Unternehmenskredite mit Eigenkapital unterlegt werden.
- Wir wollen die Aufsicht über Banken und andere Finanzinstitute weiter verbessern. Wir wollen aber nicht nur einfach Aufsichtsbehörden vergrößern und Bürokratie in den Banken vermehren. Wir brauchen eine kritische Reflektion darüber, warum in der gesamten Finanzkrise die Bankenaufsicht trotz mehrerer tausend Mitarbeiter und Millionen von kleinlichen Kontrollen so dramatisch versagt hat. Keine einzige Bankenschieflage wurde von der Aufsicht aufgedeckt. Wir brauchen nicht zwingend mehr Aufsicht, sondern in jedem Fall eine bessere Aufsicht. Bei der Umsetzung der gemeinsamen Europäischen Bankenaufsicht legen wir strengen Wert auf eine strikte institutionelle Trennung zwi-

schen Zentralbank- und Aufsichtsfunktionen. Dazu gehört nicht nur eine organisatorische Trennung, sondern vor allem die Einrichtung eigenständiger Entscheidungsgremien in der Aufsichtssäule. Systemrelevante Banken sollen durch eine gemeinsame europäische Aufsicht kontrolliert werden. Ein Zugriff auf andere Banken soll möglich sein, wenn die nationale Aufsicht in dem betreffenden Mitgliedsstaat nicht ausreicht, um systemische Risiken abzuwehren.

- Wir begrüßen die Ansiedlung der Bankenaufsicht am Sitz der EZB in Frankfurt am Main und setzen uns dafür ein, dass die gemeinsame Europäische Bankenaufsicht den höchsten rechtlichen Standards entspricht. Eine Vereinheitlichung darf nicht zu einer Aufweichung der Regeln führen. Gleichzeitig muss der Wettbewerb verschiedener Bankensysteme und verschiedener Geschäftsmodelle ebenso erhalten bleiben wie regionale oder grenzüberschreitende Branchenstrukturen. Dazu gehören insbesondere die in Deutschland bewährten Systeme der Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Bausparkassen.
- Einen Zugriff auf nationale Einlagensicherungsfonds oder den nationalen Restrukturierungsfonds lehnen wir ab. Die deutschen Sparer sollen nicht mit ihrem Geld für das finanzielle Risiko anderer Bankensysteme gerade stehen. Rettungs- bzw. Kapitalisierungsmaßnahmen für Banken aus den europäischen Rettungsschirmen sind nur bei gleichzeitiger Mithaftung des betreffenden Sitzstaates zulässig.
- Wir wollen nicht, dass Unternehmen systemrelevant werden können. Bei der Genehmigung von Fusionen und Übernahmen im Finanzsektor soll daher zukünftig darauf geachtet werden, dass dadurch keine systemischen Risiken begründet werden.
- Um die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors in Deutschland dauerhaft wiederherzustellen, müssen insbesondere auch die krisengeschüttelten Landesbanken ihr Geschäftsmodell und ihre Bilanz auf das Maß zurückführen, das ihrem öffentlichen Auftrag angemessen ist. Für eingegangene Risiken müssen alle Gesellschafter in die Mitverantwortung genommen werden, auch die Sparkassen, soweit sie Geschäftsanteile gehalten haben. Der Staat sollte sich nach und nach aus diesen Banken zurückziehen. Weitere Subventionen zu Lasten privater Wettbewerber oder noch höhere Belastungen des Steuerzahlers mit den Risiken der bereits gestützten Institute, insbesondere bei der Rettung von Landesbanken, sind nicht hinnehmbar und schaden dem Standort insgesamt.
- Der Kapitalmarkt ist neben dem Bankensystem ein wichtiger Bestandteil für die Finanzierung unserer Zukunft und der Altersvorsorge. Auch hier wollen wir weiter an krisen- und zukunftsfesten Rahmenbedingungen arbeiten. Hierzu gehören auch Wagniskapital und Private Equity. Deutschland verdankt seine starke Position im internationalen Wettbewerb nicht nur Innovation, sondern auch dem Vertrauen in Investitionen und Produktion Made in Germany.
- Neue Steuern können die Aufsichts- und Regelungslücken im Bereich der Finanzmärkte nicht schließen. Wir sind gegen Steuermodelle, die Bürokratie schaffen, nicht effektiv erhoben werden können – und am Ende die Falschen treffen: die Betriebe, die Sparer und die Bürger, die für ihr Alter vorsorgen.
- Wir wollen die Rechte der Aktionäre an ihrem Unternehmen stärken. Sie sind die Eigentümer. Die Manager sind ihre Verwalter. Dieses Verhältnis muss sich in den Aktionärs-

rechten stärker widerspiegeln – auch um nachhaltige und unter Risikogesichtspunkten verantwortbare Investitionsentscheidungen zu befördern. Deshalb wollen wir beispielsweise den Einfluss der Hauptversammlung auf die Vergütung des Managements stärken, indem wir Vergütungen der Vorstände oberhalb bestimmter Rahmenvorgaben und Beträge an die Zustimmung durch die Gesellschafter knüpfen. Eingriffe in Eigentümer- und Aktionärsrechte – beispielsweise durch Vorgabe bestimmter Quoten bei der Besetzung von Aufsichtsratspositionen – lehnen wir ab.

7. Vielfalt der Regionen erhalten, Chancen der Demographie nutzen, ländliche Räume stärken

Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland überall die Chance haben, ihren Weg zu gehen. Egal ob in Städten oder in ländlichen Räumen. Deutschland ist ein vielfältiges Land, ein Land der Regionen. Im ländlichen Raum lebt die Hälfte aller Menschen unseres Landes. Eine oftmals stark mittelständisch geprägte Unternehmenskultur schafft Arbeitsplätze, Innovation und Fortschritt – mit Wirkung oft weit über die Region hinaus: Viele Weltmarktführer kommen aus dem ländlichen Raum. Eine besondere Bedeutung hat überdies eine moderne Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in vielen Regionen ein attraktives Tourismusangebot.

Wir wollen den demographischen Wandel gestalten und zu einer Chance machen. Dazu müssen auch in Zukunft im ländlichen Raum alle Möglichkeiten für den Alltag vorhanden und gut erreichbar sein. Das schließt die Sicherung der Versorgung für ältere Menschen in allen Lebensbereichen, aber auch Zukunftsperspektiven für jüngere Menschen ein. Deshalb haben wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung der ländlichen Räume auf den Weg gebracht und mit dem Landärztegesetz einen wichtigen Schritt unternommen, um eine gute und flächendeckende ärztliche Versorgung auch künftig sicherzustellen.

Die Stärken und die Vielfalt der deutschen Regionen gilt es zu erhalten und zu stärken. Dabei kommt dem Erhalt von Arbeitsplätzen eine zentrale Bedeutung zu. Darum setzen wir uns für einen starken Mittelstand und für eine eigenständige, unternehmerische Land- und Ernährungswirtschaft ein. Darum haben wir die Besteuerung von Agrardiesel und Mehrgefahrenversicherungen dauerhaft reduziert. Und mit der Verabschiedung des Tierschutzgesetzes, des Tiergesundheitsgesetzes sowie eines Gesetzes zur Verringerung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung haben wir den Tierschutz in Einklang mit der Wirtschaftlichkeit in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung gebracht. Das Waldgesetz haben wir zukunftsweisend reformiert und eine nationale Waldstrategie verabschiedet.

Wir stehen für eine moderne, unternehmerische und nachhaltige Landwirtschaft. Wir stehen für die Vielfalt im ländlichen Raum und wir stehen für die Chancen auf Zukunft und Perspektive für alle Menschen. Überall in Deutschland.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir wollen neue Wege gehen, um in allen Regionen Deutschlands gleichwertige Lebensverhältnisse zu erhalten und die Vielfalt der Regionen zu bewahren. Dazu stärken wir kommunale Zentren, in denen soziale und technische Infrastruktur kostengünstig und zentral erreichbar vorgehalten werden kann.
- Menschen sollen so weit wie möglich in jedem Alter und in jeder Lebenslage frei sein zu entscheiden, wo und wie sie leben wollen. Dafür braucht es entsprechende Rah-

menbedingungen: In der Verkehrsinfrastruktur, in der sozialen Infrastruktur und in der Kommunikationsinfrastruktur. Wir wollen alle drei Infrastrukturbereiche verbessern, zum Beispiel durch Förderung technischer Assistenzsysteme und weiterer telemedizinischer Anwendungen. Deshalb ist ein zügiger, flächendeckender Ausbau der Breitbandkommunikation dringend erforderlich. Daneben wollen wir die ambulanten Pflegedienste stärken, um so die Versorgung gerade älterer Menschen flächendeckend zu gewährleisten. Im Alter wollen wir den Verbleib in den eigenen vier Wänden erleichtern, dabei helfen technische Assistenzsysteme wie der Hausnotruf. Zudem muss Barrierefreiheit Bestandteil der Aus- und Weiterbildungsinhalte von Architekten, Handwerkern, Planern und Ingenieuren werden.

- Wir wollen auch in Zukunft bezahlbare Mobilität in ländlichen Räumen gewährleisten. Der motorisierte Individualverkehr ist hier für viele Menschen unverzichtbar. Eine Verteuerung durch höhere Steuern oder die Abschaffung der Pendlerpauschale lehnen wir deshalb ab. Den Erhalt und – wo erforderlich – Ausbau der entsprechenden Infrastruktur unterstützen wir.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen verbessern, damit Landwirte erfolgreich am Markt bestehen können. Deshalb unterstützt liberale Agrarpolitik die Landwirte in ihrer unternehmerischen Freiheit und setzt sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU ein. Für den Weinbau begrüßen wir nach dem Auslaufen der bisherigen Regelung die Umsetzung eines einheitlichen europäischen Rebflächenmanagementsystems.
- Wir stehen für eine an der Praxis orientierte Agrarforschung und einen verbesserten Wissenstransfer. Die Minderung der Naturbelastung, die Erhöhung der Standards in der Nutztierhaltung und der vermehrte Einsatz nachwachsender Rohstoffe erfordern eine verstärkte Forschung. Eine Effizienzsteigerung ist im Sinne der Nachhaltigkeit.
- Wir setzen uns für eine verantwortliche Nutzung und weitere Erforschung der modernen Biotechnologie ein. Die Sicherheit der Züchtungsmethode hat sich in jahrzehntelanger Praxis erwiesen und wurde durch umfangreiche Risikoforschung bestätigt. Die Nutzung der von der EU nach sorgfältiger, wissenschaftlicher Prüfung zugelassenen Sorten muss auch in Deutschland möglich sein.
- Die Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz ist für uns ein großer Erfolg. Wir setzen uns für eine tiergerechte und die Tiergesundheit fördernde Tierhaltung und -ernährung ein. Wir wollen den Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung auf europäischer Ebene auf wissenschaftlicher Basis und im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit voranbringen. Pflanzenbestäubende Insekten müssen geschützt werden, weil sie auch den Ertrag von Kulturpflanzen sicherstellen.
- Bei der Bioenergie achten wir darauf, Konkurrenzen zwischen Tank und Teller zu vermindern. Ein weiterer Ausbau der Bioenergie soll verstärkt über die Nutzung von Rest- und Koppelprodukten erfolgen. Bei der Produktion von Biomasse zur energetischen Nutzung sind Alternativen zum Maisanbau, zum Beispiel Kurzumtriebsplantagen, zu nutzen.
- Wir setzen uns für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ein, die im Waldbau die Erfordernisse der stofflichen und energetischen Holznutzung sowie der Artenvielfalt be-

rücksichtigt. Ziel der Eingriffs-Ausgleichsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes soll der Schutz der Natur, nicht die Minderung land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche sein. Nutzungsbeschränkungen sind auf das Nötigste zu reduzieren; Enteignungen lehnen wir ab.

- Vertrauen ist das wertvollste Kapital auch für die Land- und Ernährungswirtschaft. Deshalb wollen wir mehr Transparenz, Sicherheit und damit Vertrauen zwischen Produzenten und Kunden herstellen. Wir wollen dem mündigen Verbraucher die notwendigen Informationen für eine freie und fundierte Entscheidung für Einkauf und Ernährung zur Verfügung stellen. Deshalb möchten wir eine konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter, bei deren Produktion an irgendeiner Herstellungsstufe gentechnisch veränderte Organismen beteiligt sind. Nur so ist eine vollständige Aufklärung des Verbrauchers möglich.

8. Gemeinsam wachsen – frei handeln

Wo mehr Menschen die Möglichkeit haben, ihren eigenen Weg zu gehen und ihre eigenen Ziele zu verfolgen, ist es möglich, gemeinsam mehr zu erreichen und zusammen zu wachsen. Dafür schafft die Globalisierung enorme Chancen. Die Welt kann von weiterer Kooperation stark profitieren. Dafür ist es notwendig, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und Freiräume zu schaffen.

Als Exportnation ist Deutschland auf diese Freiheit beim Handel angewiesen. Beschränkungen des deutschen Exports oder Sanktionen wegen unserer Außenhandelsüberschüsse lehnen wir ab. Wir werden in einer globalisierten Welt, im Wettbewerb mit Ländern wie China, Indien und Brasilien nur dann bestehen können, wenn wir in Europa gemeinsam stärker werden – nicht, indem wir uns selber schwächen.

Freihandel hilft außerdem beim Kampf gegen Armut weltweit. Weil wir gemeinsam diese Chancen ergreifen sollten, setzen wir uns weiterhin für substantielle Impulse zur weiteren Liberalisierung des Handels und für die Beseitigung von Hindernissen ein. Für offene Märkte. Zum gegenseitigen Nutzen.

So schaffen wir den Nährboden für Wachstum und Wohlstand weltweit. Dafür, dass jeder die Chance bekommen soll, mehr zu erlernen und mehr zu erreichen. Dafür, dass wir zusammen besser werden und besser leben. In Deutschland und auf der Welt.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir wollen Wachstum und Wohlstand weltweit durch freien Handel. Deshalb setzen wir auf den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen in der EU und eine weitere Öffnung der Weltwirtschaft. Dabei legen wir hohe Standards bei Menschenrechten, Arbeitssicherheit, Verbraucherschutz, Umweltschutz und Gesundheit an. Wir wollen den Freihandel weltweit vorantreiben und Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen. Freier Handel sichert Fortschritt, Arbeitsplätze und Wachstum und fördert den Austausch der Kulturen und schafft Frieden. Ein rascher Abschluss der laufenden Doha-Runde in der Welthandelsorganisation wäre daher ein großer Fortschritt für alle. Solange die Verhandlungen nicht vorankommen muss jedoch die Chance ergriffen werden, bilaterale Freihandelsabkommen mit anderen Wirtschaftsmächten zu schließen. Wir Libe-

rale unterstützen daher die EU-Verhandlungen mit Indien, Mercosur und Japan. Wir werden die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA vorantreiben.

- Wir wollen die Exportchancen der deutschen Wirtschaft durch die Erschließung neuer aufstrebender Märkte erhöhen. Dazu gehören insbesondere Länder, die bislang wirtschaftspolitisch und unternehmerisch weniger beachtet wurden. Alle diese Länder verfügen über große Binnenmärkte und entwickeln sich sehr dynamisch. Wir wollen dabei an die erfolgreiche Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung anknüpfen, die die Außenwirtschaftspolitik und ihr Instrumentarium neu ausgerichtet und gebündelt hat. Ziel ist es, das Interesse deutscher Unternehmen für diese Länder zu stärken und sie tatkräftig zu unterstützen.
- Die deutsche Wirtschaft braucht Rohstoffe, um ihren Erfolgskurs fortzusetzen und damit Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Der Zugang zu Rohstoffen ist nicht nur von technologischen Möglichkeiten abhängig, sondern auch von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb weitere Rohstoffpartnerschaften mit Ländern abschließen und zugleich Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen abbauen.
- Gleichzeitig wollen wir die Wirtschaft durch gezielte Programme weiter bei der Diversifizierung von Rohstoffbezugsquellen, Explorations- und Bergbaumaßnahmen sowie Konzessionserwerb und Beteiligungen unterstützen. Dazu zählen auch die Garantien für ungebundene Finanzkredite und Hermes-Deckungen bei der Erschließung neuer oder schwieriger Märkte. Zudem wollen wir die Beratung und Unterstützung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Rohstoffsicherung, Verbesserung der Rohstoffeffizienz und der Netzwerkbildung weiter verstärken.
- Wir wollen den zeitgemäßen und wirksamen Schutz des geistigen Eigentums, um auch zukünftig Anreize für risikobehaftete Investitionen in neue Technologien, Geschäftsprozesse und kreative Werke zu schaffen. Das ist für den immer stärker digitalisierten Wissens- und Medienstandort Deutschland essentiell, der seine globale Wettbewerbsfähigkeit wesentlich aus dem Können und der Intelligenz seiner Forscher, Entwickler und Kulturschaffenden bezieht. Dafür notwendige internationale Vereinbarungen sind transparent und nachvollziehbar zu verhandeln und zu verabschieden.
- Wir wollen den deutschen Mittelstand stärker als bisher in der Außenwirtschaftspolitik einbeziehen, etwa durch die Begleitung mittelständischer Unternehmen auf Auslandsmärkten und Unterstützung beim Ausbau des Exports von innovativen Dienstleistungen. In der Entwicklungszusammenarbeit wollen wir die Kooperation mit der Wirtschaft weiter ausbauen. Die Voraussetzungen für Investitionen deutscher wie auch einheimischer Unternehmen und die Entwicklung der lokalen und regionalen Märkte wollen wir durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit erleichtern. Dazu gehören bessere Infrastrukturen, die Schaffung und Stärkung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Korruptionsbekämpfung, Bildung und Ausbildung.

II. Chancen, damit jeder über sich hinaus wachsen kann

Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen eigenen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir Liberale wollen Chancen unabhängig von der Herkunft.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein solches selbstbestimmtes Leben bleibt der möglichst frühe und lebenslange Zugang zu individueller Bildung und Weiterbildung für Jeden. Unser Anspruch ist es deshalb, dass Bildung als Bürgerrecht unabhängig vom Hintergrund jedem Menschen offen steht. Dazu gehört auch eine umfassende Persönlichkeitsbildung, die Menschen Befähigung und Motivation zu eigenverantwortlichem Handeln in der eigenen Lebensplanung und der Gesellschaft gibt. Dafür gewährleisten wir jedem, der Bildung sucht, Wahlfreiheit unter einer Vielfalt von Angeboten, die ihre Kreativität in einem fairen Qualitätswettbewerb voll entfalten können.

Wir wollen alle Menschen befähigen, ein Leben in Würde führen zu können. Gute Bildung und Ausbildung ist die Voraussetzung für den Aufstieg. Aber wer aufsteigen will, der muss zunächst auch einsteigen können. Deshalb wollen wir die Lohnnebenkosten niedrig halten, den Arbeitsmarkt weiter öffnen und mit dem liberalen Bürgergeld Anstrengung belohnen und Bürokratie abbauen.

Wir wollen die Möglichkeiten schaffen, dass in einer Republik freier Bürger jeder seinen Weg gehen und Grenzen überwinden kann. Deshalb stehen wir in unserer Gesellschaft solidarisch jenen zur Seite, die in Not sind und bereit sind, sich auch selbst anzustrengen. Für diese Menschen wollen wir unsere sozialen Sicherungssysteme weiter ertüchtigen und zukunftsfest machen. Nicht um Not zu verwalten oder eine persönliche Situation zu alimentieren, sondern damit jeder eine faire Chance hat selbstbestimmt tätig zu sein.

1. Chancen ergreifen – lebenslange Bildung

Voraussetzung dafür, dass das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft mit ihrer Sozialen Marktwirtschaft für jeden in unserem Land Wirklichkeit werden kann, ist vor allem eine gute Bildungspolitik. Damit jeder Mensch seine Talente und Ideen entfalten kann – zu seinem Vorteil und zum Nutzen aller.

Dazu haben wir in den vergangenen Jahren unter anderem die Ausgaben für Bildung und Forschung um knapp 14 Milliarden Euro erhöht, für zusätzliche Studienplätze gesorgt, das Deutschlandstipendium eingeführt, die Förderung der beruflichen Weiterbildung und das BAföG und Meister-BAföG verbessert. Mit dem Bildungspaket schaffen wir für 2,5 Millionen Kinder in unserem Land neue Zugänge zu Bildungs- und Kulturangeboten. Wir haben uns mit der Fortführung des Programms „Schulverweigerer – die Zweite Chance“ dafür stark gemacht, dass Jugendlichen ein Wiedereinstieg in Bildung gelingt und das Programm „Bildungsketten“ eingeführt, das Jugendliche beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf unterstützt.

Unsere bildungspolitische Grundhaltung ist auch geprägt von der pädagogischen Einsicht, dass eigenverantwortliche und eigenständige Menschen nur in einem Umfeld erzogen, unterrichtet und gebildet werden können, das eigenverantwortlich agiert und Eigenverantwortung vorlebt.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen und unverzichtbaren Grundelement der Bildungspolitik entwickelt. Mit der Orientierung der Bildung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung werden neue Wege begangen, um die Lernenden auf das Leben und Wirtschaften im 21. Jahrhundert vorzubereiten. Liberale Bildungspolitik will diese Neuorientierung unterstützen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Bildungspolitik zu sichern und auszubauen.

Liberale Bildungspolitik legt so den Grundstein dafür, dass in Zukunft mehr Menschen mehr Chancen haben werden. Sie ist das beste Rüstzeug für ein Leben in Freiheit und Verantwortung. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir wollen, dass Bildung als Bürgerrecht unabhängig vom sozialen Hintergrund jedem Menschen offen steht. Deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Wir wollen die entsprechende Infrastruktur ausbauen und individuelle Anstrengungen wie privates Bildungssparen, berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen fördern.
- Wir Liberale bekennen uns zum Bildungsföderalismus, denn er ermöglicht Freiheit, Vielfalt und Leistungswettbewerb. Entscheidungen über die besten Lösungen können am besten vor Ort getroffen werden. Zugleich sprechen wir uns für mehr Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern aus. Dies sichert ein gemeinsames Leistungsniveau und erleichtert die Mobilität von Lernenden und Lehrenden. Wir wollen deshalb eine neue Bildungsverfassung, die auf dem Subsidiaritätsprinzip aufbaut, gemeinsame Standards verbindlich festschreibt, Verantwortlichkeiten für finanzielle Lasten politischer Entscheidungen festlegt (Konnexitätsprinzip), Bürokratie abbaut und Lernende, Lehrende und Eltern stärkt.
- Wir wollen die selbstverwaltete und eigenverantwortliche Schule, denn Entscheidungen können vor Ort am besten getroffen werden, damit sich Freiheit entfalten kann, Vielfalt erhalten bleibt und Leistungswettbewerb entstehen kann. Die Selbstständigkeit von Bildungseinrichtungen ist der Kern liberaler Bildungspolitik. Viele Entscheidungen können wirksamer und besser von der einzelnen Institution getroffen werden. Dafür sollen die Bildungseinrichtungen über ein eigenes Budget selbst verfügen sowie mehr pädagogische Gestaltungsfreiheit erhalten. Nur so können sie für ihre jeweils spezifischen Herausforderungen eigenständig Schwerpunkte und Profilbildungen vornehmen und sich so einem fairen Wettbewerb mit Schulen in freier Trägerschaft stellen.
- Wir wollen durch qualitätsfördernden Wettbewerb zwischen allen Anbietern das Bildungssystem für alle Schüler und Auszubildenden verbessern. Dem in unserer Verfassung verankerten Recht auf Gründung und Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft wollen wir Geltung verschaffen. Deshalb setzen wir uns für ihre angemessene Finanzierung ein und fordern die Streichung von ungerechtfertigten Hürden zur Gründung von Schulen in freier Trägerschaft sowie des Artikels 7 Abs. 5 des Grundgesetzes.
- Hervorragende Erziehung und Ausbildung kann nur gelingen dank hervorragender Lehrer. Wir wollen deshalb die Exzellenzinitiative für den Bereich Lehrerbildung mit Nachdruck vorantreiben und damit die progressiven Konzepte bei der Qualifizierung unseres pädagogischen Nachwuchses unterstützen.

- Kindertageseinrichtungen sind Orte fürsorglicher Betreuung und frühkindlicher Bildung. Hier werden die Grundlagen für den weiteren Bildungsweg und damit die Fundamente für die Zukunft unserer Kinder gelegt. Der Schwerpunkt muss in den nächsten Jahren die Verbesserung der Qualität der Betreuungseinrichtungen, der Ausbau qualitativ hochwertiger Kindertageseinrichtungen und des Angebots von Tageseltern sein. Die frühkindliche, vorschulische Bildung soll so gestaltet sein, dass die Kinder vor allem durch die Vermittlung von sprachlichen Kompetenzen auf die Schule vorbereitet sind. Wir wollen die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher verbessern und einen pädagogischen Fachhochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation zur Voraussetzung für die Leitung einer Einrichtung machen.
- Bewegung und Lernen ergänzen einander und haben eine hohe Wechselwirkung. Es ist erwiesen, dass Bewegung die Leistungsfähigkeit und geistige Aufnahmebereitschaft steigert und wie ein Motor für kindliche Entwicklung und lebenslanges Lernen wirkt. Deshalb ist es wichtig, bereits in der Vorschulerziehung, in Krippen und Kindertagesstätten gezielte Bewegungsförderung einzusetzen und in der Schule ausreichende, qualifizierte Sportangebote, auch in Zusammenarbeit mit Vereinen, anzubieten.
- Studienqualifizierende Abschlüsse, die über das berufliche Schulsystem erworben werden, sind Beleg für die Durchlässigkeit unseres Systems. Wir wollen das erfolgreiche duale Berufsausbildungssystem stärken. Wir brauchen alle Talente, denn sie bereichern die Gesellschaft und wirken zugleich dem demographisch bedingten Fachkräftemangel entgegen. Wir kämpfen gegen die Verschärfung von Zugangsbeschränkungen. Für viele Berufsfelder kommt eine Akademisierung nur als zusätzliche Differenzierung, aber nicht als strikte Zugangsvoraussetzung in Betracht. Die Vielfalt der Bildungswege ist unsere Stärke.
- Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule zur Arbeitswelt ist angemessen zu fördern und zu entwickeln.
- Wir Liberale stehen dafür ein, ein gesellschaftspolitisches Klima zu schaffen, in dem Analfabetismus enttabuisiert und alle gesellschaftspolitischen Kräfte sensibilisiert werden. Um die Bildungschancen für die 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten zu erhöhen, wollen wir die Nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung zu einer nationalen Alphabetisierungsdekade weiterentwickeln, eine Alpha-Stiftung errichten und möglichst flächendeckende und nachfragegerechte Kursangebote ausbauen.
- Inklusion bedeutet für uns, jeden Menschen mit und ohne Behinderung als gleichberechtigtes Mitglied in der Mitte unserer Gesellschaft zu verstehen. Ein selbstverständlicher Umgang zwischen Menschen mit und ohne Handicap beginnt idealer Weise im Kindesalter. Die vielerorts bereits gelingende Inklusion im frühkindlichen Bereich wollen wir daher ausbauen und gleichermaßen im Schulalltag fortsetzen. Auf die damit verbundenen Herausforderungen sollen Lehrer, Eltern und Kinder pädagogisch optimal vorbereitet sowie Schulen und Schulträger entsprechend ausgestattet werden. Durch ein Höchstmaß an organisatorischer, pädagogischer und finanzieller Freiheit wollen wir Schulen und Schulverbänden ermöglichen, sich an die Förderbedürfnisse der ihnen anvertrauten Schüler anzupassen. Im Mittelpunkt unserer Vorstellung von Inklusion steht der einzelne Schüler. Die bestmögliche Förderung kann je nach Einzelfall sowohl im Regelschulsystem als auch in einer Förderschule stattfinden. Eine Ideologie, die Förderschulen generell ablehnt und daher abschaffen will, lehnen wir ab. Vor den Problemen,

die in mancher Schule durch Inklusion zum Beispiel erziehungsschwieriger Schüler entstehen, verschließen wir nicht die Augen. Das Kind muss im Mittelpunkt stehen, mit und ohne Behinderung. Wir bekennen uns ausdrücklich zur individuellen und leistungsorientierten Förderung aller Kinder in einem differenzierten Schulsystem, zu dem auch in Zukunft Förderschulen zählen sollen. Die Inklusion ist auch an Berufsbildenden Schulen weiter voranzutreiben und mit der Schulsozialarbeit zu verzahnen.

- Die Bildung der Menschen endet nicht mit einem schulischen oder akademischen Abschluss. Menschen lernen ein Leben lang. Weiterbildung eröffnet lebenslang Entfaltungschancen und ermöglicht den beruflichen Aufstieg. Wir wollen deshalb individuelle Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter unterstützen, zum Beispiel durch privates Bildungssparen, Bildungsgutscheine und die durch uns erweiterten Fördermöglichkeiten für Beschäftigte durch die Bundesagentur für Arbeit.
- Wir wollen eine zweite Chance für diejenigen, die unser Bildungssystem ohne Abschluss verlassen haben. Insbesondere jungen Menschen möchten wir berufsbegleitend das Nachholen von Berufs- und Schulabschlüssen erleichtern. Menschen ohne Berufsausbildung oder mit gebrochenen Bildungsbiographien brauchen eine zweite Chance auf Aus- und Weiterbildung. Das Angebot von Bildungsgängen und Maßnahmen für diese Menschen ist durch eine unabhängige Stelle zu koordinieren.
- Investitionen in Aus- und Weiterbildung müssen sich vorrangig auf den ersten Arbeitsmarkt auswirken, denn dieser sichert echte Beschäftigung und bringt nachhaltige Wertschöpfung. Wir wollen Menschen Perspektiven geben, die eine zweite Chance benötigen. Das betrifft nicht nur Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben, sondern auch jene Menschen, die eine Berufsausbildung ergreifen mussten, die nicht ihren Wünschen und Talenten entsprochen hat oder die nicht mehr am Arbeitsmarkt nachgefragt wird. Durch individuelle Angebote und die Möglichkeit des Nachholens eines anerkannten Berufsabschlusses wollen wir diese Menschen zielgerichtet für den Arbeitsmarkt qualifizieren. Dafür ist eine weitgehende Integration in Unternehmen bereits während der Qualifizierung notwendig. Damit sichern wir den Fachkräftebedarf und geben Menschen eine echte zweite Chance am Arbeitsmarkt.
- Ausgezeichnete Lehre und Forschung braucht Freiheit. Deshalb stehen wir für die Autonomie und Selbständigkeit der Hochschulen. So schaffen wir Flexibilität und ermöglichen die Profilbildung der Hochschulen. Wir wollen die Grundfinanzierung der Hochschullehre künftig länderübergreifend neu organisieren und auf das Prinzip „Geld folgt Studierenden“ (GefoS) umstellen. Für jeden Studierenden, der sich für eine Hochschule entscheidet, erhält die Hochschule eine Zahlung aus einem Fonds, der sich aus den Beiträgen aller Länder nach dem Königsteiner Schlüssel finanziert. Berechnungsgrundlage für die Zahlungen an die Hochschulen sind Sätze, die die unterschiedlichen Kosten für verschiedene angebotene Studienrichtungen und Hochschultypen berücksichtigen. Die Länder haben die Möglichkeit, diese Grundfinanzierung aufzustocken. Damit bleibt der föderale Wettbewerb intakt. Gleichzeitig werden aber überregional vergleichbare Wettbewerbsbedingungen und Anreize für ein attraktives Studienangebot geschaffen.
- Die Qualität der Lehre an unseren Universitäten und Hochschulen wollen wir weiter fördern. Die Ausbildung von Akademikern ist für uns Liberale von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dafür werden wir den Wettbewerb „Exzellente

Lehre“ fortführen. Auch wollen wir die Länder durch die Fortsetzung des Hochschulpaktes unterstützen.

- Wir unterstützen eine unbürokratische Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Zudem soll der Bund über die befristete Projektförderung hinaus Wissenschaft und Forschung unterstützen dürfen und dadurch im Bereich der Hochschulförderung eine gewisse Planungssicherheit gewährleisten.
- Wir wollen die Exzellenzinitiative weiterentwickeln. Die Förderung von Graduiertenschulen und der Cluster-Wettbewerb haben wichtige Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten gegeben, die fortgeführt werden sollen. Gleichzeitig fördert der Exzellenzwettbewerb die Steuerungsfähigkeit der Hochschulen und trägt damit wesentlich zur institutionellen Weiterentwicklung der Strategie und Managementkompetenz bei. Fachhochschulen und private Hochschulen sollten ebenfalls am Wettbewerb teilnehmen können.
- Wir wollen das Deutschlandstipendium ausbauen, für Promotionsstudierende öffnen und die Zahl der Stipendien deutlich erhöhen. Die Hochschulen sollen nicht mehr durch Quoten bei der Vergabe ihrer Stipendien eingeschränkt werden, sondern diese in solchem Umfang vergeben dürfen, in welchem sie die privaten Zuschüsse generieren. Gleichzeitig wollen wir beim Betrag der staatlichen Stipendien die Inflation berücksichtigen, das BAföG entbürokratisieren, elternunabhängig gestalten und für Studierende mit Beeinträchtigung von der Regelstudienzeit entkoppeln.
- Für mehr Internationalität im Bildungswesen wollen wir den verstärkten Fremdspracheneinsatz im Rahmen von Lehrveranstaltungen u.a. an Hochschulen stärken sowie mehr internationale Studenten, Lehrbeauftragte und Forscher gewinnen und das bisher oft ungenutzte Potential der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund erschließen.
- Die Abschaffung der Studienbeiträge in allen Bundesländern halten wir für einen Fehler. Es zeigt sich bereits nach kurzer Zeit, dass die Länder bei ihren Hochschulen nicht die finanzielle Lücke schließen, die sie mit der Abschaffung gerissen haben. Der gerade erst in Gang gekommene Wettbewerb um Studierende ist um einen wichtigen Anreiz ärmer. Daher werden wir uns auch weiterhin für nachlaufende Studienbeiträge einsetzen, bei denen eine effektive Zahlung erst nach dem Studium und nur bei Erzielung eines ausreichenden Einkommens erfolgt.
- Wir setzen uns ein für eine Flexibilisierung der Personalstrukturen an Universitäten und einen flächendeckenden Wissenschaftstarifvertrag, der es ermöglicht, Fachkräfte in Forschung und Lehre ihren Aufgaben angemessen zu beschäftigen und attraktivere Bedingungen für den Mittelbau und den hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs zu schaffen.
- Hochschulen in freier Trägerschaft müssen als gleichberechtigte Partner im Wettbewerb um die besten Köpfe etabliert werden. Wir streben an, Hochschulen in freier Trägerschaft durch faire Wettbewerbsbedingungen einen erleichterten Markteintritt zu ermöglichen, damit diese sich zu einem wichtigen Bestandteil des deutschen Hochschulsystems entwickeln können. Das GefoS-Modell soll auch für private Hochschulen geöffnet werden.

- Lebenslanges Lernen gehört auch zu den Zielen des Bologna- Prozesses. Wir wollen dieses Ziel verfolgen, indem das Angebot an weiterbildenden Studiengängen sowie berufsbegleitenden und Teilzeitstudiengängen gefördert wird. So wollen wir für jeden Lebensabschnitt akademische Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen.
- Als überzeugte Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle beteiligten Statusgruppen in Hochschulgremien partizipieren und ihre Interessen vertreten können. Da hochschulpolitische Entscheidungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen getroffen werden, setzen wir uns auch für eine demokratisch legitimierte Studierendenvertretung auf diesen politischen Ebenen ein, um Interessensvertretung zu ermöglichen.
- Um den europäischen Hochschulraum zu stärken setzen wir uns für einheitliche europäische Semesteranfangszeiten ein, die ein Auslandssemester erleichtern. Des Weiteren wollen wir Stipendien für kurze Auslandsaufenthalte (weniger als drei Monate) einrichten und mehr internationale Doppelabschlüsse durch bessere Zusammenarbeit mit ausländischen Hochschulen fördern.

2. Der Einstieg zum Aufstieg – Chancen am Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktpolitik ist Chancenpolitik, die mehr Menschen den Einstieg in Arbeit ermöglicht – und damit Chancen für das eigene Leben schafft. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Jugendarbeitslosigkeit ist so niedrig wie in kaum einem europäischen Land. Seit dem Herbst 2009 sind in Deutschland 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Durchschnittlich alle 80 Sekunden fand in Deutschland ein Mensch neue Arbeit. Das zeigt: Deutschland ermöglicht immer mehr Menschen den Einstieg in den Aufstieg.

Das ist ein Erfolg der Menschen, die in Deutschland durch ihren Fleiß Wachstum und neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Und es ist ein Erfolg liberaler Arbeitsmarktpolitik. Wir haben staatliche Eingriffe in die Soziale Marktwirtschaft bekämpft und den Arbeitsmarkt flexibel und offen gehalten. Das erleichtert den Einstieg in Arbeit für viele Menschen, zum Beispiel durch die Erhöhung der Verdienstgrenze für Mini-Jobs auf 450 Euro und die vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Wir haben die Arbeitsmarktinstrumente flexibilisiert und übersichtlicher gemacht. Die Jobcenter und Arbeitsagenturen vor Ort haben mehr Entscheidungsbefugnisse bei der Förderung bekommen; die Ergebnisse werden transparent dargestellt. Darüber hinaus haben wir die Lohnnebenkosten gesenkt – zuletzt durch die Absenkung der Rentenbeiträge auf 18,9 Prozent.

Wir haben verhindert, dass die Reformen der Agenda 2010 zurückgedreht wurden – und mit immenser Kraftanstrengung weitere Veränderungen durchgesetzt, damit mehr Menschen die Chance zum Einstieg in Arbeit bekommen. Diesen Weg werden wir konsequent weiter gehen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir wollen die Lohnzusatzkosten weiter bei deutlich unter 40 Prozent stabilisieren und Überschüsse in den Sozialversicherungen in geeigneter Weise an die Beitragszahler zurück geben. Auch deshalb kommt für uns ein Umbau der beitragsfinanzierten Sozialsysteme zu einem politischen Umverteilungsmechanismus, wie die Einheitsrente oder die Bürgerversicherung, die eine Bürgerzwangsversicherung ist, nicht in Frage.

- Unser Arbeitsmarktmodell ist erfolgreich, weil es auf Tarifautonomie und flexiblen Tarifpartnerschaften von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften basiert. Wir bekennen uns zur Tarifautonomie. Pauschale Lohnfestsetzung durch die Politik wird auch der differenzierten Arbeitsmarktlage und den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in Deutschland nicht gerecht. Deshalb lehnen wir einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn strikt ab. Er politisiert die Lohnfindung und verhindert, dass Menschen, insbesondere jüngere und diejenigen mit geringer Qualifizierung, in den Arbeitsmarkt einsteigen können. Außerdem fördert er Umgehungen wie die Schwarzarbeit. Der Mindestlohn wird damit zu einem sozialpolitischen Bumerang: Die Gruppe der Arbeitnehmer, die durch einen einheitlichen Mindestlohn geschützt werden soll, steht am Ende ohne Arbeitsplatz und mit schlechteren Einstiegschancen da.
- Wer sich anstrengt, soll entsprechend seiner Leistung fair entlohnt werden, gerade auch am unteren Ende der Lohnskala. Bereits heute gibt es in Deutschland nach Tarifvertragsgesetz, Arbeitnehmerentsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz die Möglichkeit, in einzelnen Branchen Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären oder eine Lohnuntergrenze festzulegen. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode für weit über zwei Millionen Beschäftigte die von Tarifparteien ausgehandelten Tarifverträge neu für allgemeinverbindlich erklärt und damit eine Lohnuntergrenze in der jeweiligen Branche gesetzt.
- Diesen Weg wollen wir im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft weitergehen und die Möglichkeit für weitere Lohnuntergrenzen schaffen – im Einklang mit der Tarifautonomie. Wir werden hierfür die bestehenden Regelungen für Mindestlöhne überarbeiten und besser aufeinander abstimmen. Ansatzpunkt sind die Löhne, die von Gewerkschaften und Arbeitgebern in Tarifverträgen ausgehandelt werden. Das ist der Kern der erfolgreichen deutschen Tarifautonomie. Auch zukünftig soll die Höhe der Lohnuntergrenzen Branche für Branche festgelegt werden – dezentral und differenziert. Damit wollen wir auch die Rolle von Gewerkschaften und Arbeitgebern weiter stärken.
- Wir wollen deshalb insbesondere im Arbeitnehmerentsendegesetz für alle Branchen die Möglichkeit schaffen, auf gemeinsamen Antrag der Tarifpartner und bei Zustimmung des Tarifausschusses die Lohnuntergrenze eines repräsentativen Tarifvertrags allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Zudem wollen wir für Branchen, in denen ein repräsentativer Tarifvertrag nicht existiert, das subsidiäre Verfahren nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz praktikabler gestalten. Der unbestimmte Rechtsbegriff der sozialen Verwerfungen kann wegfallen. Den Hauptausschuss wollen wir stärken und politischer Einflussnahme entziehen. Wie in allgemeinverbindlichen Tarifverträgen sind regionale Unterschiede zu berücksichtigen und sinnvolle Ausnahmeregelungen vorzusehen, etwa für Auszubildende. Die Nachwirkung von Tarifverträgen sollte zeitlich befristet werden. Um zu verhindern, dass sich Monopole oder Kartelle über den Umweg des Tarifrechts bilden, soll in Zukunft das Bundeskartellamt in jedem Verfahren zu Allgemeinverbindlichkeitserklärungen nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz und Verfahren nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz eine Stellungnahme abgeben, die in besonderem Maß berücksichtigt, ob durch einen für allgemeinverbindlich zu erklärenden Tarifvertrag in den Wettbewerb zugunsten eines marktbestimmenden Unternehmens eingegriffen wird, wie das am Beispiel der Deutschen Post AG der Fall war.
- Wir halten es für richtig, dass bei beschäftigten Beziehern von Arbeitslosengeld II flächendeckend von Amts wegen geprüft wird, ob eine sittenwidrige Entlohnung vorliegen

könnte. Stellt sich heraus, dass deshalb zu viel Arbeitslosengeld II gezahlt worden ist, soll dies von den Jobcentern gegenüber den Arbeitgebern konsequent und rechtswirksam zurückgefordert werden. Nicht nur die sozialversicherungspflichtigen, sondern auch die strafrechtlichen Aspekte sind von den Jobcentern dabei zu beachten.

- Unsere Antwort auf das unzureichende Einkommen vieler niedrigqualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist darüber hinaus ein verstärktes Engagement im Bereich Weiterqualifikation. Die Fördermöglichkeiten bei der beruflichen Weiterbildung haben wir bereits verbessert, damit sozialer Aufstieg auf dem Arbeitsmarkt gelingt und sich die Einkommenssituation vieler Menschen auf Dauer verbessert. Wir setzen uns insbesondere für die Förderung fundierter und marktorientierter Aus- und Fortbildung von niedrigqualifizierten Arbeitskräften ein und wollen daher individuelle Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter unterstützen, zum Beispiel durch privates Bildungssparen und die erweiterten Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit für Beschäftigte – im Sinne des Grundsatzes Fördern und Fordern.
- Gleichzeitig müssen wir sicher stellen, dass jeder die Perspektive hat, durch eigene Anstrengung ohne Sozialleistung auskommen zu können. Eine Betrachtung von Stundenlöhnen genügt hier nicht, denn der Großteil der Menschen, die zusätzlich zu ihrem Arbeitseinkommen Arbeitslosengeld II beziehen, arbeitet nur Teilzeit oder hat eine größere Familie zu versorgen. Das Liberale Bürgergeld ist und bleibt dafür die richtige Idee. Es motiviert die Menschen beispielsweise zur Ausdehnung der Arbeitszeit: Selbst erwirtschaftetes Einkommen bedeutet stets ein spürbar größeres verfügbares Gesamteinkommen. Daran müssen sich die Zuverdienstmöglichkeiten des Arbeitslosengeldes II (ALG II) orientieren.
- Nach der Aufgabe des Grundsatzes der Tarifeinheit durch das Bundesarbeitsgericht ist keine erkennbare Erhöhung der Zahl der Streiks in Deutschland aufgetreten. Der Gefahr eines Missbrauchs des Streikrechts durch Kleinstgewerkschaften kann durch Änderungen auf der Ebene des Arbeitskampfes hinreichend begegnet werden, einer gesetzlichen Neuregelung der Tarifeinheit bedarf es nicht.
- Um die Sanierung von Unternehmen zu erleichtern und damit Arbeitsplätze zu erhalten, soll der Anwendungsbereich des § 613a BGB bei drohender Zahlungsunfähigkeit und in der Insolvenz eines Unternehmens überprüft werden.
- Flexible Beschäftigungsformen stärken die Anreize für Unternehmen, neue Stellen zu schaffen, bieten Einstiegschancen für Arbeitsuchende und haben wesentlich dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Sowohl Zeitarbeit wie auch befristete Beschäftigung ändern nichts an der ganz normalen Sozialversicherungspflicht. Gleichmaßen gilt der Schutz bei Krankheit, Kündigung oder Schwangerschaft. Wir wollen diese Instrumente deshalb erhalten und, wo es sinnvoll ist, weiter entwickeln. Auch die Grenze für Mini-Jobs (zzt. 450 €) soll demnächst wieder regelmäßig entsprechend der Lohnentwicklung angepasst werden, um auch Mini-Jobbern die Chance zu geben, Gehaltserhöhungen zu erhalten.
- Zeitarbeit ist eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt, gerade auch für Geringqualifizierte. Rund zwei Drittel aller Beschäftigten in der Zeitarbeit waren vorher ohne Beschäftigung. Es gibt inzwischen eine verbindliche Lohnuntergrenze auf tarifvertraglicher Grundlage, Drehtürmodelle wie bei Schlecker wurden gesetzlich ausgeschlossen und die Sozial-

partner wurden von der Bundesregierung in Verantwortung genommen, durch Branchenzuschläge die sogenannte Equal-Pay-Problematik zu lösen. So schließt sich nun auf der Zeitschiene die Tariflücke zwischen Beschäftigten in der Zeitarbeit und den Belegschaften der Entleihbetriebe. All das zeigt: Durch zielgenaue Gesetzgebung haben wir Missbrauch in der Zeitarbeit unterbunden, ohne die Branche als Jobmotor zu verlieren. Diesen Weg gilt es fortzusetzen.

- Der Blick in das Gesetz soll die Rechtslage erkennen lassen. Es ist überfällig, die Entscheidung des BAG zu den gesetzlichen Kündigungsfristen in das Bundesgesetzblatt zu bringen. Bei der Berechnung der gesetzlichen Kündigungsfristen hat der EuGH eine unzulässige Altersdiskriminierung festgestellt. Die Neuregelung darf den Kündigungsschutz nicht verschärfen und muss beschäftigungsfreundlich ausgestaltet sein.
- Nur sehr wenige Arbeitnehmer sind regelmäßig in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Für viele ist ein befristeter Vertrag der Einstieg in Arbeit und eine dauerhafte Beschäftigung beim selben Arbeitgeber. Deshalb wollen wir –in Reaktion auf ein EuGH-Urteil – das Vorbeschäftigungsverbot bei der befristeten Beschäftigung lockern und gleichzeitig Kettenbefristungen durch eine einjährige Karenzfrist effektiv verhindern.
- Wir wollen das duale Ausbildungssystem ausweiten. Diese Kombination aus beruflicher Praxis und schulischer Ausbildung ist ein wesentlicher Grundstein für den wirtschaftlichen Erfolg und für den sozialen Ausgleich in Deutschland. Sie ist ein Exportschlager für den europäischen Raum und darüber hinaus. Das duale Ausbildungssystem mit Berufsschulen und Wirtschaftsgymnasien soll selbstständig und gleichberechtigt neben der Hochschulbildung stehen.
- Auch im Sport hat sich die duale Karriere bewährt. Sie bietet den Spitzenathleten schon während ihrer Athletenlaufbahn Perspektiven für die Zeit danach. Bestehende Modelle, wie z. B. die Sportfördereinheiten von Bundeswehr, Bundespolizei und Zoll sollen daher weitergeführt und auch für paralympische Athleten so weit wie möglich geöffnet werden. Anreize für die Vereinbarkeit von Schule, Studium oder Beruf und Spitzensport sollen verstärkt werden.
- Wir wollen ein Einwanderungsrecht, das Fachkräften eine Chance am Arbeitsmarkt gibt. Deutschland muss offen sein für Talente aus aller Welt, eine Willkommenskultur etablieren und um kluge Köpfe konkret und aktiv werben. Die begonnene Liberalisierung bei der Einwanderung von Fachkräften und den Einstieg in ein modernes Einwanderungsrecht wollen wir fortsetzen.
- Das bestehende Potenzial an Fachkräften in Deutschland soll besser genutzt werden, um individuelle Chancen zu sichern und Wachstum zu befördern. Unternehmen, die in ihrer Unternehmensführung aktiv auf Strategien der Vielfalt (Diversity-Management) setzen, sind wirtschaftlich erfolgreicher. Entsprechende Bemühungen zu unterstützen, ist Teil unserer Wachstumsstrategie für den Standort Deutschland.
- Wir wollen das liberale „AlterNsmanagement“ als Organisationsform einer lebensphasenorientierten und präventive Personalpolitik in Unternehmen und öffentlicher Verwaltung einführen. Auf der Basis eigener Verantwortungsbereiche für jeden Beschäftigten sind laufbahnbegleitende Weiterbildung, familienorientierte Arbeitszeiten, altersentsprechende Arbeitsplätze und abwechslungsreiche Tätigkeiten die besten Instrumente

zur Förderung von Lernfähigkeit und Leistungsbereitschaft in jedem Alter. Sie bilden letztlich die beste Garantie für Zufriedenheit im Beruf. Die Herausforderungen des demographischen Wandels können nur in gemeinsamer Verantwortung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bewältigt werden.

3. Chancen schaffen statt Mangel verwalten – Soziale Sicherheit für alle

Chancen schaffen wir, indem wir die Sozialsysteme weiter verlässlich machen und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen anpassen. Wir wollen die Kosten im Griff behalten und damit die Voraussetzung schaffen, dass auch in Zukunft jedem geholfen werden kann, der diese Hilfe benötigt.

Vor unserem Eintritt in die Bundesregierung hat die Sozialpolitik in Deutschland nur den Mangel verwaltet: Bei der Bundesagentur für Arbeit klaffte ein Loch von 13,8 Milliarden Euro – und bis 2013 erwartete man ein Defizit von 55 Milliarden. Durch Wachstum und Reformen haben wir diesen Trend in den vergangenen Jahren umgekehrt. In der Arbeitsmarktpolitik setzen wir nicht auf das Gießkannenprinzip, sondern auf die zielgenaue Förderung des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt und effektive Kontrolle der Wirksamkeit.

Wir haben konsequent alle Versuche abgewehrt, die Sozialsysteme zu einem politischen Umverteilungsinstrument zu machen. Darüber hinaus haben wir die private Altersvorsorge gestärkt und wollen diesen Weg fortsetzen. Riester-Produkte sind dank der Liberalen transparenter und attraktiver geworden. Bei der Basisversorgung im Alter haben wir die Förderhöchstgrenze angehoben. Wir haben die private Absicherung von Erwerbs- und Berufsunfähigkeit gestärkt und für erhebliche Erleichterungen beim Sparen mit Wohneigentum ("Eigenheimrente") gesorgt.

Der Erfolg unserer Politik: Überschüsse in Milliardenhöhe in der Rentenkasse und echte Haushaltsautonomie für die Bundesagentur für Arbeit – und damit sinkende Beiträge und sichere, hochwertige Sozialleistungen für die Menschen in unserem Land. Damit entlasten wir die Menschen, geben ihnen Sicherheit und helfen jenen, die sich anstrengen, sich allen Einschränkungen und Erschwernissen zum Trotz selbst zu entfalten. Damit das so bleibt, wollen wir unsere sozialen Sicherungssysteme weiter ertüchtigen und zukunftsfest machen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Jeder, der Hilfe durch das steuerfinanzierte Sozialsystem benötigt, soll diese schnell und unbürokratisch erhalten. Wir setzen dabei auf die Einführung des liberalen Bürgergeldes, weil es individuelle Anstrengungen belohnt und Bürokratie abbaut. Mit dem liberalen Bürgergeld wollen wir die Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose neu ordnen. Hierzu werden das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst. Wer sich anstrengt und eine Arbeit annimmt, der soll im Bürgergeldmodell mehr von seinem Einkommen behalten.
- Wir wollen das Bürgergeld schrittweise umsetzen und dazu vor allem die in den vergangenen Jahren begonnene Pauschalierung von Sozialleistungen konsequent fortsetzen. Die optionale Pauschalierung der Kosten der Unterkunft wollen wir im Arbeitslosen-

geld II, in regional angemessener Höhe, zur Regel machen. So muss nicht jeder Mietvertrag beim Amt eingereicht werden und etwaige Einsparungen aus niedrigeren Miet- oder Heizkosten kommen teilweise dem Leistungsempfänger zugute. Weitere Zusammenlegungen von Behörden vor Ort nach dem Prinzip „alle Leistungen aus einer Hand“ sind zu prüfen. Gleichzeitig wollen wir es den Jobcentern als weiteren Schritt ermöglichen, in begrenztem Umfang passive Leistungen für Langzeitarbeitslose in aktive Arbeitsmarktmaßnahmen umzuwandeln.

- Heute gibt es Hilfe und Unterstützung für Langzeitarbeitslose nur noch aus einer Hand. Entweder die Kommune übernimmt die Aufgaben selbst oder sie teilt sich die Aufgaben zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit. Um die Leistung von Kommunen und gemeinsamen Einrichtungen vergleichen zu können, brauchen wir Transparenz und klare Maßstäbe. Die Kommunen sollen frei entscheiden können, ob sie die Arbeitsvermittlung selbst organisieren.
- Die Bundesagentur für Arbeit soll ihre Leistung kontinuierlich verbessern: Individuelles Fallmanagement mit gut ausgebildeten Vermittlern und ein sinnvoller Betreuungsschlüssel sollen noch mehr Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt ebnen.
- Freibeträge und Anrechnungssätze beim Arbeitslosengeld II sollen zukünftig so gestaltet sein, dass vollzeitnahe Tätigkeiten besonders attraktiv sind. Denn in diesen Arbeitszeit- und Einkommensbereichen anzukommen, ist nachweislich die bessere Chance, Bedürftigkeit ein für allemal hinter sich zu lassen. Fairerweise bleibt es dabei, dass bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit das Arbeitslosengeld II gekürzt werden kann.
- Wir treten für mehr Selbstbestimmung in der Rente ohne starre Altersgrenzen ein. Die Menschen sollen ab dem 60. Lebensjahr – bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen – den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können, sofern ihre Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge über dem Grundversicherungsniveau liegen. Gleichzeitig wollen wir Barrieren für Arbeit im Alter beseitigen und Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug komplett aufheben. Die Versicherten können so ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstaufschlag durch Bezug einer Teilrente kompensieren oder – wenn sie möchten – länger arbeiten.
- Die Eingliederungshilfe wird durch ein Bundesleistungsgesetz ersetzt. Darin wollen wir Leistungen für Menschen mit Behinderungen zusammenfassen und personenbezogen ausgestalten. Das persönliche Budget soll ausgeweitet und insbesondere durch Pauschalierung vereinfacht werden. Leistungen, die die Nachteile der Behinderung ausgleichen (Nachteilsausgleich), sollen einkommensunabhängig gewährt werden. Leistungen zum Lebensunterhalt hingegen werden, wie bei jedem anderen Leistungsempfänger auch, nach Bedürftigkeit gezahlt.
- Die Versicherten müssen sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen können, dass sich die Höhe der Rente an den eingezahlten Beiträgen orientiert. Deshalb stehen wir Liberale für eine konsequent beitragsbezogene Rente. Familien- oder sozialpolitische Leistungsausweitungen dürfen nicht über Beitragsmittel finanziert werden.
- Wir wollen die Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zukunftsfest machen und sie zu einem stärkeren Maße durch private und betriebliche Vorsorge, mit ei-

nem Nebeneinander einer staatlichen Grundsicherung, einem Betriebsrentensystem und privater Vorsorge, ergänzen. Wir brauchen eine Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge, um unterschiedliche Risiken und Sicherheiten auszugleichen. Wir lehnen daher mit Blick auf die Generationengerechtigkeit eine Rücknahme der vergangenen Rentenreformen ab, die auf eine Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus, eine Stabilisierung der Beiträge und den Ausbau privater Vorsorge ausgerichtet waren. Eine Einheitsversicherung, zum Beispiel durch die Einbeziehung der berufsständischen Versorgungswerke, lehnen wir ab.

- Wir wollen mehr Selbstständigkeit in Deutschland. Deutschland weist im internationalen Vergleich einen unterdurchschnittlichen Anteil an Selbstständigen und Existenzgründern auf. Das wollen wir ändern, denn neben den unbestrittenen wirtschaftlichen Vorteilen ist die Gründungs- und Gründerfreundlichkeit einer Gesellschaft ein wichtiger Ausdruck ihrer Liberalität. Deshalb werden wir durch eine Evaluation des veränderten arbeitsmarktpolitischen Instrumentes des Gründungszuschusses prüfen, ob auch ein solches niedrigschwelliges Förderprogramm aus Beitrags- oder Steuermitteln dazu wieder einen stärkeren Beitrag leisten kann. Dazu kommen kann beispielsweise die Prüfung zusätzlicher steuerlicher Anreizmodelle für Geber von Wagniskapital und eine Verbesserung des Bildes von Existenzgründungen und Selbstständigkeit etwa durch Berücksichtigung in schulischen Lehrplänen.
- Wir wollen private Vorsorge für jeden, auch Geringverdiener, attraktiv machen. Daher dürfen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Dies ist ein wirksamer Beitrag, der Gefahr zukünftiger Altersarmut frühzeitig entgegenzuwirken. Wir wollen außerdem Selbstständigen den Weg zur Riester-Förderung eröffnen. Die von Rot-Grün 2004 eingeführte doppelte Belastung der betrieblichen Altersvorsorge durch Sozialabgaben möchten wir wieder abschaffen.
- In der Diskussion über die Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Selbständige sprechen wir uns grundsätzlich gegen eine gründungs- und innovationsfeindliche Zwangslösung aus. Diese bedroht die Existenz von Selbständigen und die Entstehung von Arbeitsplätzen: Wer heute schon vorsorgt, wird seine Vorsorge gegebenenfalls mit massiven Verlusten umstrukturieren müssen – und diejenigen, die sich aufgrund fehlender Gewinne eine Altersvorsorge noch nicht leisten können, werden in die Insolvenz und in die Abhängigkeit von staatlichen Transfersystemen getrieben.
- Nach der gegenwärtigen Rechtslage würden noch auf unabsehbare Zeit in Ost und West unterschiedliche Rentensysteme bestehen. Die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West ist für uns ein Gebot der Fairness.
- Wir wollen die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen wieder auf den 15. Tag des Folgemonats legen. Die durch die derzeitige Regelung in Unternehmen entstandenen Bürokratiekosten stehen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen der öffentlichen Hand.
- Wir wollen künftige Sozialwahlen demokratischer, transparenter und effektiver machen. Wir wollen Einheitslisten abschaffen und echte Auswahl ermöglichen. Dabei ist die Möglichkeit der Online-Beteiligung zu schaffen und eine einfache und transparente Aufstellung der Listen zu gewährleisten.

4. Chancen nutzen – gemeinsam gesund leben

Wir wollen, dass Wahlfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten Hand in Hand gehen mit der notwendigen Solidarität. Wenn beides klug verbunden wird, machen wir gemeinsam aus den Lasten von gestern Chancen für morgen.

Bis 2009 wurde in den Sozialsystemen der Mangel verwaltet. Allein in der gesetzlichen Krankenversicherung fehlten damals Milliarden. Wir haben die Trendwende geschafft und die Sozialkassen wieder auf feste Beine gestellt. Dafür haben wir im Gesundheitsbereich für mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen und auf dem Arzneimittelmarkt gesorgt. Gleichzeitig sparen wir allein durch niedrigere Kosten für Medikamente derzeit bis zu zwei Milliarden Euro. In diesen Jahren konnten wir dadurch erreichen: Überschüsse bei den Krankenkassen und die ersten Schritte hin zu einer solide finanzierten Pflegeversicherung mit einem Einstieg in die Kapitaldeckung.

Um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zukunftsfest zu machen, haben wir Anreize für Ärzte gesetzt. Mit der Reform des Transplantationsgesetzes haben wir die Abläufe in den Krankenhäusern bei der Organspende verbessert und Organ-Lebendspender besser abgesichert. Mit der Förderung privater Pflegevorsorge und der Einführung der Leistungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen haben wir viel für die Menschen erreicht. Schließlich ist es uns mit der Abschaffung der Praxisgebühr erneut gelungen, einer Überbürokratisierung entgegenzutreten und den Patienten zu entlasten.

Wir werden den Weg der letzten vier Jahre in ein freiheitliches und vielfältiges Gesundheitssystem fortsetzen und dabei gleichzeitig genügend Sicherheit bieten, damit betroffene Menschen bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage geraten. Dafür wollen wir unser Gesundheits- und Pflegesystem stärken und dafür sorgen, dass die Kranken- und Pflegeversicherung auch in Zukunft bezahlbar bleibt.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir stehen für ein freiheitliches Gesundheitssystem, das Solidarität und Eigenverantwortung verbindet. Wir sind gegen eine zentralistisch gelenkte Staatsmedizin, die nur zu Bevormundung, Mangelverwaltung und Wartelisten führt und den Patienten zum Bittsteller macht. Vielmehr muss das Wohl der Patienten im Mittelpunkt der medizinischen Versorgung stehen.
- Wahlfreiheit für den Bürger bleibt die Maxime liberaler Gesundheitspolitik. Deshalb setzen wir uns weiter für die freie Wahl des Arztes, für Therapiefreiheit, für die freie Wahl bei der Krankenversicherung, bei Versicherungsschutz und Krankenhaus ein. Dazu gehört eine starke private Krankenversicherung. Dazu gehört auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung die Abschaffung der Budgetmedizin und die Einführung des Kostenerstattungsprinzips. Dafür soll jeder Patient eine Rechnung erhalten in der die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen aufgezeigt werden. Einer Einheitskasse mit Einheitsversorgung für den Einheitspatienten erteilen wir eine Absage.
- Für ein starkes duales Krankenversicherungssystem ist es auch wichtig, die private Krankenversicherung zukunftsfest zu machen. Dazu gehören unter anderem Transparenz bei den Basistarifen und Konzepte sowohl zur der Beitragsentwicklung als auch zur Portabilität von Altersrückstellungen.

- Wir wollen die Beitragsautonomie der Krankenkassen weiter ausbauen und die Umverteilung durch den Gesundheitsfonds zurückführen. Der Einstieg in die Abkopplung der Krankenversicherungsbeiträge von den Löhnen und Gehältern war richtig. Der notwendige Sozialausgleich für diejenigen, die ihre Beiträge nicht bezahlen können, soll weiterhin aus Steuermitteln und damit durch alle Steuerpflichtigen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit finanziert werden.
- Eine moderne Gesundheitsversorgung versteht die Beteiligten nicht als Einzelkämpfer. Vielmehr spielen Kooperation, Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung für eine gute Versorgung des Patienten eine große Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufgaben zwischen den Beteiligten klar geregelt und verteilt sind und wollen ärztliche und nicht-ärztliche Berufe aufwerten und attraktiver machen.
- Die Freiberuflichkeit ist ein Garant für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen. Wir werden daher an der Freiberuflichkeit der Heilberufe festhalten. Darüber hinaus erkennen wir im ambulanten Bereich die Rolle von Versorgungsmodellen mit angestellten Ärzten an.
- Wir wollen den Erhalt eines wohnortnahen Apothekennetzes sichern. Für eine qualifizierte Arzneimittelberatung brauchen die Apotheken weiterhin eine leistungsgerechte Vergütung, attraktive Arbeitsbedingungen und einen weiteren Abbau bürokratischer Regularierungen.
- Die Bürokratie muss im Gesundheitswesen auf allen Ebenen abgebaut werden. (z.B. überbordende Dokumentationspflichten bei den Leistungserbringern, bei öffentlichen Körperschaften und bei den Krankenkassen).
- Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pflegekräften ist von entscheidender Bedeutung dafür, ob es gelingt, die Qualität der Pflege dauerhaft auf hohem Niveau zu gewährleisten. Darüber hinaus trägt eine attraktive Ausbildung mit klar geregelten Finanzierungsmodalitäten entscheidend zur Verbesserung des Ansehens und der Akzeptanz der Pflegeberufe bei.
- Wir wehren uns gegen Bestrebungen, dass künftig nur noch Abiturienten eine Pflegeausbildung machen dürfen, sondern wollen die Anerkennung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Pflegeberufe verbessern. Pflegekräfte sollen sich weiterentwickeln und dann weitere Aufgaben übernehmen können. Die Herausforderungen der Pflege sind mittlerweile im Krankenhaus angekommen und die medizinischen Themen im Pflegeheim. Wir sprechen uns daher für eine Zusammenführung der drei bisher getrennten Ausbildungen zum Kinderkranken-, Kranken- und Altenpfleger zu einer generalistischen Pflegeausbildung mit einer weiteren Entwicklungsperspektive aus.
- In der Pflegeversicherung brauchen die Menschen Alternativen neben der traditionellen ambulanten und stationären Versorgung, wie sie z. B. durch die Förderung von Wohngruppen geschaffen wurden. Für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen möchten wir Betreuung in guter Qualität gewährleisten. Um ihren speziellen Problemen gerecht zu werden, sollen sich auch die Kriterien zur Pflegebedürftigkeit von körperlichen Verrichtungen hin zu einer Einstufung anhand der noch vorhandenen Selbstständigkeit ändern.

- Eine Politik der Budgetierung wird im demographischen Wandel zu einem Mangel an Ärzten, Pflegekräften und anderen Leistungsangeboten führen. Um auch in Zukunft eine gute Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall zu gewährleisten, brauchen wir leistungsgerechte Vergütungen und gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wie effiziente Arbeitsabläufe. Dazu gehört auch der Abbau von bürokratischer Regulierung, die Qualifizierung möglichst vieler Menschen, die gezielte Gewinnung von Rückkehrern in die Gesundheitsberufe und die gesteuerte Einwanderung von Menschen aus dem Ausland, die in Deutschland im Gesundheitsbereich arbeiten möchten.
- In der Pflege ist der weitere Abbau von Bürokratie und Dokumentationspflichten unerlässlich, damit so viel Zeit wie möglich für die eigentliche Pflege verbleibt. Deshalb wollen wir stärker auf die Kontrolle von Ergebnisqualität statt auf die Vorgabe von Strukturen und Prozessen setzen.
- Der demographische Wandel stellt die Frage der Finanzierung zwischen den Generationen neu. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der Kapitaldeckung. In der privaten Pflege-Vorsorgeförderung haben wir einen ersten wichtigen Schritt erreicht. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
- Gerade vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung ist es uns wichtig, dass hochwertige medizinische Versorgung in Deutschland auch in Zukunft wohnortnah für alle kostengünstig verfügbar ist und dass Menschen auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir befürworten den stärkeren Einsatz von Telemedizin und den Abbau von haftungsrechtlichen Vorgaben für den Einsatz telemedizinischer Anwendungsfälle. Der Einsatz technischer Assistenzsysteme ermöglicht Älteren und Kranken ein besseres Leben.
- Gute Prävention verbessert die Lebensqualität, vermeidet Krankheiten oder zögert ihr Eintreten zumindest heraus. Deshalb wollen wir Prävention weiter stärken, insbesondere im Bereich Infektionskrankheiten, wie z.B. HIV, psychischer Erkrankungen sowie Fehl- und Mangelernährung. Hierzu muss jede Institution in klarer Finanz- und Aufgabenverantwortung ihren Beitrag leisten. Dabei sind Kommunen, Krankenkassen, Gesundheitsberufe, Arbeitgeber im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsvorsorge und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gefordert. Ebenso wie diejenigen, die in Kindergärten, Schulen und Vereinen Einfluss auf eine gesunde Lebensweise nehmen können. Eine besondere Rolle kommt hierbei dem Sport zu, der einen wesentlichen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen leistet.
- Trotz aller Präventionsbemühungen erleiden Menschen z. B. als Folge von Krankheiten oder Unfällen andauernde Einschränkungen bei der Teilhabe am beruflichen und sozialen Leben. Dieses Risiko steigt mit zunehmendem Lebensalter. Einem großen Teil der betroffenen Menschen kann durch RehaMaßnahmen wieder zu einem weitgehend unabhängigen Leben verholfen werden. Durch ausreichende Finanzierung und wirkungsvolle Kooperation der Maßnahmenträger wollen wir sicher stellen, dass auch im demographischen Wandel das Prinzip "Reha vor Rente" eingehalten werden kann. Auch im Rentenalter soll jeder bei Bedarf unterstützt werden, möglichst lange selbstständig zu leben. Das dient nicht nur dem Einzelnen, sondern hilft auch der Gesellschaft, die immer mehr auf die aktive Mitwirkung älterer Menschen angewiesen ist. Qualitätsgesicherte

Rehabilitation führt zu nicht unerheblichen Einsparungen bei Erwerbsminderungsrenten und Pflegeleistungen.

- Unser Gesundheitswesen ist trotz vieler Fortschritte in vielen Bereichen noch nicht hinreichend auf die immer längere Lebenszeit der Menschen eingestellt. Notwendig ist zum Beispiel geriatrische Kompetenz in allen Gesundheitsberufen, insbesondere auch Kompetenz im Umgang mit Demenz. Die Altersmedizin wollen wir stärker in den Fokus medizinischer Forschung stellen. Gleichzeitig wollen wir durch eine umfassende Präventionsstrategie die Menschen dabei unterstützen, möglichst gesund alt zu werden.
- Zur Freiheit des Einzelnen gehört das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Selbstbestimmung geht vor Fürsorge-Überlegungen Dritter. Es ist das Recht jedes Einzelnen, eigenverantwortlich über medizinische Behandlungen zu entscheiden und im Voraus entsprechende Verfügungen zu treffen. Medizinische Behandlungen gegen den erklärten Willen des Betroffenen lehnen Liberale strikt ab. Wir wollen für alle Menschen ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt ermöglichen. Die Neuregelung der Patientenverfügung hat sich bewährt. Die Rahmenbedingungen zur Versorgung mit Palliativmedizin und Hospizangeboten wollen wir weiter verbessern.

III. Vielfalt, damit jeder eine Wahl hat

Wir Liberale wollen eine freie, eine vielfältige Gesellschaft. Die Menschen sollen selbst entscheiden, wie sie leben wollen. Politik darf Menschen nicht eine bestimmte Lebensweise vordringen. Wir wollen stattdessen Freiheit und Vielfalt in Deutschland weiter stärken. Dazu wollen wir neue Formen der Solidarität, Arbeitsteilung und gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen. Denn die Globalisierung und die zunehmend enge Vernetzung der Welt führen zu immer schnellerem Wandel. Bei kaum einer Entscheidung von heute können wir uns sicher sein, dass sie morgen noch zu den gewünschten Ergebnissen führt. Eine vielfältige und offene Gesellschaft hingegen kann schnell Fehler korrigieren und Neues ausprobieren. Vielfalt und Offenheit garantieren deshalb Zukunftsfähigkeit.

Wir stärken Familien und Verantwortungsgemeinschaften. Denn eine Republik freier Bürger lebt davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen. Wir wollen Wahlfreiheit der Lebensentwürfe. Vielfalt in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zu leben bedeutet auch, Unterschiede zu tolerieren und zu akzeptieren, aber vor allem ihren Wert zu erkennen. Deshalb wollen wir reale Chancen auf mehr Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft.

Das gilt auch und gerade unter den Bedingungen des demographischen Wandels. Deutschland wird ein Land des langen Lebens und dadurch auch vielfältiger und erfahrener. Diese Herausforderungen wollen wir zu einer Chance für unser Land machen.

Eine vielfältige Gesellschaft gibt es nicht ohne Gleichheit vor dem Gesetz. Gleiche Pflichten bedeuten auch gleiche Rechte. Gleiche Rechte zu haben bedeutet für Liberale aber nicht, Verschiedenes gleich zu machen. Wir setzen auf Vielfalt.

1. Verantwortung stärken – in Familien und Verantwortungsgemeinschaften

Liebe, Geborgenheit und Anerkennung geben ein starkes Fundament für die gute Entwicklung einer individuellen Persönlichkeit. Kinder verdienen unseren besonderen Schutz. Jedes Kind hat das Recht darauf, sich zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entfalten. Chancen, unabhängig von der Herkunft, beginnen bereits im Kleinkindalter. In der Verantwortung für ihre Kinder sehen wir Liberale zunächst die Eltern und erst dann Staat und Gesellschaft.

Familie bedeutet dabei heute nicht mehr nur die Lebensgemeinschaft von leiblichen Elternpaaren mit ihren Kindern. Daneben leben heute beispielsweise auch Alleinerziehende, Patchwork-Familien oder gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern in hohem Verantwortungsbewusstsein als Familien zusammen. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der eigenen Lebensgemeinschaft ist Privatsache. Für uns Liberale sind alle Lebensgemeinschaften gleich wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Eltern für ihre Kinder, Kinder für ihre Eltern, Ehe- und Lebenspartner füreinander. Aber auch Menschen in anderen frei gewählten Verantwortungsgemeinschaften. Wir wollen Selbstbestimmung für Lebensmodelle stärken und zur Verantwortung ermuntern.

Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren Familien mit Kindern durch ein höheres Kindergeld und höhere Freibeträge entlastet. Wir haben einen Beitrag dazu geleistet, dass heute insgesamt 250.000 Kinder weniger in Armut leben. Wir haben die Kinderrechte durch die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention gestärkt. Wir haben das erste Bundeskinderschutzgesetz eingeführt und damit einen Meilenstein im Kinderschutz in Deutschland gesetzt. Kinderlärm als Klagegrund wurde abgeschafft. Wir haben durch Förderung des Bundes den Ausbau der Kinderbetreuung mit 780.000 neuen Plätzen weiter vorangetrieben. Das Bildungspaket für bedürftige Kinder wurde ebenso realisiert wie der Rechtsanspruch auf die Betreuung von unter dreijährigen Kindern, der Kinderbetreuungszuschlag beim BAföG und die vereinfachte Einbeziehung von Selbständigen in das Elterngeld. Wir haben die Familienpflegezeit beschlossen und flexiblere Teilzeitlösungen für Arbeitnehmer ermöglicht. Wir haben im Bundestag eine Regelung zur vertraulichen Geburt auf den Weg gebracht. Wir haben die Rechte leiblicher Väter gestärkt und das gemeinsame Sorgerecht im Interesse des Kindes ausgeweitet. Für gleichgeschlechtliche Lebenspartner haben wir in zahlreichen Lebensbereichen die Gleichstellung mit Ehegatten verwirklicht: im öffentlichen Dienstrecht, bei der Erbschaft- und Grunderwerbsteuer, beim BAföG und vermögenswirksamen Leistungen.

Freiheit und Verantwortung sind untrennbar miteinander verbunden. Wir werden nur besser werden und besser leben, wenn wir uns daran erinnern, was uns stark gemacht hat: Menschen, die sich anstrengen – aus Leidenschaft, aus Liebe zu anderen, aus Verantwortung. Wir glauben an diese Menschen. Sie weiter zu stärken ist unser Ziel.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir treiben den Ausbau des qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für unter Dreijährige weiter voran. Dafür wollen wir die Betreuungsschlüssel und die Ausbildung der Erzieher weiter verbessern. Die Länder sollen sich hier ihrer Verantwortung stellen. Betriebskindergärten und private Einrichtungen wollen wir mit den öffentlichen, gemeinnützigen und kirchlichen Trägern gleichstellen und bürokratische Hürden für neue Einrichtungen senken. Zudem möchten wir Tagesmütter und -väter besser stellen.

- Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wer für andere Menschen Verantwortung übernimmt, soll das nicht um den Preis eigener Chancen tun müssen. Deshalb wollen wir die Nutzung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, Home Office-Möglichkeiten, Freistellungsjahren und den Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit in Unternehmen weiter erleichtern.
- Wir wollen die Inanspruchnahme des Elterngeldes durch bessere Teilzeit-Möglichkeiten weiter flexibilisieren und die Partnermonate stärken. Weiterhin streben wir insbesondere eine flexible Anrechnung von Selbständigkeit, bei Alleinerziehenden und bei Teilzeitmodellen während der Elternzeit an. Für Selbstständige wollen wir faire Bedingungen beim Elterngeld schaffen. Das Einkommen, das sich Selbstständige vor ihrer Elternzeit erarbeitet haben, ihnen aber erst während der Elternzeit gezahlt wird, soll nicht auf das Elterngeld angerechnet werden und damit zu einer Kürzung des Elterngeldes führen.
- Wir wollen auf Grundlage der in den vergangenen Jahren durchgeführten Evaluation die familienpolitischen Leistungen neu ordnen, um Bürokratie abzubauen und die Effizienz der eingesetzten Mittel zu erhöhen. Auch das kürzlich eingeführte Betreuungsgeld muss hinsichtlich seiner Wirkungen überprüft werden. Wenn es das Ziel, mehr Wahlfreiheit zwischen privater und staatlicher Kinderbetreuung zu ermöglichen, nicht erreicht, wollen wir es wieder abschaffen. Bei allen Leistungen orientieren wir uns vor allem am Kindeswohl.
- Wir wollen die Bündelung aller kindbezogenen Leistungen mit einer Kinderkarte in einem Modellversuch erproben. Diese elektronische Karte ist eine unbürokratische und diskriminierungsfreie Möglichkeit, Kindern direkt Förderleistungen zukommen zu lassen.
- Der Unterhaltsvorschuss muss wieder zur Überbrückungsleistung gemacht werden. Die Dauer seines Bezuges soll verkürzt werden und im Gegenzug der Bezug bis zum 18. Lebensjahr des Kindes ausgeweitet werden.
- Alle Akteure des Kinderschutzes müssen Hand in Hand arbeiten, um Missbrauch und Misshandlung wirksam vorzubeugen und bei Verdachtsfällen gezielt einzuschreiten. Die deutliche Stärkung von Prävention und Intervention hilft, Verwahrlosung und Missbrauch von Kindern und die Zerrüttung von Familien in Zukunft besser zu verhindern. Diesen Ansatz gilt es bundesweit zu stärken. Beispielsweise durch gemeinsame Präventionsnetzwerke wie "Kein Täter werden".
- Kinder und Jugendliche wollen wir in ihren vielfältigen Lebensräumen wirkungsvoll vor sexuellem Missbrauch schützen und Hilfen für Betroffene verbessern. Eine unabhängige Aufarbeitung des Missbrauchsgeschehens in der Vergangenheit ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, der wir einen hohen Stellenwert einräumen. Die notwendige gesellschaftliche Bewusstseinschärfung, die notwendig ist, um Missbrauch einzudämmen steht noch immer am Anfang. Bei der Bundesregierung wird auch künftig ein unabhängiger Missbrauchsbeauftragter angesiedelt werden. Rechtsstellung, Aufgaben, Rechte und Pflichten sowie die Beteiligung von Betroffenen werden gesetzlich geregelt. Außerdem wird von der Bundesregierung eine unabhängige Kommission zur umfassenden, systematischen Aufarbeitung des Missbrauchsgeschehens im institutionellen und familiären Bereich angesiedelt, sofern der Deutsche Bundestag keine Enquete-Kommission zur Aufarbeitung einrichtet.

- Für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften gleich wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Alle Paare sollen die Ehe eingehen können. Bis dahin gilt: Wer gleiche Pflichten hat, verdient auch gleiche Rechte. Eingetragene Lebenspartnerschaften müssen mit der Ehe gleichgestellt werden – vor allem noch im Einkommensteuerrecht, bei der Riester-Rente und bei Adoptionen.
- In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung – jenseits von Verwandtschaft oder Liebesbeziehungen. Deshalb wollen wir im BGB das Rechtsinstitut der Verantwortungsgemeinschaft mit flexiblen Bausteinen der Verantwortungsübernahme zwischen zwei oder mehreren Personen einführen. Um Rechtsklarheit gegenüber anderen Verpflichtungen zu wahren, dürfen diese Personen weder verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie miteinander verwandt sein. Begünstigungen durch den Staat im Steuer- und Sozialrecht aber auch im Erbrecht sind nur gerechtfertigt, wenn die Partner volle Unterhalts- und Einstandspflichten wie Ehegatten übernehmen. Um Missbrauch auszuschließen, steht Mitgliedern einer Verantwortungsgemeinschaft kein Zeugnisverweigerungsrecht und kein Familiennachzug im Ausländerrecht zu.
- Wir wollen im Familienrecht weitere Wahlmöglichkeiten schaffen. Ehegatten und eingetragene Lebenspartner sollen bei Eheschließung optional die Errungenschaftsgemeinschaft als weiteren optionalen Güterstand wählen können. Diese ist in den meisten europäischen Ländern der gesetzliche Güterstand. Damit werden erwirtschaftete Güter bereits während der Ehe zum gemeinsamen Vermögen und nicht erst bei einer Trennung in Form des Zugewinns ausgeglichen.
- Wir wollen die Möglichkeit zur Adoption vereinfachen. Dazu wollen wir beispielsweise, dass bei Stiefkindadoptionen – den einvernehmlichen Wunsch von Mutter, Vater und adoptionswilligem Stiefelternteil vorausgesetzt und sofern dieses dem Kindeswohl nicht widerspricht – das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten bleibt. Die gesellschaftliche Realität einer höheren Lebenserwartung und einer nach hinten verschobenen Familiengründungsphase erfordert ein Adoptionsrecht, das die Zeichen der Zeit erkennt. Im Regelfall soll auch ein Altersunterschied von 50 Jahren zwischen dem Kind und den Eltern keinen Zweifel an der Erziehungsfähigkeit begründen.
- In einem Reproduktionsmedizinengesetz wollen wir bestehende Einzelbestimmungen zusammenfassen und die Eizellspende ermöglichen.
- Allen Menschen sollen die in Deutschland zulässigen reproduktionsmedizinischen Angebote (wie die künstliche Befruchtung) unabhängig von ihrem Familienstand rechtlich offenstehen. Bei anonymer Samenspende im Rahmen einer reproduktionsmedizinischen Behandlung soll geregelt werden, dass ein Kind zwar bei Volljährigkeit seine Abstammung erfahren darf, Unterhalts- und Erbansprüche aber ausgeschlossen sind.

2. Bürgerschaftliches Engagement stärken

Wir Liberale stehen für die freie, die offene Bürgergesellschaft. Sie fördert die Menschen in ihrer freien Entfaltung, ihrem persönlichen Streben nach Glück und ihrem Engagement für ihre Mitwelt. Schon heute engagieren sich in unserem Land Millionen Menschen und machen dadurch unsere Gesellschaft reicher und wärmer – diese Menschen wollen wir stärken.

Dazu haben wir unter anderem die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse spürbar angehoben und Haftungsrisiken für die Engagierten in Vereinen klar beschränkt. Wir haben die Jugendfreiwilligendienste (FSJ und FÖJ) gestärkt und den Bundesfreiwilligendienst geschaffen – und damit die größte engagementpolitische Reform in der Geschichte unseres Landes umgesetzt. Während nach 2009 noch durchschnittlich 68.000 Zivildienstleistende ihren Pflichtdienst absolvierten, engagieren sich heute 80.000 Menschen in den Freiwilligendiensten – anders als beim Zivildienst aber geschlechter- und generationenübergreifend.

Wir Liberale begreifen Politik für bürgerliches Engagement nicht als Stückwerk, sondern fordern einen roten Faden in der politischen Rahmensetzung für Engagement. Diesen Anspruch haben wir mit einer Engagementstrategie der Bundesregierung und dem ersten Engagementbericht deutlich gemacht.

Wir stärken das Ehrenamt und das individuelle Engagement. Das Engagement von Bürgern und zivilgesellschaftlichen Organisationen – von privat organisierten Bürgertafeln über Stiftungen und Vereine bis hin zu sozialen Organisationen wie der Freien Wohlfahrtspflege – hat deshalb für uns einen besonderen Wert. Die solidarische und offene Bürgergesellschaft ist Ausdruck einer der Freiheit verpflichteten Gesellschaft. Ihre Stärke ist die Vielfalt. Sie schafft neue Lebenschancen – und neue Vorbilder für Bürger und Unternehmen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Millionen Deutsche übernehmen in ihrer Gemeinschaft Verantwortung im persönlichen Umfeld, Vereinen, Stiftungen und vielem mehr. Diese Menschen wollen wir in ihrer ehrenamtlichen Arbeit unterstützen, indem wir sie von bürokratischen Hemmnissen befreien und andere zur Nachahmung ermuntern. Im Steuerrecht sollen dazu die Zuschüsse für Aufwandsentschädigungen fortlaufend hinsichtlich der Preisentwicklung angepasst und Hinzuverdienstregelungen bei staatlichen Leistungen so verändert werden, dass Aufwandsentschädigungen nicht zu einer Verringerung der Hilfen führen.
- Wir wollen die Organisationen und Einrichtungen, in denen ehrenamtliches Engagement möglich wird, weiter stärken. Vereine, Stiftungen, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen bieten wichtige Beteiligungsmöglichkeiten, wirken an der Gestaltung unserer Gesellschaft mit und übernehmen gesellschaftliche Verantwortung. Sie ermöglichen den Menschen praktische Erfahrungen in einem demokratischen System und sind auf Basis ihrer immer neuen Erfahrungen Impulsgeber für die gesamte Zivilgesellschaft.
- Mit 27 Millionen Vereinsmitgliedern sind die Sportverbände die größte Bürgerbewegung unseres Landes. Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem Status, religiöser oder politischer Anschauung, körperlichen Voraussetzungen, Herkunft oder sexueller Orientierung zusammen. Er fördert die gesundheitliche Prävention, den Aufbau von Gemeinschaftsgeist und den Abbau von Vorurteilen. Sportverbände und ihre ehrenamtlichen Unterstützer verdienen unsere besondere Unterstützung. Der Erhalt und Ausbau von Sportstätten ist uns ein Anliegen.
- Wir Liberale bekennen uns zur Förderung des Breiten- und Leistungssports. Förderfähig ist jedoch nur ein sauberer Sport. Die Einnahme leistungsfördernder Mittel gefährdet den Gedanken des Fair Play und den Vorbildcharakter des Sports. Prävention, Selbstkontrolle des Sports durch den Sport, Investitionen in die neuesten Nachweissysteme

und ein Klima gesellschaftlicher Zivilcourage gegen alle Formen des Betrugs sind erfolgversprechende Elemente, um Doping nachhaltig zu bekämpfen. Wir bekennen uns zur Stiftung Nationale Anti Doping Agentur (NADA) und fordern Länder und Privatwirtschaft auf, verstärkt ihren Anteil am Stiftungskapital zu leisten. Einen Straftatbestand für Doping lehnen wir Liberale ab. Das schärfste Schwert im Anti-Doping-Kampf bleibt die Wettkampfsperre. Darüber hinaus können zivilrechtliche Haftungsfragen in den Athletenverträgen geregelt werden.

- Die wirtschaftliche Vermarktung und Verwertung von Sportveranstaltungen ist Voraussetzung für die Eigenfinanzierung des organisierten Sports. In diesem Zusammenhang achten wir bei der Modernisierung des Urheberrechts auf die schutzwürdigen Eigentumsrechte von Sportveranstaltern.
- Wir nehmen Gewalt am Rande von Sportveranstaltungen ernst. Trotzdem dürfen Fans nicht pauschal kriminalisiert werden. Die Datei "Gewalttäter Sport" wollen wir kritisch prüfen und, wenn nötig, wieder abschaffen.
- Im Stiftungsrecht wollen wir weitere Vereinfachungen vornehmen, um gesellschaftliches Engagement von Personen und Unternehmen zu erleichtern. Darüber hinaus wollen wir private Zustiftungen zu dem Stiftungsvermögen von Stiftungen des Bundes ermöglichen.
- Die von uns Liberalen im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht geforderte Freiwilligendienstreform hat zu einem massiven Ausbau der Freiwilligendienste geführt. Dieses Engagement von Jung und Alt wollen wir stärken, indem wir bürokratische Hürden abbauen und die nationalen wie internationalen Freiwilligendienste besser koordinieren. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Europäischen Freiwilligendienstes zu einem Freiwilligen Europäischen Jahr ein, das Bürgern aus allen Altersgruppen offen steht. Die Freiwilligendienste dürfen dabei nicht als Arbeitsmarktinstrument missbraucht werden, das Prinzip der Arbeitsmarktneutralität ist zu achten.

3. Vielfalt leben – Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft

Wir möchten, dass jeder in Deutschland seinen eigenen Weg gehen kann, ohne dabei bevormundet oder gegen seinen Willen in eine bestimmte Richtung gedrängt zu werden. Jeder Mensch soll die Chancen haben, aus eigener Kraft seine Ziele zu erreichen und seine Träume zu erfüllen – unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und Behinderung.

Für Liberale ist es normal, verschieden zu sein. Liberale Politik schützt deshalb in besonderem Umfang vielfältige Lebensformen und Lebensentwürfe – und damit ein angstfreies Anderssein. Wir unterstützen deshalb die Entwicklung von „Strategien zur Vielfalt“ (Diversity-Strategien) und wollen, dass unsere republikanischen Institutionen Vorbilder sind und Vielfalt leben.

Zur Toleranz gehört für uns auch die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Hier haben wir verschiedene Verbesserungen durchgesetzt. Wir haben im Jahr 2011 die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld durchgesetzt, die durch Bildung und Forschung der Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen entgegenwirkt. Wir haben zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit eigenständige Programme zur Jungen- und Männerpolitik ent-

wickelt. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst durch Selbstverpflichtung erhöht wird.

Für uns Liberale gehört Religionsfreiheit, auch die negative Religionsfreiheit, zu den unaufgebaren Grundsätzen: Wir setzen uns aktiv für Toleranz und Respekt vor der Glaubensüberzeugung bzw. der atheistischen oder auch agnostischen Weltanschauung von Mitbürgern ein. Wir treten ein für die Gleichbehandlung von Kirchen, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften durch den Staat. Dessen weltanschauliche Neutralität muss grundsätzlich gewährleistet sein. Während erstere einen wertvollen Beitrag zur Gestaltung des Zusammenlebens in der Gesellschaft leisten, insbesondere im karitativen Bereich und in der Vermittlung von Werten, lebt letzterer von ethischen Voraussetzungen, die er selber nicht erbringen kann. Staat und Religionsgemeinschaften arbeiten nach dem Kooperationsprinzip zusammen: Staat und Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften sind je eigenständig und zugleich im Sinne des Gemeinwohls aufeinander bezogen. Entscheidend dabei ist jedoch, dass das Menschen- und Gesellschaftsbild der jeweiligen Gemeinschaft die Wertordnung des Grundgesetzes achtet.

Wir haben eine eigenständige Jugendpolitik auf den Weg gebracht. Während andere Jugendpolitik vorrangig mit Geboten und Verboten für scheinbar unmündige oder mit Nachteilen und Schwierigkeiten behaftete Jugendliche definieren, setzen wir Vertrauen gerade auch in junge Menschen und wollen ihnen mehr Chancen geben. Diese Überzeugung haben wir mit dem Führerschein für 17-Jährige, dem Deutschlandstipendium oder der Sommerferienjobregelung bei Hartz IV in praktische Politik umgesetzt.

Politik für ältere Menschen ist mehr als eine gute soziale Absicherung. Den Menschen, die im Alter aktiv sein wollen, haben wir beispielsweise durch die Öffnung der Freiwilligendienste für alle Generationen neue Perspektiven eröffnet.

Mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung haben wir in vielen Bereichen wichtige Anreize für eine inklusive Gesellschaft geschaffen. Den Kommunen wurden bei der Eingliederungshilfe erhebliche Entlastungen zugesagt.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Aufgabe der Politik ist es, Vielfalt zu bewahren und zu fördern sowie entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, Vielfalt auch leben zu können. Die Vielfalt unserer Gesellschaft und die damit verbundenen unterschiedlichen Erfahrungen und Talente führen zu neuen Fortschritts- und Innovationschancen. Gleichzeitig eröffnet das soziale Aufstiegschancen für all jene, deren Fleiß, Kreativität und Anstrengungen zu weiteren Innovationen führen.
- Wir wollen mehr berufliche Aufstiegschancen für Frauen in unserem Land – und wollen mehr Vätern die Möglichkeit geben, stärker als bisher Beruf und Familie in Einklang zu bringen. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen ermutigen, familienfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu bedarf es einer Flexibilisierung der Arbeit, einer modernen Ausgestaltung des Steuerrechts – zum Beispiel die Abschaffung der Lohnsteuerklasse V – und anpassungsfähiger Lösungen in den Betreuungsmöglichkeiten, etwa die Förderung von Betriebskindergärten.

- Wir wollen mehr Frauen in Führungsverantwortung sowohl in der Wirtschaft als auch im Öffentlichen Dienst. Es hat sich gezeigt, dass dies nicht nur ein Gebot der Fairness zwischen den Geschlechtern ist, sondern Frauen Unternehmen sehr erfolgreich leiten und gemischte Teams oft überlegen sind. Wir erwarten daher von Unternehmen in Deutschland eine deutliche Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen und werden uns dafür auch im Öffentlichen Dienst einsetzen. Als Liberale lehnen wir eine gesetzliche Quote jedoch ab. Wir setzen vielmehr auf Anreize für die Unternehmen, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen. Damit geben wir den Unternehmen die Möglichkeit, eine bessere Beteiligung von Frauen so auszugestalten, dass sie die besten Chancen für das Unternehmen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schafft.
- Wir befürworten den Aufbau eines laufbahnbegleitenden und altersgerechten Personalmanagements in Wirtschaft und Gesellschaft, um Erfahrungen zu nutzen und lebenslanges Lernen zu fördern („AlterNsmanagement“). Wir wollen insbesondere auch die Erfahrungen älterer Menschen in unserer Gesellschaft nutzen. Darum unterstützen wir entsprechendes Engagement beispielsweise in so genannten Bildungspatenschaften oder im Bundesfreiwilligendienst. Wo erforderlich, wollen wir bestehende Altersgrenzen überprüfen, um Menschen jeden Alters die Möglichkeit zu geben, sich in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.
- Das bestehende Potenzial an Fachkräften in Deutschland soll besser genutzt werden, um individuelle Chancen zu sichern und Wachstum zu befördern. Unternehmen wirtschaftlich erfolgreicher und Verwaltungen bürgernäher, die aktiv auf Strategien der Vielfalt (Diversity-Management) setzen. Dies zu unterstützen ist auch Teil unserer Wachstumsstrategie für den Standort Deutschland. Vielfalt und Erfolg gehören zusammen.
- Wir Liberalen stehen für eine eigenständige Jugendpolitik. Wir setzen auf eine starke Jugendhilfe und eine starke Jugendarbeit, insbesondere durch starke Jugendverbände, die jungen Menschen Chancen auf Teilhabe eröffnet und ihre Potentiale fördert und ausbaut.
- Wir wollen die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen als zentralen Bestandteil demokratischer Kultur weiterentwickeln. Wir Liberale setzen uns mit Nachdruck dafür ein, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen durch auf sie zugeschnittene, altersdifferenzierte Angebote zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben vor Ort zu verbessern. Dazu wollen wir die begonnene Reform des Kinder- und Jugendplans als transparentes und partizipatives Förderinstrument der Kinder- und Jugendpolitik konsequent vorantreiben. Kinder- und Jugendseiten, Kinder- und Jugendforen, Jugendgemeinderäte und -parlamente sollen durch die jeweils zuständigen Ebenen mit klaren Standards für diese Partizipationsinstrumente eingesetzt und gefördert werden.
- Wir setzen uns für eine klare Regelung des Jugendlärms ein, um Planungssicherheit für Bolzplätze und lokale Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche zu gewährleisten.
- Um gesellschaftliche Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen abzubauen, setzen wir vorrangig auf Bildung und Aufklärung statt auf bürokratische Antidiskriminierungsgesetze. Deshalb wollen wir die gute Arbeit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld weiter stärken und das Stiftungskapital erhöhen. Homosexuelle, die in Deutschland

nach § 175 des Strafgesetzbuches verurteilt und damit Opfer staatlicher Diskriminierung geworden sind, wollen wir rehabilitieren und in angemessener Weise entschädigen.

- Wir werden darauf hinwirken, dass Homosexuelle nicht mehr per se von Blutspenden ausgeschlossen werden.
- Wir werden uns für mehr Akzeptanz und Selbstbestimmung von Transsexuellen einsetzen – gerade auch in der Arbeitswelt. In einem neuen Transsexuellen-Gesetz wollen wir zudem die Hürden zur Personenstandsänderung verringern. Im Zuge dessen sollen die Leistungen der Krankenkassen bei Geschlechtsangleichungen gesichert und vereinheitlicht werden.
- Wir wollen Menschen mit Behinderung eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Das beginnt bei der Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes: Menschen mit Behinderung müssen alle öffentlichen Gebäude, Verkehrsmittel und Kommunikationseinrichtungen unabhängig von fremder Hilfe nutzen können. Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen wollen wir inklusiv gestalten. Barrierefreiheit dient allen. Wer Barrieren aus dem Weg räumt, ermöglicht, dass Gebäude, Verkehrsmittel, Produkte für alle erkennbar, erreichbar und damit für jeden nutzbar sind. Darum unterstützen wir auch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Ferner setzen wir uns für einen bundesweiten barrierefreien Notruf per SMS ein.
- Sofern bei Menschen mit Behinderung oder nach schwerer Krankheit die Fähigkeit zur Arbeitsaufnahme eingeschränkt ist, wollen wir eine bestmögliche Teilhabe am Arbeitsleben durch Teilzeitangebote, berufliche Fördermaßnahmen und den Ausbau inklusiver Arbeitsplätze erreichen. Bei Hilfsbedürftigkeit setzen wir auf die Einführung persönlicher Budgets, damit man eigenverantwortlich und selbständig darüber entscheiden kann, welche Person oder Einrichtung die Hilfe erbringen soll.

4. Einwanderung und Integration in einem vielfältigen, offenen Deutschland

Für ein modernes, offenes Deutschland muss gelten: Es kommt nicht darauf an, woher Du kommst. Es kommt darauf an, wohin Du willst. Egal woher ein Mensch kommt, welchen Hintergrund er hat: Er kann unsere Gesellschaft bereichern – in der Wirtschaft, in der Kultur, im Sport, im öffentlichen Leben. Und er hat ein Recht auf Teilhabe an dieser Gesellschaft.

In unserem Land leben Millionen Mitmenschen mit Migrationshintergrund. Viele von ihnen sind hier geboren. Die allermeisten von ihnen sind längst in diesem Land Zuhause. Sie sind unsere Mitbürger, Freunde und Nachbarn.

Wir sind überzeugt: Wer an dieser Gesellschaft teilhaben möchte, wer sich einbringen will, der soll hier auch eine Heimat finden können. Dafür können wir in Deutschland Hindernisse abbauen und Türen öffnen. Gleichzeitig ist aber auch die Bereitschaft zur Teilhabe Voraussetzung für das Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft. Dazu gehören insbesondere die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen, sowie die vorbehaltlose Akzeptanz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Mit dem Nationalen Aktionsplan Integration und dem Instrument der Integrationsvereinbarung zeigen wir, wie wir diesen Weg zum Miteinander in unserer Gesellschaft weiter gehen wollen. Gleichzeitig zeigen wir aber auch – zum Beispiel

mit der Schaffung der Straftatbestände zur Bekämpfung der Zwangsheirat und Genitalverstümmelung– deutlich die Grenzen der Toleranz auf.

Chancen zur Teilhabe zu bieten bedeutet aber auch, alle Anstrengungen zu unternehmen, Menschen zur Integration zu befähigen. Die Fähigkeit zur Integration hängt in vielen Fällen immer noch von Faktoren ab – Familie, Bildungsweg, soziales Umfeld – die der Einzelne nur schwer beeinflussen kann und die im ungünstigen Fall den Zugang in die Gesellschaft erheblich erschweren. Hier wollen wir weiterhin stärker Hilfe zur Selbsthilfe geben, damit der Einzelne sich frei machen kann von äußeren Zwängen. Auch darum haben wir beispielsweise die Mittel für Integrationskurse erhöht, die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung in den Ländern weiter erhöht und Initiativen zur sprachlichen und beruflichen Bildung unterstützt.

Wir wollen für jene, die eintreten möchten, die Türen zu unserer Gesellschaft öffnen. Das gilt für all diejenigen, die bereits in unserem Land leben. Und das gilt für diejenigen, die noch kommen wollen. Darum haben wir die Einwanderung nach Deutschland erleichtert und die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse verbessert, damit kluge Köpfe leichter den Weg nach Deutschland finden.

Aber damit diese Menschen nach Deutschland kommen, müssen diese Menschen uns in Deutschland vor allem willkommen sein, hier mit ihren Familien ein Zuhause und eine Heimat finden können. Toleranz, Offenheit, eine Kultur des Miteinanders – das sind für Liberale Werte an sich. In der modernen Welt sind es aber auch unverzichtbare Standortfaktoren, wenn wir in der Wirtschaft, in der Forschung, bei kreativen Unternehmungen an der Spitze bleiben wollen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Deutschland ist ein Einwanderungsland. Darüber freuen wir uns. Schon in der Vergangenheit haben Einwanderer das Wirtschaftswunder mitgestaltet und unsere Gesellschaft bereichert. Das Zusammenleben in der offenen Gesellschaft setzt jedoch das Bemühen um Gemeinsamkeiten, um Toleranz und Akzeptanz bei allen Beteiligten voraus. Integration ist unmöglich, ohne gemeinsame Sprache und die Akzeptanz der republikanischen Werte unserer Verfassung. Deshalb wollen wir Integrationskurse als zentrales Element weiter stärken und hier insbesondere auch die frühzeitige Integration von Kindern verstärkt in den Blick nehmen. Die Integrationskurse sollen auch auf Geduldete und Asylbewerber ausgedehnt werden. Sie sind oft jahrelang in Deutschland, und müssen daher die Möglichkeit erhalten, deutsch zu lernen, um am Arbeits- und Sozialleben teilnehmen zu können.
- Wir wollen ein Einwanderungsrecht, das Fachkräften eine Chance am Arbeitsmarkt gibt. Deutschland soll offen sein für Talente aus aller der Welt, eine Willkommenskultur etablieren und um kluge Köpfe konkret und aktiv werben. Die begonnene Liberalisierung bei der Einwanderung von Fachkräften und den Einstieg in ein modernes Einwanderungsrecht wollen wir fortsetzen. Dazu streben wir die Weiterentwicklung des Arbeitssuchvisums zu einem klaren und vollständigem Punktesystem nach dem Vorbild von Kanada und Australien an. Auf dem Weg dorthin wollen wir auch die bestehenden Gehaltsgrenzen für die Einwanderung weiter absenken und anfängliche Sprachbarrieren abbauen. Hierzu soll, unabhängig von der mittel- bis langfristigen Förderung von Deutsch als Fremdsprache, Englisch als ergänzende Verkehrs- und Arbeitssprache in für die gezielte Zuwanderung relevanten Bereichen der öffentlichen Verwaltung gefördert und etabliert werden. Die Arbeitserlaubnispflicht soll zudem bei rechtmäßigem Aufenthalt entfallen.

Analog zur Regelung für Studenten, die für ein Studium nach Deutschland kommen, sollen auch Auszubildende aus Drittstaaten, die eine Lehre in Deutschland absolvieren wollen, einen Aufenthaltstitel erhalten.

- Integration braucht auch die Offenheit und Integrationsbereitschaft einer Gesellschaft. Als Liberale werben wir für mehr Offenheit und Toleranz. Wir wollen eine Möglichkeit zur beschleunigten Einbürgerung nach vier Jahren und die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Partizipationsmöglichkeiten erleichtern die Integration: daher setzen wir uns, bei einem rechtmäßigen Mindestaufenthalt von fünf Jahren, für die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts ein.
- Wir wollen gezielt fachlich geeignetes Personal mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen. Denn für die Integration und unsere Gesellschaft ist es wichtig, dass im öffentlichen Dienst, in Kitas und Schulen Personen mit interkultureller Kompetenz tätig sind. Diese Vorbilder prägen gerade Kinder und Jugendliche positiv.
- Sprache ist der Schlüssel zur Bildung, zum Erfolg und zu gesellschaftlicher Integration. Es ist daher ein Gebot der Fürsorgepflicht des Staates, dafür zu sorgen, dass kein Kind abgehängt wird. Sprachstandtests für alle Kinder im Alter von vier Jahren sind Voraussetzung dafür, dass alle die gleichen Chancen haben. Bei Bedarf sind eine gezielte Sprachförderung vor der Schule sowie darüber hinausgehende unterrichtsbegleitende Sprachprogramme notwendig.
- Wir wollen Eltern verstärkt aufklären und befähigen, ihre Kinder zu unterstützen. Programme zur kombinierten Sprachförderung von Eltern und Kindern zeigen vorbildliche Erfolge. Auch sind Angebote für Kinder oftmals der beste Anknüpfungspunkt zur nachholenden Integrationsförderung für Eltern.
- Erst spät hat sich in unserer Gesellschaft die Einsicht durchgesetzt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Zu spät wurde den neuen Mitbürgern ein echtes Angebot gemacht und eine offene Integrationspolitik betrieben. Nachholende Integration ist deshalb eine ebenso wichtige wie herausfordernde Aufgabe für die Gesellschaft und die Politik. Hier sind wir besonders gefordert, jene Migranten, die teilweise bereits seit Jahrzehnten im Land sind, beim Integrationsprozess mitzunehmen und nicht verloren zu geben. Dabei setzen wir vor allem auf bildungs- und arbeitsmarktpolitische Instrumente.
- Wir suchen und fordern den offenen Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen und Religionsgemeinschaften. Alle religiösen Verbände und Institute sind aufgefordert, sich grundsätzlich der gesamten deutschsprachigen Bevölkerung gegenüber zu öffnen. Wir setzen uns ein für die vermehrte Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie an deutschen Hochschulen, für die Ausbildung von deutschsprachigen Imamen und muslimischen Religionslehrern. Wir wollen eine Akademie für Islamstudien schaffen, die öffentliche Stellen in Deutschland beraten und die Ausbildung von muslimischen Geistlichen und Religionslehrern in Deutschland fördern soll.
- Muslime sind Teil der deutschen Gesellschaft. Das muss sich auch im Schulunterricht widerspiegeln. Es muss selbstverständlich werden, dass bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache an den Schulen erteilt wird, sofern generell Religionsunterricht an staatlichen Schulen stattfindet und dieser in das Wertesystem des Grundgesetzes eingebettet ist.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Visa-Vergabe großzügiger und flexibler gehandhabt wird. Auch sollten sich dabei Ausländerbehörden und Botschaften nicht als Abwehrbehörden verstehen, sondern vielmehr als Aushängeschilder Deutschlands agieren. Deutschland ist ein weltoffenes Land. Nicht zuletzt für seine gute Wirtschaft ist der flexible Austausch von Mitarbeitern und Geschäftsreisenden unerlässlich.
- Deutschland hat die Bemühungen um die Verbesserung des Flüchtlingsschutzes auf internationaler Ebene in den vergangenen Jahrzehnten unterstützt und zählt zu den 10 Hauptgeberländern von UNHCR. Wir setzen uns für eine Fortführung des Resettlement-Programms von UNHCR über das Jahr 2014 hinaus ein.
- Asylbewerber sollen vom ersten Tag ihres rechtmäßigen Aufenthalts an arbeiten dürfen. Es entspricht dem liberalen Selbstverständnis, dass Menschen nicht dazu gezwungen werden, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, sondern sie die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.
- Wir haben ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht für Jugendliche und Heranwachsende geschaffen, von dem auch deren Eltern profitieren können. Nun muss in Abstimmung mit den Ländern eine generelle stichtagsunabhängige Lösung für die vielen Tausend Betroffenen gefunden werden, die bereits seit Jahren in Deutschland leben, und hier auch absehbar bleiben werden, da eine Aufhebung ihrer Duldung nicht absehbar ist. Ketten-duldungen wollen wir abschaffen.

5. Kultur und Medien als Spiegel der Vielfalt – Kultur von allen, Kultur für alle

Damit mehr Menschen in Deutschland ihren Weg gehen und ihre Träume verfolgen können, müssen Chancen erkannt werden bevor man sie ergreifen kann. Eine Voraussetzung dafür ist ein lebendiges, freies und vielfältiges Kulturleben in Deutschland.

Kunst und Kultur sind die gesellschaftlichen Grundlagen für die Verständigung untereinander und eine Quelle von Identität und Kreativität. Sie spiegeln den Zustand einer Gesellschaft und treiben deren Entwicklung voran. Ohne Kunst und Kultur verliert das Leben seine Vielfalt, wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und unsere Wirtschaft nicht innovativ.

Liberaler Kultur- und Medienpolitik legt den Grundstein dafür, dass in Zukunft mehr Menschen mehr Chancen haben werden. Sie fördert gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Chancengerechtigkeit und persönliche Entfaltung für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir setzen konsequent auf das Prinzip „Kultur von allen, Kultur für alle“. Deshalb wollen wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Liberale Kulturpolitik stellt den Bürger als Gestalter, Förderer und Empfänger von Kunst und Kultur in den Mittelpunkt. Kulturelle Initiativen, Vereine, freie Zusammenschlüsse, Stiftungen und Unternehmen haben deshalb unsere Unterstützung als Träger von Kultur und kultureller Bildung. Auch die Förderung kultureller Einrichtungen im ländlichen Raum ist von besonderer Bedeutung. Wir bekennen uns ausdrücklich zur öffentlichen Kulturförderung. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Für eine freie

Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbst tragenden Vermarktung findet. Wir begrüßen ausdrücklich, wenn sich öffentliche, private und freie Kulturorganisationen für einander öffnen und gemeinsame Netzwerke bilden.

- Das öffentliche und öffentlich geförderte Kulturschaffen ist ein Spiegel der Vielfalt in unserem Land. Deutschland ist ein Land mit einem reichen und vielfältigen Kulturangebot und Geistesleben, das einen unverzichtbaren Beitrag zur Lebendigkeit und Stärke unserer Gesellschaft leistet. Diese Kraft und Vielfalt wollen wir weiter stärken.
- Die kulturelle Vielfalt Deutschlands ist geprägt und wird bereichert durch den interkulturellen Austausch und Kontakt in unserem Land genauso wie durch den Austausch mit unseren internationalen Partnern. Liberale Kulturpolitik endet nicht an ethnischen, religiösen oder nationalen Grenzen, sondern bekennt sich ausdrücklich zur Förderung des interkulturellen Kontakts in Kunst und Wissenschaft.
- Kulturelle Bildung definiert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie ist Aufgabe sowohl unserer Bildungs- als auch unserer Kultureinrichtungen. Eine Kulturnation wie Deutschland soll alle Menschen gezielt mit kulturellen Angeboten vertraut machen. Hierzu zählt insbesondere auch die Vermittlung von Medienkompetenz.
- Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Innovationsmotor, dessen Beitrag wir stärker gewürdigt wissen wollen. Wir wollen dafür sorgen, dass Selbständige und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft einen besseren Zugang zu Fremdkapital erhalten und werden Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Märkte unterstützen. Die Kooperation von Wirtschaft und Politik beim Deutschen Computerspielpreis und die Filmförderung findet unsere Unterstützung.
- Kultur- und Kreativwirtschaft sind ohne den Schutz geistigen Eigentums nicht denkbar. Verletzungen des geistigen Eigentums im Internet sollen ebenso konsequent und wirksam bekämpft werden wie Verletzungen des Urheberrechts in der analogen Welt. Bestehende Rechtsunsicherheiten in einer digitalisierten Welt sind durch ein modernes Urheberrecht auszuräumen. Dieses muss den Interessenausgleich zwischen Urhebern und Rechteinhabern sowie Nutzern und Diensteanbietern fair gestalten. Gleichzeitig muss es die unzensurierte Kommunikation, den freien Informationsfluss und den Zugang zu Wissen und Innovationen ermöglichen.
- Unsere Demokratie lebt von der Medien- und Meinungsvielfalt in der analogen und digitalen Welt. In beiden Welten muss ein faires Miteinander von Printmedien und Rundfunk sichergestellt werden. Dies schließt auch eine gebührensубventionierte Marktverzerrung aus. Um Rundfunk und Presse gegenüber den Anbietern im Internet nicht zu benachteiligen, sind Modernisierungen des Medienkonzentrations- und Kartellrechts erforderlich. Wir fordern eine Überprüfung und Konkretisierung des Grundversorgungsauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Finanzierung soll sich an diesem Grundversorgungsauftrag orientieren, nicht mehr und nicht weniger.
- Die neue Wohnungsabgabe für den Rundfunk sowie der Beitragsservice als GEZ-Nachfolger soll abgeschafft und durch eine personenbezogene Abgabe ersetzt werden. Diese soll zusammen mit der Einkommensteuer vom Finanzamt eingezogen werden, die deutlich niedriger als die heutige Rundfunkabgabe ausfällt. Die Befreiungen von der Ge-

bühr aufgrund von sozialer Härte oder Behinderungen sind wieder einzuführen. Mehreinnahmen durch die Umstellung auf den Beitragsservice sind im Folgejahr durch eine Senkung der Beiträge an die Rundfunkteilnehmer zurückzuzahlen. Zudem muss sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf seine Kernaufgaben und einen eng zu verstehenden Bildungsauftrag konzentrieren. Die Anzahl der Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland sollte deshalb deutlich reduziert werden. Wir wollen die bestehende Aufsicht über unsere Rundfunkmedien der medienpolitischen Realität der Vernetzung von Rundfunk, Internet und Telekommunikation anpassen.

- Wir Liberale sprechen uns für eine Reform der Künstlersozialversicherung aus. Insbesondere soll in Zukunft vermieden werden, dass für künstlerische Leistungen Beiträge gezahlt werden müssen, wenn die Erbringer der Leistung gar nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung sind.

6. Deutschland als Reiseland

Deutschland wird als Reiseziel immer beliebter – sowohl bei inländischen als auch bei ausländischen Gästen. Immer mehr Menschen arbeiten länger und immer häufiger wird an Stelle eines langen Erholungsurlaubes ein Kurzurlaub gebucht.

Eine solide touristische Infrastruktur, auch außerhalb der großen Metropolen sichert einen erholsamen Urlaub in der Fläche. Die Metropolen Hamburg, Berlin und München ziehen als Magneten Touristen an, aber auch die „klassischen“ Sehenswürdigkeiten, wie z.B. die UNESCO-Natur- und Kulturerbe-Stätten, sind Leuchttürme der touristischen Vermarktung.

Der Kultur-Tourismus ist ein wichtiger Faktor zum Erhalt deutscher Kulturgüter. Altstädte, Burgen und Schlösser werden durch den Tourismus gestärkt. Durch die Einnahmen aus dem Tourismus stehen Mittel zur Erhaltung der Substanz zur Verfügung, so dass sich die Kulturgüter als Anlaufpunkt für Touristen erhalten lassen.

Dafür treten wir ein. Dafür stehen wir.

- Wir wollen die erfolgreiche Entwicklung im deutschen Tourismus fortsetzen und so die kleinen und mittelständischen Unternehmen stärken. Die Position der DZT (Deutsche Zentrale für Tourismus) soll gestärkt und somit das Auslandsmarketing intensiviert werden, um Deutschland und seine vielfältigen Regionen im Ausland durch gezielte, gemeinsame Maßnahmen bekannter zu machen.
- Der Tourismus in den ländlichen Räumen soll weiterhin gestärkt werden. Er bietet Wertschöpfung und Perspektiven, gerade in wirtschaftlich schwierigen Regionen.
- Die deutschen Wasserwege sollen der touristischen Nutzung weiter zugeführt werden. Umweltschutz und touristische Nutzungen stehen sich nicht gegenüber, sondern lassen sich verbinden. Gerade naturnaher Tourismus bietet hier große Chancen.

IV. Freiheit, damit jeder seinen Weg gehen kann

Mehr Freiheit ermöglicht den Menschen, ihren eigenen Weg zu gehen. Das Recht hat daher die Aufgabe einen Rahmen zu schaffen, der die Freiheit des Einzelnen schützt, Eigeninitiative fördert und staatlichen Zwang nur dort anwendet, wo es unbedingt geboten ist. Diese Leitidee verwirklicht sich im Prinzip des liberalen Rechtsstaats, das unserer Innen- und Rechtspolitik zugrunde liegt.

Das Prinzip des liberalen Rechtsstaats verwehrt sich gegen überflüssige Eingriffe und Kontrollen, die die Bürger gängeln und bevormunden, aber weder Sicherheit noch Freiheit schaffen. Daher bilden die Grundrechte eine zentrale Säule des liberalen Rechtsstaats. Sie wirken als starker Schutzwall für die Freiheit. Diesen Wall bauen wir weiter aus und verteidigen ihn. Für uns gilt: Im Zweifel für die Freiheit.

Der liberale Rechtsstaat bildet einen Rahmen, den die Bürger durch ihre Schaffenskraft und ihren Ideenreichtum ausfüllen. Wir wollen diese Kreativität nicht nur im privaten, sondern auch für den öffentlichen Bereich entfalten. Daher steht das Prinzip des liberalen Rechtsstaats auch für eine Fortentwicklung unserer bewährten demokratischen Institutionen. Wir wollen politische Mitbestimmung jenseits von Wahlen und Protest eröffnen.

1. Grundrechte in der digitalen Welt

Die modernen Kommunikationstechnologien, die globale Vernetzung durch das Internet und der schnelle Austausch von Daten und Informationen eröffnen jedem Einzelnen bisher ungeahnte Möglichkeiten der Entfaltung. Die Digitalisierung schafft mehr Freiheit für mehr Menschen, nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen miteinander in Verbindung zu treten, sich zu beteiligen und kreativ zu betätigen. Sie verändert die Wirklichkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit stellt die Informationsgesellschaft auch das Recht vor neue Herausforderungen. Für uns Liberale gilt dabei online wie offline, dass die Grundrechte geschützt werden müssen, denn die Freiheit verteidigt man nicht, indem man sie aufgibt.

Auf diesem Weg haben wir bereits einiges erreicht: Wir haben „Netzsperrern“ aus dem Bundesgesetzblatt gestrichen und den Grundsatz „Löschen statt Sperren“ durchgesetzt, die Massendatensammlung beim Elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) abgeschafft und der anlasslosen Speicherung und Analyse sämtlicher Telekommunikationsdaten aller Bürger, also der Vorratsdatenspeicherung, eine Absage erteilt. Mit der Stiftung Datenschutz sind wir einen wichtigen Schritt zu einem modernen Datenschutz gegangen. Wir haben zur Sicherung der Netzneutralität im Telekommunikationsgesetz vorsorgliche Maßnahmen bereits ergriffen.

Wir setzen bei der Gestaltung der Chancen der Informationsgesellschaft auf den selbstbestimmten und aufgeklärten Nutzer, der seine eigenen Entscheidungen zu treffen in der Lage ist. Diese Entscheidungen darf man – egal von welcher Seite – ihm nicht abnehmen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Durch die Verknüpfung und Veröffentlichung von Daten im Internet entsteht eine neue digitale Öffentlichkeit mit vielfältigen Chancen. Es drohen aber auch neue Gefahren, etwa wenn im Internet hinterlassene Daten in sozialen Netzwerken ohne Wissen und Willen des Betroffenen dazu genutzt werden, Verhaltens-, Nutzungs- oder Bewegungsprofi-

le zu erstellen, oder schwerwiegende Beeinträchtigungen des Persönlichkeitsrechts erfolgen. Wir wollen daher die Persönlichkeitsrechte stärken, insbesondere vor schweren Eingriffen besser schützen und dabei die Entwicklungsoffenheit und Technikneutralität der Rechtsordnung wahren („rote Linie für soziale Netzwerke“). Nutzungsbedingungen müssen so formuliert sein, dass die Anwender diese auch verstehen.

- Wir wollen den Schutz privater Daten weiter verbessern und die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten stärken. Die Zuständigkeit für Datenschutz soll zukünftig beim Bundesministerium der Justiz liegen. Wir setzen uns für ein hohes Schutzniveau bei der künftigen EU-Datenschutzverordnung ein. Wir wollen ein modernes, technikfestes Datenschutzrecht schaffen, das der großen Bedeutung des Datenschutzes in der digitalen Welt gerecht wird, und den bereichsspezifischen Datenschutz erhalten. Datenschutz und Pressefreiheit sollen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im gesellschaftlichen Bereich setzen wir auf den mündigen Bürger und wollen den Selbstdatenschutz und den Datenschutz durch Technik stärken. Der Einsatz von RFID-Chips etwa zur Verbesserung der Logistik darf nicht zur Datenschutzfalle für den Verbraucher werden. RFID-Chips an Waren – etwa bei Kleidung – sind an der Kasse vollständig und dauerhaft zu deaktivieren. Wir wollen den Datenschutz am Arbeitsplatz durch ein Beschäftigten-datenschutzgesetz verbessern und Rechtssicherheit für Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen.
- Wir lehnen weiterhin die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab. Die Menschen in Deutschland dürfen nicht pauschal unter Verdacht gestellt und ohne Anlass beim mobilen Telefonieren, Versenden von SMS-Nachrichten oder Surfen im Internet überwacht werden. Deutschland ist auch ohne Vorratsdatenspeicherung ein sicheres Land. Die Befugnisse der Polizei sorgen bereits heute schon für hohe Aufklärungsquoten. Wo es unbedingt geboten erscheint, setzen wir uns für eine grundrechtsschonende Alternative zur Vorratsdatenspeicherung ein. Im Einzelfall sollen bei konkreten Verdachtsmomenten – also gerade nicht anlasslos – bereits vorhandene Daten gesichert und dann nach richterlicher Entscheidung für Ermittlungszwecke genutzt werden können, wenn sich der Verdacht erhärtet. Bei der Einführung von eCall ist sicherzustellen, dass dies abschaltbar ist und ausschließlich auf freiwilliger Grundlage erfolgt. Gegenüber der Europäischen Kommission werden wir darauf dringen, dass die verfehlte Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie an der Europäischen Grundrechtecharta gemessen und grundlegend überarbeitet wird. Bis dahin werden wir vor dem Europäischen Gerichtshof weiterhin dafür eintreten, dass es kein Urteil im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland gibt, bevor sich der Gerichtshof inhaltlich zur Vereinbarkeit der Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie mit der EU Grundrechtecharta geäußert hat. Jede Forderung nach einer Verschärfung der europäischen Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, etwa auf Kommunikationsdaten aus sozialen Netzwerken, wie derzeit von der EU-Kommission angedacht, wird auf unseren Widerstand in Deutschland und Europa treffen.
- Projekte, die die vollständige und alle Lebensbereiche umfassende Überwachung unserer Gesellschaft zur Folge haben, lehnen wir ab. So sprechen wir uns gegen eine Fort- und Umsetzung des auf EU-Ebene vorangetriebenen Projektes INDECT aus, das Verhaltensmuster in der Öffentlichkeit automatisiert auf Normabweichungen untersuchen soll, um auffälliges Verhalten zu erkennen. Für Liberale ist es ausgeschlossen, dass Algorithmen darüber bestimmen sollen, was "normales Verhalten" in einer Gesellschaft ist und was nicht und dass an dieses „statistische Normalitätsverständnis“ Eingriffe in die

Freiheit geknüpft werden. Im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns steht der Mensch in seiner Individualität und seinem Recht, auch anders sein zu dürfen.

- Weitere Datensammlungen auf Vorrat wie etwa die anlasslose Speicherung von Fluggastdaten oder eine umfassende Erfassung aller Grenzübertritte in Europa lehnen wir ab. Die Erfassung alltäglichen Verhaltens unbescholtener Bürger stellt jeden Menschen unter Generalverdacht und ist mit der Menschenwürde unvereinbar. Wo ständige Überwachung stattfindet, kann es keine freie Entfaltung geben.
- Wir werden auch in Zukunft dafür eintreten, dass der Datenverkehr im Netz frei ist. Die Menschen in Deutschland sollen sich nicht damit abfinden müssen, dass alle ihre Daten im Internet durch die Regierung überwacht und analysiert werden. Netzneutralität ist als Grundprinzip der Telekommunikationsregulierung anerkannt. Das heißt, dass es eine Diskriminierung von einzelnen Angeboten innerhalb einer Dienstklasse nicht geben darf. Gleiches muss auch gleich behandelt werden.

2. Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft

Recht muss gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen und gestalten – und immer die Grundrechte achten. Das Grundgesetz ist das Wertegerüst unseres Zusammenlebens. Verändert sich die Welt, so muss auch das Recht Veränderungen nachvollziehen, wenn es nicht rückwärtsgewandt wirken soll. Eine moderne Gesellschaft verlangt nach modernem Recht. Globalisierung, technologische Entwicklung und Veränderungen in der gesellschaftlichen Realität wie zum Beispiel offenere Familienbilder bieten viele neue Chancen, stellen uns aber auch vor neue Herausforderungen im Datenschutz, im Urheberrecht, im Familienrecht oder bei der Achtung der Bürgerrechte.

Daher haben wir mehr individuelle Freiheit geschaffen, indem wir die Rückkehr zu einer grundrechtsorientierten Rechtspolitik eingeleitet haben. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt es keine neuen Sicherheitsgesetze und die Anti-Terror-Gesetze des 11. September 2001 wurden entschärft und mit rechtsstaatlichen Kontrollen versehen. Die Bürgerrechte wurden in ganz unterschiedlichen Bereichen durch Gesetze gestärkt - von der Pressefreiheit angefangen bis hin zum besseren Schutz von Anwälten vor Überwachung. Die vielfältige Lebenswirklichkeit haben wir durch zahlreiche Reformen unterstützt, zum Beispiel im Familienrecht. Zum Schutz des Eigentums haben wir das Mietnomadentum bekämpft, indem wir die Rechte der Kleinvermieter auf dem Wohnungsmarkt inner- und außerhalb des gerichtlichen Verfahrens gestärkt haben.

Wir schützen die Freiheit der Menschen vor einem regelungswütigen Staat. Wir wollen keinen misstrauischen Staat, der alle Bürger unter Generalverdacht stellt. Wir wollen eine Republik freier Bürger und eine Politik für die Rechte und die Freiheit der Menschen in unserem Land.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Die Überwachung von Telekommunikation darf in Deutschland nur in engen gesetzlichen Grenzen in verhältnismäßigem Umfang und mit klaren Rechtsschutzmöglichkeiten erfolgen. Wir wollen, dass auch in Zukunft diese Grenze gewahrt bleibt. Die ständig steigende Zahl von Telekommunikationsüberwachungen gibt Anlass zu einer Überprüfung

dahingehend, ob rechtsstaatliche Sicherungen wirkungsvoll verankert sind und sich auch im Alltag der Strafverfolgung zum Schutz der Bürgerrechte bewähren.

- Wir setzen uns dafür ein, die Praxis der sogenannten Funkzellenabfragen genau zu beobachten und gegebenenfalls die gesetzlichen Anforderungen an das Verhältnismäßigkeitsprinzip gesetzlich zu konkretisieren. Keinesfalls darf es zu unkontrollierten Massenabfragen – etwa bei grundrechtlich geschützten Versammlungen – kommen.
- Die Rechte der Menschen bei freiwilligen DNA-Reihenuntersuchungen wollen wir stärken. Ansonsten droht eine Aushöhlung des Zeugnisverweigerungsrechts. Deshalb werden wir die Belehrungspflichten ausbauen und weitere verfahrensrechtliche Sicherungen zur Voraussetzung solcher Reihenuntersuchungen machen.
- Den Kernbereich privater Lebensführung wollen wir stärker schützen. Die Aufnahme eines sogenannten Spähangriffs in die Strafprozessordnung lehnen wir ab. Der sogenannte Große Lauschangriff ist vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und im Hinblick auf den Nutzen für erfolgreiche Verbrechensbekämpfung auf den Prüfstand zu stellen.
- Der „Deal“ im Strafprozess muss gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts überprüft werden. Sollte diese Überprüfung zeigen, dass sich die Grundsätze des fairen Verfahrens und der schuldangemessenen Strafe nicht ausreichend sicherstellen lassen, so muss der „Deal“ notfalls gesetzlich ausgeschlossen werden.
- Weiterhin wollen wir den Schutz von Berufsheimnisträgern – zum Beispiel Ärzten, Anwälten, Geistlichen, Sozialarbeitern – weiter stärken und die Strafprozessordnung überprüfen, ob weitere Berufsheimnisträger absoluten Schutz genießen sollten.
- In Strafverfahren muss ein schonender Umgang mit Gewaltopfern selbstverständlich werden. Zivilcourage ist notwendige Voraussetzung der Bürgergesellschaft. Der Staat soll deshalb das Engagement und den Einsatz von Bürgern stärker honorieren, die sich den Straftätern in den Weg stellen, um den Opfern zu helfen. Auch Opfern von Justizirrtümern wollen wir besser helfen. Wir unterstützen deshalb die Einführung einer entsprechenden Anlaufstelle.
- Wir setzen uns für ein modernes Familien- und Erbrecht ein, das die Dispositionsmöglichkeiten der Bürger erweitert. Dazu gehören für uns mehr Testierfreiheit des Erblassers sowie der zusätzliche Güterstand der sogenannten Errungenschaftsgemeinschaft für Ehegatten und eingetragene Lebenspartner. Die familien- und erbrechtliche Situation wollen wir den Gegebenheiten moderner Reproduktionsmedizin (zum Beispiel Samenspenden) anpassen.
- Wir setzen uns weiter für die Europäische Privatgesellschaft, also die Europa-GmbH, ein, um dem exportstarken deutschen Mittelstand eine Rechtsform zur Verfügung zu stellen, mit der sich kostengünstig in ganz Europa operieren lässt.
- Für den liberalen Rechtsstaat ist eine leistungsfähige und unabhängige Justiz unentbehrlich. Zur Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz ist das externe Weisungsrecht der Landesjustizverwaltung gegenüber den Staatsanwaltschaften abzuschaffen, um jeden Anschein einer politischen Beeinflussung der Justiz vorzubeugen. Notwendig ist auch ei-

ne Verkürzung der Verfahrensdauer vor den Gerichten. Die Justiz wollen wir fit machen für die moderne Informationsgesellschaft und die Globalisierung. Vor den Kammern für Handelsrecht soll künftig auch in englischer Sprache verhandelt werden können. Wir wollen die internationale rechtliche Zusammenarbeit auf dem Feld des Rechtsexports mit den Schwellen- und Übergangsländern ausbauen.

- Um für mehr Rechtssicherheit bei der Frage zu sorgen, wofür der Staat haftbar gemacht werden kann, befürworten wir die Einführung eines Staatshaftungsgesetzes.
- Wir wollen das Urheberrecht modernisieren, damit es den Interessenausgleich zwischen Urhebern, Rechteinhabern sowie Nutzern fair gestaltet und den Zugang zu Wissen und Innovation ermöglicht. Nur wenn klar ist, wem welche geistige Leistung gehört, können die Menschen dieses Eigentumsverhältnis respektieren, faire Handelsbeziehungen darauf aufbauen und neue Geschäftsmodelle damit entwickeln. Forderungen nach Überwachung und Zensur des Internetverkehrs zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen lehnen wir ab. Die sogenannte „Three Strikes“-Lösung, nach der Bürgern der Zugang zum Internet entzogen werden soll, lehnen wir ab, weil sie unverhältnismäßig ist. Die internationale Zusammenarbeit wollen wir stärken und transparenter gestalten, um Portalen mit eindeutig urheberrechtsverletzenden Inhalten, deren Server in Drittstaaten stehen, die Stirn bieten zu können. Illegale Angebote sollen gezielt bekämpft werden und dürfen für die Betreiber nicht mehr lukrativ sein.
- Das Urheberrecht in der Informationsgesellschaft muss technikoffen sein und die unterschiedlichen Lizenzmodelle diskriminierungsfrei nebeneinander bestehen lassen. Die Wahlfreiheit der Urheber, wie sie ihre Werke vermarkten möchten, wollen wir sichern und den Rechtsrahmen des Urheberrechts so gestalten, dass er offen bleibt für kreative Verwertungsmodelle.
- Forscher und Wissenschaftler sollen weiterhin selbst entscheiden können, ob ihre Werke und Beiträge frei zugänglich sind, oder ob sie unter einer Lizenz stehen. Dies gilt auch für öffentlich geförderte Forschungsprojekte. Diese Freiheit der Entscheidung, wie die eigenen Werke genutzt werden, darf nicht durch gesetzliche Regelungen genommen werden. Nur mit dem Anreiz aller Möglichkeiten der Entfaltung kann Forschung auch jenseits öffentlicher Förderung weiter betrieben werden. Wir setzen uns jedoch bei öffentlich geförderter Forschung für Förderungsrichtlinien ein, die die Publikation der Ergebnisse grundsätzlich zum Ziel hat, soweit keine zwingenden Belange entgegenstehen.
- Im Urheberrecht ist klarzustellen, dass eine Privatkopie ungeachtet eines technischen Kopierschutzes zulässig ist, wenn der Käufer das Werk zuvor erworben hat und die Privatkopie lediglich zum Eigengebrauch wie etwa zur Datensicherung oder zur Wiedergabe auf einem anderen Wiedergabegerät angefertigt wird. Die technischen Mittel zur schrankengemäßen Ingebrauchnahme des Werkes sind vom Rechteinhaber zur Verfügung zu stellen.
- Die Kontenabfrage in verschiedenen Rechtsbereichen gehört auf das absolut erforderliche Maß zurückgeführt. Nur wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Steuerhinterziehung, Sozialbetrug oder erhebliche Straftaten vorliegen, sollten Kontenabfragen praktiziert werden. Analog zur Abfrage von Bestandsdaten sollen auch bei Kontoabfragen die Betroffenen nachträglich informiert werden.

- Die Strafbarkeitslücke im Bereich Datenhehlerei gilt es zu schließen. Nicht nur das Sich-Verschaffen und die unbefugte Verwendung von Daten sind zu bestrafen, sondern auch die Weitergabe rechtswidrig erlangter Daten. Deshalb setzen wir uns für die Aufnahme des Straftatbestandes der Datenhehlerei in das Strafgesetzbuch ein.
- Wir Liberale stehen für eine Rechtsfortentwicklung, die legale digitale Geschäftsmodelle und den freien Daten- und Informationsfluss nicht einebnen. Wir setzen uns deshalb u. a. für eine Änderung der Betreiberhaftung ein, um mehr Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber zu schaffen.

3. Mehr Freiheit – liberale Innenpolitik

Die Menschen in unserem Land sollen ihren eigenen Weg gehen und sich frei entfalten können. Für die Suche nach dem persönlichen Glück müssen sie aber auch den Raum haben. Deshalb hat die Verteidigung der Freiheitsrechte des Einzelnen vor Eingriffen des Staates oder Dritter für uns oberste Priorität.

Wir haben Wort gehalten und das Stakkato immer neuer Sicherheitsgesetze beendet. Dafür haben wir bei der Verlängerung des Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetzes ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit durchgesetzt. Dabei wurden Regelungen, die sich als entbehrlich erwiesen haben, ersatzlos gestrichen und rechtsstaatliche Sicherungen eingezogen. Die verbleibenden Regelungen wurden erneut auf vier Jahre befristet und mit deutlichen Verbesserungen der rechtsstaatlichen Kontrolle und des Grundrechtsschutzes versehen. Wir haben die Aufklärung der NSU-Morde entschlossen vorangetrieben.

Unser Ziel bleibt es, den Menschen in Deutschland mehr Freiräume zu schaffen. Mehr Freiheit, den eigenen Weg zu gehen. Diesen Kurs halten wir.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir wollen die Demokratie in unserem Land stärken und beleben. In einer gereiften Demokratie sollen die Bürger auch über Wahlen hinaus einen unmittelbaren Einfluss auf die politische Willensbildung erhalten. Wir setzen uns für eine Öffnung und Stärkung der repräsentativen Demokratie ein. Dazu wollen wir mit der Einführung des Bürgerplenaryverfahrens, eines fakultativen Gesetzesreferendums und der verfassungsrechtlichen Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden eine entsprechende Grundlage schaffen.
- Neue Medien eröffnen neue Chancen für die Bürgerbeteiligung und senken die Hürden zur gemeinsamen Interessenswahrnehmung in unserer Gesellschaft. Wir wollen diese Chancen als Ergänzung für unsere repräsentative Demokratie nutzen. Informationsangebote im Internet eröffnen den Menschen und der Politik neue Chancen der Interaktion.
- Unter Open Data versteht man die freie Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Daten. In der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Unternehmen liegen eine Vielzahl von Daten vor, die weder aus datenschutz- noch urheberrechtlichen Gründen besonders geschützt werden müssen, sondern zur Nutzung und Weiterverarbeitung zugänglich gemacht werden können. Wir setzen uns für eine Fortführung und den Ausbau bestehender öffentli-

cher Open-Data-Angebote ein. Möglichst viele Daten aus der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Unternehmen sollen dort in maschinenlesbarer Form und unter Verwendung einer offenen Lizenz zur Verfügung gestellt werden, um so eine Nutzung der Daten und Innovationen zu ermöglichen. Die weite Verbreitung des Internets bietet auch Möglichkeiten für eine bessere Bürgerbeteiligung in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, die digitalen Kommunikationswege auszubauen und bei Bedarf neue Kanäle zu schaffen, um die bestehenden Angebote zu ergänzen. Im Bereich des e-Government sollen die Bürger so besser informiert werden und einfacher mit den staatlichen Stellen kommunizieren können. Langfristiges Ziel ist es, eine Teilhabe auch über moderne Kommunikationswege zu ermöglichen, sodass sich Bürger tagesaktuell an politischen Debatten beteiligen können.

- Demokratie beginnt in unseren Städten und Gemeinden. Deshalb wollen wir die Selbstbestimmung der Kommunen durch eine umfassende Gemeindefinanzreform stärken und setzen uns gleichzeitig für mehr Transparenz und Beteiligung an kommunalen Entscheidungen ein. Wir wollen ein kommunales Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige.
- Ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst ist eine wichtige Säule unseres demokratischen Rechtsstaats. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum, weil damit für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben Vorteile verbunden sind, dazu gehören beispielsweise besondere Loyalitätspflichten und Streikverbot von Beamten. Wir setzen uns für Verbesserungen bei der Mitnahme erworbener Versorgungsansprüche ein, für eine Flexibilisierung des Ruhestandseintritts und für eine Stärkung des Leistungsgedankens. Im Laufbahnrecht soll das Absolvieren einer Station bei einer europäischen oder internationalen Organisation deutlich stärker gewichtet werden als bisher.
- Wir wollen eine wehrhafte Demokratie, die gegen alle extremistischen Bedrohungen gewappnet ist. Terrorismus und Extremismus sind weiterhin konsequent zu bekämpfen und zu verfolgen. Deshalb werden uns für den Ausbau und eine stärkere Koordinierung von Deradikalisierungsprogrammen einsetzen. Wo Eingriffe in Bürgerrechte notwendig sind, müssen diese stets neu begründet werden und verhältnismäßig sein. Deshalb wollen wir die geltenden Sicherheitsgesetze fortlaufend auf ihre Angemessenheit überprüfen.
- Auch im Bereich der Polizei bedarf der Kernbereich privater Lebensgestaltung stärkeren Schutzes. Dazu gehört insbesondere das BKA-Gesetz auf den Prüfstand. Wir halten das Instrument der heimlichen Online-Durchsuchung weder für erforderlich noch für geeignet, sondern sehen darin vielmehr einen zu weitreichenden Eingriff in die Grundrechte, der umfassenden Zugriff auf quasi jeden Lebensbereich des Betroffenen ermöglicht.
- Um die Sicherheit in und um Fußballstadien weiter zu verbessern setzen wir Liberale auf die konsequente Umsetzung des Nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit (NKSS) und des Zehn-Punkte-Plans für mehr Sicherheit im Fußball. Vereine und Verbände leisten hier gemeinsam mit den Fanprojekten eine hervorragende soziale Arbeit. Zur Minderung von Gewalt im Rahmen von Sportveranstaltungen sind präventive Ansätze, ein permanenter Dialog aller Akteure und eine konsequente Strafverfolgung aus unserer Sicht sinnvoller, als der Aufbau von Drohkulissen aus den Reihen der Innenminister der Länder. Bürgerrechte gelten auch im Sport. Wir wenden uns gegen unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe gegen Fußballfans.

- Die Freiheit des Einzelnen zu schützen ist die Aufgabe des Staates. Die Sicherheitsbehörden in Deutschland leisten tagtäglich einen herausragenden Beitrag zur Sicherung der Freiheit der Menschen und des Rechtsstaates. Vor allem Polizisten stehen wie kaum eine andere Berufsgruppe für Recht und Gesetz. Damit die hervorragende Arbeit der Polizei auch in Zukunft weitergeführt werden kann, braucht Deutschland eine vernünftige Sicherheitsarchitektur aus Behörden mit guter Ausstattung an Personal und Sachmitteln.
- Polizei ist und bleibt in Deutschland zuallererst Ländersache. In einer föderalen Sicherheitsarchitektur sind die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen allen Behörden jedoch unerlässlich. Um dies weiter zu verbessern, wollen wir die gesetzlichen Grundlagen für gemeinsame Zentren der polizeilichen Zusammenarbeit schaffen und so deren rechtstaatliche Funktion und Kontrolle absichern. Um eine effiziente Verfolgung verfassungsfeindlicher Organisationen und Personen zu gewährleisten, unterstützen wir die Zusammenfassung einzelner Landesverfassungsschutzämter und wollen die Zusammenarbeit der Landesverfassungsschutzämter stärken.
- Auch auf Bundesebene wollen wir die Sicherheitsarchitektur an die Erfordernisse der Zeit anpassen. Eine Ausweitung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Kompetenzen des Bundes lehnen wir jedoch ebenso grundsätzlich ab wie einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Unklare Zuständigkeiten und Doppelzuständigkeiten sind aufzulösen. Polizei und Nachrichtendienste sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die zunehmende Vernachlässigung der Polizei lehnen wir ab, ebenso wie die Ausweitung der Zuständigkeiten der Nachrichtendienste in den Bereich der Gefahrenabwehr. Wir setzen uns für die föderale Ordnung im Bereich der Sicherheitsbehörden ein und wollen gleichzeitig eine Rückbesinnung auf die Kompetenzbereiche der Sicherheitsbehörden, sowohl zwischen Bund und Ländern als auch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Die Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes sollen künftig Bundeswehr und Verfassungsschutz wahrnehmen. Die zersplitterten Strukturen bei der Sicherung unserer Küsten wollen wir in einer nationalen Küstenwache zusammen binden.
- Digitale Angriffe auf öffentliche Einrichtungen oder Unternehmen, etwa Energie- oder Wasserversorger, auf Infrastrukturen wie Verkehrsbetriebe oder auf Finanzinstitute, können die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft fundamental beeinträchtigen oder zum Erliegen bringen. Wir wollen Deutschlands Fähigkeit stärken, sich solchen Bedrohungen effektiv zu widersetzen, und alle Bereiche des öffentlichen Lebens gegen digital geführte Angriffe wappnen. IT-Sicherheit kann aber nicht zuvörderst der Staat gewährleisten, sondern die Unternehmen, Nutzer und Provider. Wir sehen vor allem die Wirtschaft in der Verantwortung, durch Investitionen in IT-Sicherheit und gemeinsam vereinbarte Standards zu Datensicherheit und Schutzmechanismen ihrer Verantwortung für die Informationsgesellschaft gerecht zu werden.
- Wir wollen eine umfassende parlamentarische Kontrolle über die Nachrichtendienste gewährleisten. Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist jederzeit und unangekündigt Zugang zu den Diensten, Informationen und Unterlagen zu gewähren, sofern dies zur Kontrolle erforderlich ist. Mitarbeiter der Dienste sollen durch das Gremium jederzeit mit qualifizierter Ein-Viertel-Minderheit vorgeladen werden können. Die Arbeit des Gremiums soll durch die Berufung eines ständigen Sachverständigen unterstützt werden, der unter anderem die Arbeit in Untersuchungsausschüssen als Ermitt-

lungsbeauftragter unterstützt. Über den Einsatz von V-Leuten ist das Gremium alle sechs Monate durch die Bundesregierung zu informieren.

- Der illegale Besitz von Waffen ist eine Bedrohung für die Sicherheit der Bürger. Deshalb setzen wir uns dafür ein, illegalen Waffenbesitz konsequent zu verfolgen. Wir setzen uns für eine fortlaufende, wissenschaftlich begleitete Überprüfung des geltenden Waffenrechts ein; auch die verdachtsunabhängigen Kontrollen gehören auf den Prüfstand. Wir lehnen eine weitere Verschärfung des geltenden Waffenrechts ab. Die Einführung einer Waffensteuer und die zentrale Lagerung von Jagd- und Sportwaffen dienen nicht der Sicherheit und werden deshalb von uns angelehnt.
- Die Programme zur Extremismusprävention sind und bleiben ein zentraler Baustein für die wehrhafte Demokratie. Sie stärken unseren demokratischen Staat von innen und helfen, die Menschen gegen extremistisches Gedankengut und gegen mit unserer Verfassung unvereinbare Ideologien zu immunisieren. Diese Programme sind regelmäßig zu evaluieren.
- Die Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen, an ihre Opfer, ihre Täter und des Widerstandes gegen sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die junge Generation kennt Unfreiheit, staatlichen Terror und Entrechtung in Deutschland – zum Glück – nur aus Geschichtsbüchern. Es gilt, gerade junge Menschen anhand der Diktaturgeschichte Deutschlands weiter für den Wert von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit zu sensibilisieren. Wir stärken unsere demokratische politische Kultur, indem wir aufarbeiten, erinnern, aufklären und so urteilsfähig bleiben. Extremismus darf nicht toleriert oder entschuldigt werden – egal ob er links, rechts oder religiös motiviert ist.

4. Transparenz und Information – für fairen Wettbewerb

Für Liberale ist vom Verbraucher her zu denken eine Kernaufgabe. Denn Verbraucherpolitik verbindet die Traditionen einer klugen Wirtschafts- mit freiheitlicher Bürgerrechtspolitik. Liberale Verbraucherpolitik setzt deshalb auf eine Stärkung des Verbrauchers im Markt. Wir sorgen dafür, dass Verbraucher durch Transparenz und Informationen über Dienstleistungen und Produkte in die Lage versetzt werden selbstbestimmt auswählen zu können. Unsere Verbraucherpolitik ermöglicht und ermuntert zu selbstbestimmten Entscheidungen.

Liberale Verbraucherpolitik wendet sich gegen politische Bevormundung durch Formen der Konsumsteuerung. Deshalb lehnen wir eine Ausweitung von Werbeverböten oder die Einführung spezifischer Konsumsteuern ab. Schlupflöcher für Betrüger und Abzocker schließen wir. Denn effizienter Verbraucherschutz ist die Wirtschaftspolitik für jedermann. Eine funktionierende Marktwirtschaft braucht das Vertrauen der Marktteilnehmer zueinander. Deshalb verteidigt effizienter liberaler Verbraucherschutz die redlichen Unternehmer gegen die windigen. Im Streitfalle erleichtern wir Verbrauchern die Rechtsdurchsetzung.

In diesem Sinne haben wir in den vergangenen Jahren beispielsweise die kostenfreie Telefonwarteschleife bei Servicehotlines zur Pflicht gemacht. Wir haben eine Preisansagepflicht bei der Call-by-Call-Telefonie eingeführt und damit für Transparenz von Angeboten gesorgt. Bei Vertragsabschlüssen im Internet müssen nun alle anfallenden Kosten deutlich sichtbar für die Verbraucher vor dem Vertragsabschluss aufgelistet und vom Verbraucher bestätigt werden (Internet-Button). Die Rechte von Flugpassagieren haben wir verbessert, indem wir eine

Schlichtungsstelle Luftverkehr auf den Weg gebracht haben, um Streitfälle mit Anbietern zentral und kostengünstig klären zu können. Damit haben wir die Informationsangebote für Verbraucher verbessert, unseriöse Geschäftsmodelle eingedämmt und die Rechte der Verbraucher gestärkt. Diesen Weg eines effizienten Verbraucherschutzes wollen wir fortsetzen.

Gerade die jüngsten Lebensmittelskandale – für deren konsequente Aufklärung wir uns einsetzen – zeigen, dass ein wirksamer Verbraucherschutz auch ein europäischer Verbraucherschutz sein muss. Darum setzen wir Liberale uns dafür ein, dass wir in Europa keine Abstriche machen und ein hohes Verbraucherschutzniveau im europäischen Binnenmarkt gewährleistet ist.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Geplante "Obsoleszenz" von technischen Geräten wollen wir wirkungsvoller bekämpfen. Technische Normen sollen ab einem bestimmten Gerätewert z.B. Austauschbarkeit von Akkus und zerstörungsfreie Öffnungsmöglichkeit von Geräten sichern. Wir streben subsidiär auch EU-weite Lösungen und die Berücksichtigung des Problems in internationalen Handelsabkommen an.
- Verbraucherbildung muss frühzeitig ansetzen – im Elternhaus, im Kindergarten und in der Schule. Wir wollen, dass insbesondere wirtschaftliche Zusammenhänge in den Schulen intensiver als bisher vermittelt werden. Verbraucherbildung sollte daher als essentieller Bestandteil in den Lehrplänen verankert werden. Aber auch eine kontinuierliche Verbraucherbildung ist von größter Bedeutung. Wir befürworten deshalb die Bereitstellung von Beratungsangeboten, Veranstaltungen und Informationsbroschüren der Verbraucherzentralen oder anderer Verbrauchervereine, sowie Informationen und Vergleichsstudien über Produkte und Dienstleistungen durch die Medien und unabhängige Organisationen wie die Stiftung Warentest. Die Unterstützung dieser Angebote durch Bund und Länder muss angesichts ihrer Wichtigkeit auch künftig gesichert und nötigenfalls ausgebaut werden.
- Im Bereich telefonischer Servicehotlines wollen wir Anrufentgelte aus dem Mobilfunknetzen aus dem Festnetz angleichen. Für telefonische Auskunftsdienste wollen wir Preistransparenz durch eine verpflichtende Preisansage vor Beginn der Entgeltspflicht einführen.
- Auf Grund unterschiedlicher Geschäftsmodelle bieten die Telekommunikationsunternehmen als Provider eine Verbindung in das Internet teilweise mit deutlichen Einschränkungen an. Volumentarife, also eine Begrenzung auf übertragene Datenmengen, müssen klar als solche bezeichnet werden, um dem Bürger eine transparente Entscheidung zu ermöglichen und somit den Wettbewerb zu stärken.
- Die aktuellen Lebensmittelskandale zeigen mehr als deutlich, dass die Lebensmittelkontrollen in Deutschland nicht optimal funktionieren. Eine ausreichende Personalausstattung in der Lebensmittelkontrolle wollen wir sicherstellen. Notwendig sind die Einführung bundesweiter Standards für die Lebensmittelkontrolle, die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und ein verbesserter Austausch zwischen den Ländern. Bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht ist von den bestehenden Sanktionsmöglichkeiten umfassend Gebrauch zu machen. Wir werden diese Instrumente auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen. Zudem wollen wir die bestehende Struktur der amtlichen

Kontrolle durch Bundesland übergreifende Spezialeinheiten insbesondere für den Großhandel ergänzen. Durch produkt-, branchen- und unternehmensspezifischen Sachverstand könnten so Effizienz und Effektivität von Kontrollen gestärkt und Kommunen entlastet werden.

- Die Herkunft der Lebensmittel ist für immer mehr Verbraucher wichtig für ihre Kaufentscheidung. Bereits heute setzen viele Händler freiwillig auf eine Herkunftskennzeichnung, selbst wenn diese nicht gesetzlich verpflichtend ist. Wir Liberale unterstützen dieses Vorgehen ausdrücklich und appellieren an die Wirtschaft, diese Kennzeichnung weiter auszubauen und grundsätzlich für den Verbraucher zugänglich zu machen, sofern dies nach der Art und Zusammensetzung der Lebensmittel möglich und sinnvoll ist.
- Gentechnisch veränderte Organismen werden heute bereits in vielen Herstellungsprozessen zum Vorteil der Verbraucher eingesetzt, beispielsweise in der Arzneimittelproduktion. Ob er diese Produkte nutzen will, darüber soll jeder Verbraucher aber – wie sonst auch – vollständig frei entscheiden können. Wir setzen uns daher für eine Kennzeichnung solcher Lebensmittel ein, damit diese Entscheidung überhaupt erst möglich ist. Gleichzeitig legen wir Wert auf eine wissenschaftliche und objektive Information und Verbraucherbildung über den Nutzen und Wert moderner Herstellungsmethoden.
- Genussmittel, die frei verkäuflich und legal handelbar sind, dürfen nicht durch Werbeverbote und Handelsbeschränkungen vom Markt gedrängt werden. Eine derartige Bevormundung der Verbraucher ist mit dem Leitbild des mündigen Bürgers nicht in Einklang zu bringen. Solche Eingriffe in die Marktwirtschaft und in die Entscheidung mündiger Verbraucher lehnen wir grundsätzlich ab. Der Jugendschutz bei Tabak und Alkohol ist jedoch strikt zu gewährleisten. Auch die Gastronomie lebt vom Vertrauen der Kunden. Dieses Vertrauen durch hohe Qualitätsstandards zu sichern, ist im allseitigen Interesse. Die Sicherung und Kontrolle der Qualität durch staatliche Behörden muss jedoch verhältnismäßig bleiben.
- Wir wollen, dass Finanzdienstleistungen durchschaubarer und für den Kunden übersichtlicher werden und Finanzprodukte besser vergleichbar sind. Nur so ermöglichen wir den Anlegern eine eigenverantwortliche Auswahl. Hierzu wollen wir Produktinformationsblätter vereinheitlichen und dabei auch eine Klassifizierung von Finanzprodukten in verbindliche Risikoklassen in den Produktinformationsblättern vorgeben.
- Wir werden Fahrgastrechte weiter stärken. Damit Verspätungsentschädigungen im gesamten Personenverkehr auch wirksam sind, muss Pünktlichkeit sich für die Unternehmen lohnen. Wir wollen die Deutsche Bahn deshalb verpflichten, bei Verspätungen ab 30 Minuten die Fahrgäste mit 25% des Reisepreises und bei Verspätungen ab 60 Minuten mit 50% des Reisepreises zu entschädigen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderspielzeug sicherer wird. Die in der EU-Spielzeugrichtlinie festgehaltenen Grenzwerte für PAK, Schwermetalle und allergene Duftstoffe sind nicht ausreichend, um einen effizienten Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Wir drängen daher auf eine Verbesserung der Standards zum Schutz unserer Kinder. Deshalb wollen wir die Grenzwerte für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) sowie für Schwermetalle (Blei, Cadmium, Quecksilber, Arsen u.a.) gegenüber der derzeitigen Fassung der EU-Spielzeugrichtlinie absenken. Außerdem streben

wir an, die stofflichen Anforderungen an flüssige und pastöse Spielzeugmaterialien zu verschärfen und an die Vorgaben für kosmetische Mittel anzugleichen.

- Verbraucher benötigen deutlich mehr Rechtssicherheit gegen Abmahnmissbrauch. Dazu ist eine Deckelung der Abmahngebühren ein wichtiges Signal. Ungerechtfertigte oder überzogene Abmahnungen haben sich zu einem Geschäftsmodell entwickelt. Diese unseriösen Geschäftspraktiken wollen wir stärker eindämmen und gleichzeitig dem Urheberrecht Geltung verschaffen. Wir wollen deshalb den Streitwert für den Unterlassungs- oder Beseitigungsanspruch bei einem einmaligen Verstoß im nicht-gewerblichen Bereich auf 1000 Euro deckeln.

V. Fortschritt, damit unser Land die Zukunft gewinnt

Träume und Ideen sind der Rohstoff, aus dem wir unseren Wohlstand gewonnen haben. Querdenker, Forscher und Unternehmer, die eine Idee verfolgt, einen Traum verwirklicht und damit Innovation und Fortschritt geschaffen haben, haben die Grundlage gelegt für das Wachstum und den Aufstieg unseres Landes. Diesen Menschen weiterhin die Chancen zu geben, ihre Ideen zu verfolgen, ist ein Gebot der Vernunft. Denn nur mit dem Mut zu Neuem und mit Freude an der Veränderung werden wir die Zukunft gewinnen. Für Liberale aber ist die Freiheit des Geistes und die Freiheit der Forschung noch viel mehr: Sie ist ein Menschenrecht.

Deshalb setzen wir uns mit allem Nachdruck dafür ein, dass wir in Deutschland nicht aus Angst vor Neuem die Zukunft verpassen – und diejenigen verlieren oder vertreiben, von deren Träumen und Ideen unser Land lebt. Deshalb haben wir – auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung – die Investitionen in Bildung und Forschung auf knapp 14 Milliarden Euro erhöht und mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz dem Fortschritt eine Bresche geschlagen.

Wir werden die Herausforderungen unserer Zeit nicht durch Gesetze und Verbote bewältigen, sondern nur durch Wachstum und Fortschritt. Das gilt ganz besonders für die vor uns liegenden Aufgaben im Klima- und Umweltschutz. Als Exporteur von Ideen und Innovationen helfen wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität und den Wohlstand der Menschen zu mehren.

Wir wollen auch in Zukunft einer der Innovationsmotoren für die Entwicklung der Welt sein. Dazu brauchen wir in Deutschland auch die notwendigen Infrastrukturen: moderne Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten, Stromnetze, effiziente Anlagen für regenerative und konventionelle Energie, einen flächendeckenden und schnellen Internetzugang. Moderne Verkehrswege und ein umfassendes, bezahlbares Mobilitätsangebot sind für eine fortschrittliche Republik freier Bürger unverzichtbar.

Fortschritt bedeutet Wachstum. Das bedeutet aber nicht immer mehr vom immer Gleichen. Sondern Wachstum durch Fortschritt bedeutet vor allem bessere Güter, effizientere Produktion und attraktivere Dienstleistungen. Es heißt, nicht nur weniger zu verbrauchen, sondern intelligenter zu gebrauchen. Wachstum durch Fortschritt bedeutet deshalb nachhaltiges Wachstum – in der Umwelt, der Wirtschaft und dem sozialen Miteinander.

Eine nachhaltige Entwicklung bedeutet nicht zwangsläufig Verzicht. Es geht nicht nur darum, weniger zu verbrauchen, sondern darum, intelligenter zu gebrauchen. Es geht nicht nur da-

rum, weniger wegzuwerfen, sondern darum, mehr wiederzuverwenden. Ressourcen effizient und im Sinne einer Kreislaufwirtschaft zu nutzen, erfordert technologische Innovationen und intelligente Nutzungskonzepte.

Wer lernt, in Zusammenhängen und Wechselwirkungen zu denken, entwickelt einen Sinn für das Mögliche und entdeckt Chancen für Innovationen. Nachteile können sich als Vorteile erweisen und die Abfälle des einen Produktes sind Ressourcen für ein anderes Gut. Neue Technologien und Lösungen dürfen deshalb nicht vorrangig danach beurteilt werden, ob sie einzelne negative Folgen des heutigen Wirtschaftens abmildern, sondern ob sie insgesamt zu Verbesserungen und positiven Wechselwirkungen ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte führen. Ein erweiterter, systemischer Blick auf die Wertschöpfungskette, der auf Technologie, Innovation und ganzheitliche Lösungen setzt, erzeugt ein nachhaltiges, verantwortliches und systemisch intelligentes Wachstum.

1. Die Zukunft gewinnen – neues Wissen durch Forschung und Entwicklung

Für die Erfolgsgeschichte Deutschlands in den letzten Jahren haben die Menschen in diesem Land den Grundstein gelegt. Diese Menschen haben sich angestrengt. Aus Verantwortung für sich selbst, für ihre Familien, ihre Kollegen, Mitarbeiter und Mitbürger. Sie haben Wachstum und Fortschritt geschaffen, weil sie die Freiheit dazu hatten – und sie genutzt haben.

Wir möchten den Menschen weiterhin die Freiheit geben, ihre Ideen zu verfolgen – und damit Wachstum, Fortschritt und Wohlstand für alle zu schaffen. Durch das Wissenschaftsfreiheitsgesetz haben wir der Wissenschaft und der Wirtschaft gleichermaßen mehr Freiraum gegeben, Barrieren abgebaut und Forschung und Lehre wieder enger zusammen geführt.

Wir haben fast 14 Milliarden Euro mehr in Bildung und Forschung investiert. Denn Wissen ist der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Wenn wir ihn entsprechend pflegen, wird er uns nie ausgehen und hochwertig bleiben. Wissen schafft Neues und Wissen macht Lust auf Neues. Wir dürfen die Zukunft nicht aus Angst vor dem Neuen verschlafen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir wollen die Zahl der forschenden und der innovativen Unternehmen weiter erhöhen und unsere Spitzenstellung als Weltmeister von Technologieexporten ausbauen. Wir schaffen die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, damit die Wissenschaft ihre eigenen Forschungsansätze verwirklichen kann und sich Kreativität, Neugier und Forschergeist breit entfalten können. Dazu wollen wir unter anderem Normen, Standards und technische Regeln weltweit harmonisieren.
- Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, der bereits heute deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Im Zeichen der Haushaltskonsolidierung wollen wir in strategisch notwendige Forschungs- und Wachstumsfelder investieren und eine steuerliche Forschungsförderung einführen.
- Wir wollen kleinen und mittelständischen Unternehmen mit eigener Spitzenforschung einen unbürokratischen und beschleunigten Einstieg in die technologiespezifische Förderung von Forschung und Entwicklung ermöglichen. Die Existenzgründungen aus For-

schung und Wissenschaft heraus wollen wir stärker unterstützen. In Deutschland, dem Land der Ideen, sollen neue Produkte und Technologien nicht nur entwickelt, sondern auch produziert und angewandt werden. Folgerichtig wollen wir das Programm EXIST fortführen und weiterentwickeln. Um die Finanzierungslücken in der Frühphase von innovativen Unternehmen zu schließen, setzen wir uns für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital ein.

- Wir haben mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz den außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen deutlich mehr Eigenständigkeit und Flexibilität in ihrer Wirtschaftsführung übertragen. Überflüssige Regularien wurden abgebaut, Leistungsanreize verstärkt und ein effizienterer Einsatz von Ressourcen ermöglicht. Jetzt gilt es, mit Hilfe der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz Lösungen zu finden, die eine Umsetzung dieser Initiative auch an den Hochschulen erlaubt.
- Wir geben den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Deutschen Forschungsgemeinschaft über den Pakt für Forschung und Innovation mit einem jährlichen Mittelaufwuchs von fünf Prozent bis 2015 finanzielle Planungssicherheit und Spielraum. Auch in Zukunft wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung von Forschung und Entwicklung in Deutschland sicherstellen.
- Wir stehen wissenschaftlichem Fortschritt offen gegenüber und setzen uns für verantwortungsvollen Umgang mit Forschung und Wissenschaft ein, statt diese beispielsweise durch Zivilklauseln, also die Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen oder massive Kürzung finanzieller Mittel bei einzelnen Forschungsgebieten einzuschränken.
- Wir werden die von Bund und Ländern gemeinsam geführte Exzellenzinitiative fortführen. Durch sie wird die universitäre Spitzenforschung in Deutschland national und international sichtbar, Wettbewerb geschaffen und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gestärkt.

2. Für die Zukunft bauen – Moderne Infrastruktur und bezahlbare Mobilität

Mehr Menschen sollen in Deutschland die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden wie sie ihre Mobilitätswünsche verwirklichen wollen. Dazu ist es im wahrsten Sinne des Wortes nötig, Wege zu ebnen, um den Anschluss an die Welt nicht zu verpassen. Dafür brauchen wir in Deutschland aber auch in Europa die notwendigen Infrastrukturen: moderne Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten, einen flächendeckenden und schnellen Internetzugang, moderne Verkehrswege, ein umfassendes, bezahlbares Mobilitätsangebot und bezahlbaren Wohnraum.

Deswegen haben wir die Planung des Ausbaus unserer Energienetze erstmals deutschlandweit koordiniert, den Ausbau beschleunigt und gleichzeitig die Beteiligung der Öffentlichkeit gestärkt. Wir haben Mobilität gefördert. Mit der Liberalisierung des Fernbusverkehrs haben wir ein ganz neues Mobilitätsangebot nach Deutschland gebracht, das vor allem Menschen mit geringen Einkommen neue Chancen bietet, um zu reisen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Und wir arbeiten weiter an flächendeckenden, schnellen Datennetzen und moderner Verkehrsinfrastruktur in ganz Deutschland. Die „Lärmprivilegierung“ der Bahn (Schie-

nenbonus) haben wir abgeschafft. Zukünftig wird kein Unterschied beim Schutz der Anwohner mehr gemacht zwischen Straßen- und Schienenlärm.

Eine moderne Infrastruktur und bezahlbare Mobilität ist für eine fortschrittliche Republik freier Bürger unverzichtbar. Nur mit ihr können wir die Herausforderungen der Globalisierung meistern und gemeinsam die Chancen unserer Zeit nutzen. Gleichzeitig wollen wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken und unseren Beitrag dazu leisten, dass unsere Städte und Gemeinden lebenswert bleiben.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Mobilität ist ein Stück individueller Lebensqualität und persönlicher Freiheit. Voraussetzung hierfür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Wir setzen uns für eine stetige Verringerung von nachteiligen Auswirkungen der Mobilität, wie Emissionen von Schadstoffen und Lärm ein, ohne Vernachlässigung der Sicherheit. Priorität hat die Bekämpfung von Emissionen an der Quelle durch Intensivierung der Forschung und stetige technische Weiterentwicklung. Ein aktives Lärmmanagement muss dazu beitragen, die nach dem Stand der Technik unvermeidbaren Emissionen durch organisatorische Maßnahmen und auf nachprüfbareren Fakten basierende Aufklärung so erträglich wie möglich zu machen. Eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur ist außerdem ein entscheidender Standortfaktor unserer Volkswirtschaft. Wir bekennen uns deshalb zur Notwendigkeit, unsere Verkehrswege zu erhalten und weiter bedarfsgerecht auszubauen. Das bedeutet aber nicht, dass der Staat Bau und Betrieb selbst durchführen muss. In vielen Fällen bietet sich die Zusammenarbeit mit privaten Dienstleistern an.
- Die Straße ist und bleibt in mittelbarer Zukunft sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr der wichtigste Verkehrsträger. Das muss sich auch bei der Verteilung von Investitionsmitteln widerspiegeln.
- Der fortschreitende Substanzverlust bei Straßen und Brücken sorgt für einen zunehmenden Mittelbedarf. Gleichzeitig stößt das Schienennetz in vielen Regionen an seine Kapazitätsgrenzen. Deshalb wollen wir auch die Investitionen in das Schienennetz erhöhen. Dazu muss unter anderem sichergestellt werden, dass im Netz erwirtschaftete Erträge im Netz verbleiben. Als Sofortmaßnahme muss die Netzgesellschaft der Deutschen Bahn innerhalb des Konzerns unabhängiger werden. Dazu wollen wir den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Holding auflösen.
- Wir setzen uns als Transitland für eine leistungsfähige Einbindung in die transeuropäischen Verkehrsnetze, für die grenzüberschreitende Vernetzung der Metropolregionen und eine bessere Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger ein. Hierzu wollen wir beispielsweise Flughäfen besser an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn anbinden. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen See- und Binnenhäfen, unserer Tore zur Welt, wollen wir durch einen zügigen Ausbau der Hinterlandanbindungen, aber auch durch notwendige Fahrrinnenanpassungen etwa der Unterelbe, Unterweser, Ems und der Warnow sicherstellen. Kapazitätsengpässe an Bundeswasserstraßen wollen wir beseitigen und eine ausreichende Finanzierung sicherstellen.
- Die volle Leistungsfähigkeit der Schleusenanlagen am Nord-Ostsee-Kanal soll schnellstmöglich wiederhergestellt werden. Darüber hinaus soll die Sanierung und der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals in einem Vertrag zwischen dem Bund und dem Land

Schleswig-Holstein festgeschrieben werden. Dieser Vertrag soll die Finanzierung und Realisierung eines „Integrierten Sanierungs- und Ausbaukonzeptes“ sicherstellen, um diese Aufgabe nach einem verbindlichen Zeitplan mit einer dazu notwendigerweise erhöhten Personalkapazität zu erfüllen.

- Wir werden darauf achten, dass deutsche Verkehrsstandorte und -unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Einseitige Belastungen und Alleingänge, die nur deutsche Unternehmen treffen, lehnen wir ab.
- Die Küste ist eine Gemeinschaftsaufgabe: Wir stehen zur Zukunftsbranche Maritime Wirtschaft, zum Maritimen Bündnis und Nationalen Maritimen Konferenzen. Der Kurs zur Entbürokratisierung im Bereich Schifffahrt ist richtig - unser Ziel ist zunächst eine nationale Küstenwache und eine einheitliche Flaggenstaatsverwaltung.
- Das deutsche Transportgewerbe braucht verlässliche und faire Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen. Deshalb haben wir die LKW-Maut in der letzten Wahlperiode nicht erhöht und werden auch zukünftig nur einer maßvollen Anpassung auf Basis eines neuen Wegekostengutachtens zustimmen. Wettbewerbsverzerrungen auf europäischer Ebene wollen wir abbauen. Der bundesweite Feldversuch für Lang-LKW soll fortgesetzt und bei Bestätigung der bisherigen positiven Ergebnisse sollen Lang-LKW für Punkt-zu-Punkt-Verkehr auf Autobahnen zugelassen werden.
- Neben dem Wettbewerb zwischen Schiene und Fernbussen brauchen wir auch mehr Wettbewerb im Schienenfernverkehr selbst. Benachteiligungen der Wettbewerber auf der Schiene wollen wir beseitigen und dem Netz durch eine Trennung von Netz und Betrieb mehr Unabhängigkeit geben. Die Teilprivatisierung der Transport- und Logistiksparten bleibt ein wichtiges Ziel. Die Netz- und Infrastruktursparten werden nicht privatisiert.
- Wir Liberalen lehnen ein generelles Tempolimit auf Deutschlands Autobahnen ab. Geschwindigkeitsbegrenzungen sollen dem Schutz der Anwohner vor Lärm oder der Verkehrssicherheit dienen und deshalb immer situationsbezogen festgelegt werden. Geschwindigkeitskontrollen dienen der Verkehrssicherheit und nicht dem Füllen staatlicher Haushalte. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Radarwarngeräte für stationäre Anlagen legalisiert werden, da so Autofahrer zu vorsichtigen Fahren an Gefahrenpunkten gebracht werden.
- Um für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, haben wir bereits das Personenbeförderungsgesetz novelliert und an den europäischen Rechtsrahmen anpasst. Wir bekennen uns zu einer bedarfsgerechten öffentlichen Mitfinanzierung des ÖPNV in Deutschland. Unser Leitbild ist dabei ein unternehmerischer und wettbewerblich ausgerichteter ÖPNV. Wir wollen mittelständischen Unternehmen die Beteiligungschancen sichern und insbesondere eine Betreiber Vielfalt im Busgewerbe gewährleisten.
- Der Luftverkehr hat eine große Bedeutung für den Standort Deutschland. Wir stehen deshalb zur Notwendigkeit einer koordinierten, bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Flughafeninfrastruktur. Wir werden außerdem die Effizienzsteigerung der Flugsicherungen in Europa bei weiterer Verbesserung des hohen Sicherheitsniveaus vorantreiben. Gleichzeitig werden wir durch die Weiterentwicklung des aktiven und passiven Schall-

schutzes die Lärmbelastung des Luftverkehrs besonders im Umfeld der Flughäfen begrenzen, um einen fairen Interessenausgleich zwischen Luftverkehrswirtschaft und Anwohner zu erreichen. Bei der Weiterentwicklung des Emissionshandels für den Luftverkehr wollen wir Wettbewerbsneutralität erreichen und zusammen mit unseren Partnern in und außerhalb Europas für eine Ausweitung werben. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland fordern wir die Abschaffung der Luftverkehrsteuer.

- Die stetige Erhöhung der Verkehrssicherheit ist uns ein wichtiges Anliegen. Neue Antriebstechnologien, wie lautlose Elektro-PKW und schnelle Elektrofahrräder, aber auch der demographische Wandel stellen uns hier vor neue Herausforderungen. Wir setzen uns dabei für pragmatische Lösungen mit hoher Akzeptanz ein. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Gruppen der jungen Fahranfänger sowie der Senioren legen. Außerdem wollen wir die Verkehrserziehung der kleinsten Verkehrsteilnehmer weiter fördern.
- Wir setzen uns für die bundesweite Einführung des begleitenden Fahrens ab 16 Jahre (BF 16) ein.
- Weniger Verkehrslärm bedeutet mehr Lebensqualität. Gleichzeitig erhöht besserer Lärmschutz die Akzeptanz für den Ausbau unserer Verkehrswege. Dabei wollen wir zu einem fairen Interessenausgleich zwischen der Verkehrswirtschaft und den Anliegern von Straßen, Schienenwegen und Flughäfen kommen. Wir wollen Mobilität erhalten und Lärm an der Quelle bekämpfen. Wir wollen für den Straßenbau die Erprobung und Nutzung innovativer Lärmschutzmaßnahmen (z. B. neue Varianten des „Flüsterasphalts“) stärker unterstützen. Im Bereich des Schienenverkehrs wollen wir überprüfen, ob die bisherige Ausgestaltung der lärmabhängigen Trassenpreise dem Ziel gerecht wird, einen Anreiz zur Nachrüstung von lärmarmen Bremssystemen zu geben. Das Lärmsanierungsprogramm für Altstrecken der Bahn werden wir auf hohem Niveau fortsetzen. Anwohner von Militärflughäfen haben das gleiche Recht auf Lärmschutz wie Anwohner ziviler Flughäfen, denn Lärmschutz ist Gesundheitsschutz. Wir wollen den Lärmschutz weiter verbessern.
- Die Anforderungen an die Mobilität der Bürger nehmen weiter zu, beispielsweise um den Arbeitsplatz zu erreichen oder die Lebensqualität in dünn besiedelten Regionen zu sichern. Mobilität darf nicht zur sozialen Frage werden. Bezahlbare und klimaverträgliche Mobilität setzt langfristig den Abschied von fossilen Kraftstoffen voraus. Wir wollen dabei neben der Effizienzsteigerung konventioneller Motoren die Option für alle technologischen Wege öffnen: Unter anderem Elektroautos mit Batterietechnik, wasserstoffgetriebene Brennstoffzellen-Fahrzeuge und alternative Kraftstoffe etwa im Luftverkehr. Sie haben ihre Stärken jeweils in unterschiedlichen Segmenten des Fahrzeugmarktes.
- Die Rahmenbedingungen für die Elektromobilität wollen wir weiter verbessern. Wir befürworten dabei als subventionsfreien Kaufanreiz verkehrsrechtliche Erleichterungen und die Einführung von Wechselkennzeichen für Elektroautos als Zweitwagen für den innerstädtischen Verkehr.
- Bei den Biokraftstoffen achten wir darauf, dass es nicht zu einer Konkurrenz zwischen Tank und Teller kommt. Dazu müssen die energiepolitischen Ziele für den Einsatz von Biokraftstoffen überprüft werden. Deshalb wollen wir durch Forschungsförderung die

Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten Generation, die ausschließlich aus Reststoffen von Nahrungspflanzen und Holz sowie organischen Abfällen hergestellt werden, vorantreiben, um langfristig Flächenkonkurrenz zu minimieren. Gleichzeitig wollen wir bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zu Biokraftstoffen wieder stärker auf Anreize zur Nutzung von Reinbiokraftstoffen statt auf starre Beimischungsquoten, wie bei E10, setzen.

- Neben flüssigen Biokraftstoffen ist der Einsatz von Biogas und /oder verflüssigtem Naturgas eine Option. Durch entsprechende Klarstellungen im EEG zur getrennten Bilanzierung von Einsatzstoffen wollen wir es ermöglichen, dass Biogas aus Reststoffen verstärkt in den Kraftstoffsektor statt in die Verstromung fließen kann.
- Um trotz erhöhten Verkehrsaufkommens die Verkehrswege in wachsenden Städten nicht über ihre Belastungsgrenze hinaus in Anspruch zu nehmen, muss die Infrastruktur im Rahmen eines integrierten Verkehrsmanagements nicht nur gezielt aus- und umgebaut werden, sondern es müssen auch zunehmend neue Ausbildungs- und Arbeitsformen, die die Möglichkeit der modernen Kommunikationstechnologie nutzen, gefördert werden. Möglichkeiten von Home Office, Telearbeit, Fernstudium oder Online-Vorlesungen reduzieren den Pendelverkehr und verringern den Bedarf nach Wohnungen im Stadtkern in der Nähe von Arbeits- und Ausbildungsstätten.

3. Attraktives Lebensumfeld gestalten - Wohnen in Stadt und Land

Adäquaten Wohnraum zu haben, ist ein existenzielles Grundbedürfnis jedes Menschen. Aufgabe des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft ist es, die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Auch die Herausforderungen des Demographischen Wandels, des Klimaschutzes sowie der Integration und Inklusion machen innovative Wohnungs- und Stadtentwicklungskonzepte zur Querschnittsaufgabe. Sie nimmt eine Schlüsselposition für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes ein.

Vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels gilt es, bedarfsorientierten Wohnraum durch Umbau im Bestand und durch Neubau gleichermaßen zu schaffen. Dabei gilt es, Barrieren nicht nur in den Gebäuden sondern auch im öffentlichen Raum abzubauen. Mit Energie, Land und Rohstoffen ist sparsam umzugehen, ohne Mieter und Eigentümer wirtschaftlich zu überfordern. Hierbei gilt es auch auf die unterschiedlichen Erfordernisse in Ballungsgebieten, Metropolregionen und dem ländlichen Raum mit wirksamen Lösungen zu reagieren.

Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland gut leben. Wir haben deshalb den Erwerb von Wohneigentum, z. B. durch die Eigenheimrente („Wohn-Riester“), unterstützt. Um die energetische Sanierung von bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen und damit auch einen Beitrag für niedrige Wohnnebenkosten zu leisten, haben wir das Gebäudesanierungsprogramm ausgebaut und das Mietrecht reformiert. Exorbitante Mieterhöhungen haben wir ebenso unterbunden wie das so genannte Mietnomadentum. Für lebenswerte Städte und Gemeinden haben wir außerdem die Stadtumbauprogramme des Bundes weiterentwickelt und die finanziellen Spielräume erweitert.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wohneigentum ist ein wichtiger Beitrag zur Altersvorsorge und der beste Schutz vor steigenden Mieten. Deshalb setzt die FDP auch hier auf das Eigentum. Modelle der Ei-

genheimförderung wie genossenschaftliches Wohnen, Eigenheimrente („Wohn-Riester“), Eigenkapitalersatzdarlehen, Bauherrngemeinschaften oder die Unterstützung bei der Finanzierung gilt es weiterzuentwickeln. Die Förderung von Wohneigentum setzt privates Kapital für den Wohnungsbau frei und ist ein wichtiger Baustein zur Minderung der Wohnungsknappheit in Ballungsgebieten.

- Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Flächenverbrauch zu begrenzen, wollen wir Baumaßnahmen und Nachverdichtungen im innerstädtischen Bereich erleichtern. Deshalb wollen wir zum Beispiel die Wiedernutzung von Brachflächen und die vereinfachte Ausweisung von Bebauungsplänen zur Innenentwicklung weiter erleichtern.
- Weitere regulierende Eingriffe in den Wohnungsmarkt, wie Mietpreisdeckelungen und Sanierungsverbote, lehnen wir entschieden ab. Sie machen den Wohnungsmarkt noch unflexibler, erschweren den Ausgleich von Angebot und Nachfrage über den Marktpreis, verringern die für Neubau und Sanierungen notwendigen Mittel und tragen so zusätzlich zur Wohnungsverknappung in dicht besiedelten Gebieten bei.
- Wir wollen in der Wohnungsbauförderung des Bundes haushaltsneutral umsteuern und den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen stärker unterstützen. Die Bundeszuweisungen für den Sozialen Wohnungsbau an die Länder müssen zweckgebunden werden, um zu verhindern, dass einzelne Länder das Geld weiterhin für andere Zwecke verwenden. Wir Liberale bevorzugen hierbei die wesentlich flexiblere Subjektförderung, die sich im Gegensatz zur Objektförderung individuell an der aktuellen Familien- und Einkommenssituation des Mieters orientiert und nicht starr an eine Immobilie gebunden ist. Hierdurch werden zudem Fehlbelegungen vermieden. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Mietwohnungsbau wollen wir außerdem die degressive Abschreibung (AfA) wieder einführen.
- Das Baurecht und entsprechende Verordnungen sind auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Wir wollen Bürokratie abbauen um einerseits in Ballungsgebieten Umnutzungen und Verdichtungen zu erleichtern und andererseits Anpassungen und Rückbau im ländlichen Raum als flexible Lösungen vor Ort ermöglichen. Hierzu sind auch die Städtebaufördermittel entsprechend zu evaluieren und bei eventuellen Fehlentwicklungen an die Erfordernisse anzupassen.
- Für ein nachfragegerechtes Wohnraumangebot muss der Neubau von Wohnungen gerade in wachsenden Städten attraktiv sein. Dazu muss sich die Vermietung von Wohnungen auch rechnen. Stärkere staatliche Eingriffe in die Preisbildung bei Neuvermietungen und Sanierungsverbote gefährden den Wohnungsbau und werden deshalb von uns ebenso wie Eingriffe in die Vertragsfreiheit von Maklergeschäften entschieden abgelehnt.
- Die energetische Gebäudesanierung nimmt bei der Umsetzung der Energiewende eine Schlüsselrolle ein. Deshalb wollen wir die Sanierungsquote im Gebäudebestand durch Anreize deutlich anheben, um Energieeffizienz zu steigern. Dazu braucht es dauerhafte Planungs- und Investitionssicherheit für die Investoren. Deshalb werden wir die Finanzierung des KfW-Gebäudesanierungsprogramms mindestens auf dem bisherigen Niveau fortführen. Als zweiten Förderweg treten wir weiterhin für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ein.

- Bei der Gebäudesanierung gilt für uns das Prinzip „Anreize statt Zwang“. Wir lehnen Zwangssanierungen im Gebäudebestand ab. Dabei haben wir auch das Wirtschaftlichkeitsgebot im Blick und werden Forderungen nach überzogenen Vorgaben bei Umwelt- und Energieauflagen (EnEV) im Gebäudebestand nicht befürworten. Ordnungsrecht kann nur im Neubau zum Tragen kommen. Hier wollen wir allerdings die Energieeinsparverordnung immer auf einem technisch ambitionierten Stand halten. Dabei soll die Grundlage stets die energetische Gesamteffizienz von Gebäuden, Lüftungs- und Heizungssystemen sein, nicht das willkürliche Verbot bestimmter Technologien.
- Die Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen nimmt zu. Deshalb müssen Barrieren abgebaut werden. Nicht alle alten oder behinderten Menschen brauchen dabei Barrierefreiheit. Oft reicht auch die kostengünstigere Barrierearmut, um ein selbstständiges und selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter realisieren zu können. Dies ist bei den Förderprogrammen entsprechend zu berücksichtigen, um möglichst vielen Menschen ein Leben im Alter in der eigenen Wohnung zu ermöglichen.
- Wir wollen starke Städte und Gemeinden, die für Menschen jeden Alters und in jeder Lebenslage attraktiv und lebenswert sind. Deshalb werden wir die Stadtentwicklungsprogramme des Bundes fortführen und entsprechende Anstrengungen der Kommunen unterstützen. Um den Anforderungen des demographischen Wandels gerade in ländlichen Räumen zu unterstützen, befördern wir die Stärkung kommunaler Zentren, in denen soziale und technische Infrastruktur kostengünstig und zentral erreichbar vorgehalten werden kann.
- Der Netzausbau von Telekommunikationsnetzen ist grundsätzlich Sache von privaten Unternehmen. Die Grundversorgung mit Telekommunikationsleistungen muss jedoch künftig einen Breitband-Internetanschluss umfassen. Der Inhalt der Grundversorgung ist stets dynamisch an wachsende Übertragungskapazitäten anzupassen.
- Bei allen Neu- und Umbaumaßnahmen muss bereits heute berücksichtigt werden, dass der Wohnungs- und Immobilienmarkt auf weitere strukturelle Veränderungen flexibel reagieren können muss. Vor allem Anpassungen in den Innenstädten müssen so erfolgen, dass spätere Umnutzungen und Umwidmungen jederzeit möglich sind.
- Das historische Kulturerbe und der Denkmalschutz sollen ausdrücklich als identitätsstiftend unterstützt und die Baukultur gepflegt werden. Daher setzen wir uns dafür ein Bürger bei relevanten ortsbildprägenden Bauvorhaben bereits im Planungs- und auch im Bauprozess frühzeitig einzubinden.
- Wir wollen notwendige Infrastrukturprojekte transparenter, kosteneffizienter und zügiger realisieren. Steuergelder müssen dabei effizient und effektiv eingesetzt werden. Wir wollen im Sinne der Menschen und des Standortes Deutschland unnötige Verzögerungen im Planungs- und Bauablauf und überlange Bauzeiten sowie deutliche Kostensteigerungen bei lokalen und überregionalen öffentlichen Bauprojekten verhindern.

4. *Zukunft möglich machen – Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für eine lebenswerte Welt*

Libérale Umwelt- und Klimapolitik setzt auf Innovation und neue Technologien. Sie setzt auf den verantwortungsbewussten Bürger, nicht auf Verbote. Nur so sichern wir unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen einen intakten Lebensraum. Und mehr noch: Als Exporteur von Ideen und Innovationen helfen wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität der Menschen zu mehren – heute und in Zukunft, in Deutschland und weltweit.

Deswegen stellen wir unsere Stromversorgung schneller auf regenerative Energien um. Mit dem Energie- und Klimafonds haben wir alle Erlöse aus dem Emissionshandel in zusätzliche Umweltschutzprojekte gelenkt. Wir haben unsere Mittel für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern im Klima- und Waldschutz deutlich erhöht. Wir haben den Handel mit Emissionsrechten entbürokratisiert. Wir arbeiten daran, das von uns in der Bundesregierung beschlossene Ziel umzusetzen, den CO₂-Ausstoß national bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Dies wird fortlaufend wissenschaftlich mit Blick auf Wirksamkeit und nationale Umsetzung überprüft.

Wir haben durch die Reform des Kreislaufwirtschaftsgesetzes mehr Recycling ermöglicht. Wir haben die Luftreinhaltung bei Kraftwerken und Kleinf Feuerungsanlagen verbessert. Private Autofahrer und Handwerker haben wir bei der Nachrüstung ihrer Fahrzeuge mit Rußpartikelfiltern unterstützt. Mit den Bundesprogrammen „Biologische Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“ haben wir den Naturschutz in Deutschland nachhaltig vorangebracht.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir Liberalen setzen uns auf Grundlage jeweils aktueller Forschungsergebnisse für eine weltweit durchgreifende Minderung der Emission von für das Klima nachteiligen Gasen ein, im Rahmen eines für alle Staaten verbindlichen neuen Klimaschutz-Abkommens. Aus unserer Sicht muss es zu einer kurzfristigen Absenkung der CO₂-Emissionen in allen Industriestaaten und einer langfristigen Angleichung dieser Emissionen pro Kopf kommen. Verpflichtungen sollen sich dabei an Emissionen und Wirtschaftskraft ausrichten, nicht an einem überkommenen Status als Industrie- oder Entwicklungsland. In der Zwischenzeit setzen wir uns für eine zügige Ratifizierung der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ein.
- Wir legen beim Klimaschutz ein hohes Gewicht auf den Emissionshandel. Er gewährleistet eine wirksame Emissionsbegrenzung zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Eine Ersetzung des EU-Emissionshandels durch eine CO₂-Steuer lehnen wir entschieden ab. Wir Liberalen wollen den EU-Emissionshandel auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten. Ansatzpunkt soll dort die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein. Steuern, die ihre ökologische Lenkungswirkung verlieren, können im Gegenzug gesenkt oder abgeschafft werden. Wir fordern intensivere Verhandlungen, um den EU-Emissionshandel mit bestehenden und geplanten Handelssystemen zum Beispiel in Nordamerika, Korea und Australien zu vernetzen.
- Wir Liberalen werden auch in der nächsten Wahlperiode sicherstellen, dass die Zusagen Deutschlands zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern – so-

wohl zur Treibhausgas-Minderung als auch zur Anpassung an den Klimawandel – eingehalten werden und der Einsatz der vergebenen Mittel kontrolliert wird.

- Noch ein knappes Jahrzehnt werden Kernkraftwerke in Deutschland betrieben werden. Die Sicherheit der verbliebenen Reaktoren muss auch weiterhin auf höchstem Niveau sichergestellt bleiben. Stillgelegte Kernkraftwerke sind möglichst zügig zurückzubauen, um die Fachkenntnisse der vorhandenen Belegschaft zu nutzen. Die Kernforschung und entsprechende Hochschulausbildung müssen in Deutschland erhalten bleiben. Für den Rückbau der deutschen Kernkraftwerke müssen Fachwissen und Fachpersonal langfristig zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollte Deutschland zu einem sicheren Betrieb von Kernkraftwerken weltweit beitragen, insbesondere in unseren Nachbarländern.
- Wir stehen für eine ergebnisoffene Suche eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle. In einem stufenweisen Verfahren sollen geeignete Standorte geprüft werden. Dabei darf kein Standort von vornherein ausgeschlossen werden. Eine intensive Bürgerbeteiligung und eine abschließende Standortentscheidung durch ein Bundesgesetz soll die gesellschaftliche Akzeptanz für diese nationale Aufgabe sicherstellen.
- Um den Ressourcenschutz zu stärken, wollen wir das Recycling durch die flächendeckende Einführung der Wertstofftonne voranbringen. Hier sollen anders als bei der gelben Tonne nicht nur Verpackungen, sondern alle geeigneten Wertstoffe gesammelt werden. Die Umstellung muss so erfolgen, dass es weder zu einer Bevorteilung der kommunalen noch der privaten Anbieter kommt und Parallelsysteme vermieden werden. Wir Liberalen stehen im Interesse der Verbraucher für eine wettbewerbliche Entsorgungswirtschaft. Wir unterstützen die stoffliche Verwertung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, anspruchsvolle Recyclingquoten auch für die mengenmäßig wichtigen Gewerbe- und Bauabfälle festzusetzen.
- Wir werden die politischen Ziele zur Flächeninanspruchnahme stärker auf Naturschutzziele ausrichten. Wir Liberalen werden den Modellversuch zu handelbaren Flächenzertifikaten für die weitere Gesetzgebung auswerten.
- Insgesamt muss das Naturschutzrecht entrümpelt werden, ohne dass dabei der Schutz der Natur zu kurz kommt. Die Bundesländer sollen die Möglichkeit erhalten, das sogenannte Ersatzgeld anderen Instrumenten der Kompensation gleichzustellen. Dabei wird zum Ausgleich eines Eingriffes zweckgebunden Geld gezahlt, das in bedeutende Maßnahmen des Naturschutzes im gleichen Naturraum investiert wird. Dies ist oft effektiver als ein Flickenteppich von Einzelmaßnahmen.
- Die Alpen sind ein einzigartiger Lebensraum in Bayern und Deutschland, der uns Liberalen besonders am Herzen liegt. Die im Alpenplan ausgewiesenen Schutzzonen wollen wir erhalten. Schutzwälder sind vor Rodungen zu schützen – die bestandsschonende Bewirtschaftung ist mit geeigneten Mitteln zu unterstützen. Grundsätzlich geht die Modernisierung bestehender touristischer Einrichtungen dem Neubau vor. Die Alpenkonvention ist konsequent umzusetzen.
- Frei fließende Flüsse und Flussabschnitte haben einen hohen ökologischen Wert. Nicht nur zum Hochwasserschutz muss den Gewässern mehr Raum gegeben werden. An Bundeswasserstraßen soll die Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur Verbesserung von Schiffbarkeit, Hochwasserschutz und gerade auch Naturschutzbelangen endlich

verbessert werden. Auch bei Wasserkraftanlagen müssen die Belange des Hochwasserschutzes genauso wie der Natur- und Tierschutz Beachtung finden. Einen Bau von Stautufen in Elbe und Donau lehnen wir weiter ab.

- Für uns Liberale hat der Tierschutz seit Jahren eine zentrale Bedeutung. Freie Demokraten orientieren sich dabei an den fünf Freiheiten: Freisein von Hunger und Durst; Freisein von Unbehagen; Freisein von Schmerz, Verletzung, Krankheit; Freisein zum Ausleben der artgerechter Verhaltensweisen; Freisein von Angst und Leiden. Im Mittelpunkt unserer weiteren Bemühungen stehen die Grundsätze nachhaltigen Wirtschaftens, die Vermeidung ökonomischer Fehlanreize, eine artgerechte Tierhaltung und -ernährung sowie deren effektive Kontrolle. Außerdem unterstützen wir die Verringerung der Anzahl von Tierversuchen durch den verstärkten Einsatz alternativer Methoden. Da erfolgreicher Tierschutz nur auf europäischer Ebene verwirklicht werden kann, fordern wir eine engagiertere Politik der EU in diesem Bereich.
- Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden muss. Wir werden das Bundesprogramm Biologische Vielfalt, das in unserer Regierungszeit aufgelegt wurde, weiter ausbauen. Beim Anbau von Energiepflanzen ist darauf zu achten, dass auf landwirtschaftlichen Nutzflächen nicht überwiegend für Natur und Umwelt schädliche Monokulturen entstehen. Wir gestalten Naturschutz mit den Menschen. Naturnutzer wie Segler, Wanderer, Kletterer oder Mountainbiker dürfen bei Fragen des Naturschutzes nicht als Gegner, sondern sollen als Gesprächspartner auf Augenhöhe betrachtet werden. Daher setzen wir verstärkt auf freiwillige Maßnahmen und den Vertragsnaturschutz, erst nachrangig auf hoheitliche Schutzgebietsverordnungen und Verbote. Zerschnittene Biotopverbünde sollen wieder zusammengeführt werden, wie wir es in der Bundesregierung mit dem Bundesprogramm Wiedervernetzung begonnen haben.
- Der Schutz der biologischen Vielfalt weltweit hat das Ziel, das genetische Reproduktionspotenzial für kommende Generationen zu erhalten. Um die tropischen Wälder zu schützen, unterstützen wir Modelle zur Honorierung vermiedener zulässiger Abholzung, Maßnahmen gegen illegalen Holzeinschlag, die gezielte Armutsbekämpfung in den betroffenen Regionen sowie die Zertifizierung von Holz. Zum Schutz der Meeresflora und -fauna muss ein globales System von Meeresschutzgebieten geschaffen werden. Insbesondere die afrikanischen Staaten sollen in die Lage versetzt werden, das illegale Fischen in ihren Wirtschaftszonen wirksamer zu unterbinden.
- Wir brauchen eine nachhaltige Fischerei, die die Bestände erhält, artgerecht ist und den Tierschutz sichert. Die Grundschleppnetz-Fischerei ist zu beschränken. In jedem Fall ist die Industriefischerei durch die Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten einzudämmen. Da das Grundnahrungsmittel Fisch durch die Überfischung der Meere gefährdet ist, sollen zudem Rahmenbedingungen für die nachhaltige Aquakultur weiter verbessert werden.
- Wir wollen unsere Anstrengungen auf europäischer Ebene fortsetzen, um für eine Nachhaltigkeitszertifizierung aller Agrarrohstoffe zu sorgen, wie sie für Biokraftstoffe heute schon besteht. Bei der Zertifizierung sind die Verpflichtungserklärungen für europäische Landwirte (Cross-Compliance-Regeln) unbürokratisch anzuerkennen.

5. Verantwortung für die eigenen Entscheidungen übernehmen – nachhaltig handeln

Wo sich den Menschen Chancen eröffnen, wo sich Möglichkeiten auftun, dort ist nachhaltige Entwicklung möglich. Wer den Menschen Möglichkeiten für den eigenen Lebensweg nimmt, macht nachhaltige Entwicklung unmöglich. Denn Nachhaltigkeit hat nichts mit Askese oder einer Konservierung der Welt zu tun. Bei allem Handeln müssen wir aber die Folgen für Umwelt, Mitwelt und Nachwelt verantworten können.

Deshalb haben wir Innovation, Forschung und Entwicklung gestärkt. Wir haben mehr Bildung ermöglicht und die Neuverschuldung im Vergleich zu den Plänen der schwarz-roten Vorgängerregierung um über 50 Prozent verringert. Das sind 150 Milliarden Euro weniger Schulden. Nach Jahren der Mangelverwaltung haben wir unsere Sozialsysteme stabilisiert und begonnen, sie auf eine nachhaltige Finanzierung umzustellen. In der Pflegeversicherung sind erste Elemente zur Kapitaldeckung eingeführt, bei der Krankenversicherung ein wettbewerbliches Prämienmodell eingeführt und bei der Rente die private Vorsorge weiter gestärkt worden. Die Energiewende wurde beschleunigt und aus dem ideologischen Korsett von Rot-Grün befreit, damit sie in der Realität auch gelingen kann. Und anstatt zu alimentieren, haben wir neue Möglichkeiten und Chancen geschaffen: 1,6 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bedeuten 1,6 Millionen neue Perspektiven für Menschen in Deutschland und ihre Familien.

Nachhaltige Entwicklung betrifft nicht nur Umwelt und Klimapolitik. Nachhaltige Entwicklung erfordert auch nachhaltiges Wirtschaften, generationengerechtes Haushalten und technische, soziale, wirtschaftliche und wissenschaftliche Innovation.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Nachhaltige Entwicklung ist nur in und durch Freiheit möglich. Nachhaltigkeit hat für Liberale nichts mit Askese zu tun. Auch die Menschen von heute haben ein Recht auf ein gutes Leben. Wir können und sollen die Welt nicht konservieren. Aber wir müssen unser Handeln vor der Umwelt und der Nachwelt verantworten. Denn wir Liberale messen Freiheit auch an der Freiheit nachfolgender Generationen. Wenn wir heute auf Kosten künftiger Generationen leben, hinterlassen wir ihnen denkbar schlechte Startchancen. Künftige Generationen sollen aber mindestens gleiche Chancen auf Freiheit haben wie die Menschen heute.
- Im Interesse kommender Generationen braucht Politik eine Perspektive von Jahrzehnten, nicht von Wahlperioden. Wir befürworten deshalb ressortübergreifende und indikatorenbasierte Nachhaltigkeitsstrategien auf nationaler sowie europäischer Ebene. Die bewährten Gremien zur Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategie werden wir in Regierung und Parlament fortführen.
- Wir wollen die Einführung einer offiziellen Generationenbilanz. Dabei werden Leistungen für nachfolgende Generationen – wie Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit – ihren Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus Generationenverträgen gegenübergestellt. Die Gesetzesfolgenabschätzung ist um eine Generationenbilanzierung zentraler Vorhaben zu ergänzen.
- Nachhaltigkeit verlangt auch danach, die Neuverschuldung des Staates abzubauen, Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau zu verwenden und die Sozialsysteme unse-

res Landes dauerhaft auf ein solides Fundament zu stellen, das über Generationen hinweg trägt. Zur Nachhaltigkeit gehört auch, dass Straßen, Gebäude und andere Einrichtungen im Bereich der staatlichen Infrastruktur erhalten und zeitgemäß modernisiert werden. Gegenwärtig reichen die Investitionen der öffentlichen Hand in Deutschland nicht einmal aus, um die altersbedingten Abnutzungen in diesem Bereich auszugleichen. Wir fordern daher kontinuierliche und zielgerichtete Investitionen der öffentlichen Hand in Straßen, Verkehrswege, Schulen und andere öffentliche Gebäude sowie die öffentlichen Versorgungsnetze.

- Die Entwicklung der Sustainable Development Goals auf UN-Ebene muss im Einklang mit dem Folgeprozess zu den Millennium Development Goals erfolgen. Die Parlamente sind in die Entwicklung der Ziele einzubeziehen. Dazu wollen wir internationale Parlamentarierdialoge seitens der Bundesregierung fördern.
- Auch in Zukunft soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als klare messbare Größe für Wachstum erhalten bleiben. Daneben sollen aber auch regelmäßig die Indikatoren von Wohlstand und Lebensqualität ausgewiesen werden, die die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages vorgeschlagen hat.
- Das Bildungswesen spielt eine besondere Rolle bei der Entwicklung und Förderung eigenverantwortlichen Handelns. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss in allen Altersstufen zu den leitenden Grundsätzen des Lehrens, Lernens und Handelns werden wie Erziehung zu Frieden, Demokratie, Eigenverantwortung und Toleranz.
- Unter Absage an Verbote und Gebote empfehlen wir gleichwohl allen Betrieben und Unternehmen, sich im eigenen wirtschaftlichen Interesse intensiv um eine Verbesserung der eigenen Rohstoff- und Umweltbilanz zu sorgen. Publikumsgesellschaften sollten im Rahmen ihrer Berichterstattung bei Erstellung ihrer Jahresbilanz entsprechend dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex verfahren.

VI. Verantwortung, damit Europa eine stabile und verlässliche Gemeinschaft bleibt

Der größte Freiheitsgewinn in der Geschichte unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg war und ist der europäische Einigungsprozess. Das Zusammenwachsen eines ganzen Kontinents und seiner Völker hat Millionen Menschen den Frieden und die Freiheit gegeben, ihre Träume zu erfüllen und ihren eigenen Weg zu gehen. Mit dem Nobelpreis für die Europäische Union wurde diese historische Errungenschaft sowie der Mut der Völker Europas gewürdigt.

Wir wollen, dass dieses Europa eine starke Zukunft hat. Wir übernehmen Verantwortung für Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in einem gemeinsamen Europa. Damit Europa ein Kontinent der Chancen und des Miteinanders bleibt. Die großen Herausforderungen unserer Zeit können wir nur bewältigen, indem wir Europa zu einer globalen Gestaltungskraft weiter entwickeln. Dazu wollen wir die Stärken Europas stärken: die Vielfalt Europas, die marktwirtschaftliche Ordnung, die rechtsstaatlichen Grundlagen, die dezentrale Entscheidungsfindung. Zentralismus darf Europa nicht prägen. Nur so können wir unsere Wertegemeinschaft bewahren, als Wirtschaftsmacht unsere Interessen behaupten und zur künftigen Ordnung der Welt einen europäischen Beitrag leisten.

Dazu wollen wir die Schuldenkrise einzelner Mitgliedstaaten überwinden und unsere gemeinsame Währung und die Union auf ein festes Fundament stellen. Die Stabilisierung der Gemeinschaftswährung liegt im ureigensten Interesse Deutschlands. Es besteht die große Chance, dass der Euro und die Europäische Union insgesamt gestärkt aus der Krise hervorgehen. Wir denken an die Zukunft Europas. Wir wollen die politische Union mit dezentralen Strukturen verwirklichen. Mit unserem Einsatz für den Fiskalvertrag und der Zukunftsgruppe der Außenminister zur Vertiefung der Europäischen Union haben wir große Schritte in diese Richtung getan.

Europa ist für uns Liberale Teil unserer kulturellen Identität, Rückversicherung unserer Freiheit und zugleich Notwendigkeit, um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Diese einzigartige Zone der Freiheit, des Wohlstands und der mannigfaltigen kulturellen Bereicherung zu bewahren und weiterzuentwickeln ist liberales Versprechen und Verpflichtung. Und dieses Europa bleibt ein Magnet für die Menschen und Völker.

1. Europa – liberales Versprechen und Verpflichtung

Die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben und unsere Währung zu stabilisieren waren notwendig, um die Krise zu bewältigen und um eine Wachstumsperspektive zu eröffnen. Darüber dürfen wir jedoch nicht vergessen: Europa ist mehr als der Euro. Europa ist gegründet auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen. Und diese Gemeinsamkeit zu wahren und zu stärken ist heute ebenso unsere Aufgabe und Verantwortung wie die Stabilität unserer Währung.

Der Abschlussbericht der von Deutschland angestoßenen Zukunftsgruppe von elf Außenministern spiegelt wider, dass viele unserer Vorstellungen auf fruchtbaren Boden fallen. Wir wissen, dass Europa ein Staatenverbund mit einzigartigen gesellschaftlichen, politischen, rechtsstaatlichen und ökonomischen Gemeinsamkeiten ist. Deshalb wollen wir den Weg der Vertiefung verantwortungsvoll weitergehen – hin zu einer politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung.

Dafür treten wir an. Dafür treten wir ein.

- Wir wollen das Rad der Geschichte in Europa nach vorne drehen und nicht zurück. Auf dem Weg der Integration möchten wir alle 28 Staaten mitnehmen. Dafür ist die Konvents-methode der richtige und vom EU-Vertrag vorgesehene Weg. Nur wenn die Konvents-methode nicht gangbar ist, weil einige wenige nicht wollen, muss ein anderer Weg gewählt werden. Der Fiskalpakt hat gezeigt, wie dies geschehen kann. Am Ende dieser Entwicklung sollte ein durch eine europaweite Volksabstimmung legitimierter europäischer Bundesstaat stehen.
- Eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine wichtige Zwischenstation auf dem Weg zur politischen Union. Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden, die gemeinsame Agrarpolitik stärker an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit ausrichten und Europas Führungsrolle in den Schlüsselbereichen von Forschung, Technologie und Dienstleistungen stärken.

- Wir wollen ein Europa der Bürger. Der Grundstein der politischen Union ist demokratische Legitimation und Kontrolle. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Europäische Parlament zu einem Vollparlament mit gleichberechtigtem Initiativrecht in der Gesetzgebung zu entwickeln. Das Parlament soll selbst über seinen Sitz entscheiden dürfen. Wir wollen das Wahlrecht zum Europäischen Parlament europäisieren und setzen uns ein dafür ein, dass künftig die europäischen Parteien mit staatenübergreifenden Listen antreten.
- Wir wollen die Stellung der Kommission als Hüterin der Verträge stärken. Dafür muss die Kommission effizienter, nicht aber größer werden. Im Gegenteil: Wir plädieren für die Verkleinerung der Europäischen Kommission.
- Neben dem Europäischen Parlament soll dem Rat der Europäischen Union als gleichberechtigter Länderkammer eine essentielle Rolle zukommen, um demokratische Kontrolle und politischen Ausgleich („checks and balances“) im europäischen Mehrebenensystem zu garantieren.
- Das Europa der Bürger zeichnet sich durch feste und klare Kompetenzen und das Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit aus. Bürokratie und Zentralismus haben darin keinen Platz. Wir wollen vielmehr starke Regionen, die nahe am Bürger sind. Wir wollen den Rechtsgrundsatz der Subsidiarität institutionell besser absichern, vorhandene Instrumente stärker nutzen und ausbauen sowie ein europäisches Subsidiaritätsgericht, in dem man auch Kompetenzverstöße rügen kann, einrichten.
- Wir sehen in der Erweiterung der EU eine große Chance, sofern und soweit Kandidaten beitragsfähig sind und die Europäische Union aufnahmefähig ist. Außerdem bestehen wir darauf, dass die EU institutionell vorankommt, bevor sie weiteren Aufnahmen zustimmt.
- Wir werden darauf achten, dass diese Aufnahmevoraussetzungen strikt eingehalten werden. Jedes neue Mitglied muss vor einer Entscheidung über seine Aufnahme alle offenen Streitfragen mit seinen Nachbarn abschließend lösen. Dies gilt insbesondere auch für die Staaten des westlichen Balkans. Wir freuen uns, in diesem Jahr Kroatien als 28. Mitglied der Europäischen Union zu begrüßen.
- Mit der Türkei verbindet uns seit Jahrzehnten eine tiefgreifende Partnerschaft und die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO. Seit 2005 verhandeln die EU und die Türkei ergebnisoffen über eine türkische EU-Mitgliedschaft. An der Beitrittsperspektive für die Türkei halten wir fest. Es darf jedoch – wie in allen Fällen – keine Rabatte bei der Erfüllung der Beitrittskriterien geben. Wir ermutigen die Türkei, den notwendigen Reformprozess in Richtung Rechtsstaat und Menschenrechte entschlossener voranzutreiben.
- Entschlossene rechtsstaatliche Reformen sind auch die Voraussetzung für die weitere EU-Annäherung der Staaten der Östlichen Partnerschaft. So hat zum Beispiel die Ukraine langfristig dann eine Chance auf eine Beitrittsperspektive, wenn sie in den kommenden Jahren konsequent auf einen Modernisierungskurs setzt und sich kontinuierlich an EU-Standards heranarbeitet.
- Die Charta der Grundrechte und der Europäischen Union und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen in allen EU-Mitgliedstaaten ungeachtet der politischen

Couleur der jeweiligen nationalen Regierung geachtet werden. Entwicklungen wie zum Beispiel in Ungarn und Rumänien, die das Gleichgewicht der politischen Kräfte durch einen überzogenen Machtanspruch der Regierung gefährden, werden wir deshalb weiterhin entschlossen entgegen treten.

- Wir wollen unsere gemeinsamen Werte stärken und schützen und dazu das Verfahren der europäischen Rechtsstaatskontrolle verbessern. Bisher kann die EU nur handeln, wenn bereits schwerwiegende und dauerhafte Verletzungen der gemeinsamen europäischen Werte eingetreten sind. Wir wollen unterhalb dieser Schwelle des Artikels 7 des EU-Vertrags einen angemessenen Mechanismus schaffen, der es der Europäischen Kommission erlaubt, die europäischen Grundwerte in den Mitgliedstaaten zu verteidigen und nötigenfalls spürbare und angemessene Sanktionen zu verhängen.
- Die Reisefreiheit gehört zu den kostbarsten Errungenschaften der europäischen Integration. Wir sollten sie nicht leichtfertig auf Spiel setzen. Wir Liberalen sind daher vehement dagegen, nationalen Regierungen einen Blanko-Scheck zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu geben.
- Damit die Reisefreiheit auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten erlebbar ist und bleibt, fordern wir eine konsequente Fortführung und einen Ausbau europäischer Austauschprogramme wie ERASMUS. Junge Europäer entwickeln über Grenzen hinweg Freundschaften, bilden Netzwerke, und tragen so einen unverzichtbaren Teil zur Stärkung europäischer Identität und zur Bekämpfung von Vorurteilen bei.
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen und einen konsequenten Bürokratieabbau verbessern. Dazu gehört Planungssicherheit für Landwirte durch marktwirtschaftliche Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass EU-Recht konsequent 1:1 in nationales Recht umgesetzt wird.
- Regulierung und Bürokratie wollen wir im Interesse der unternehmerischen Freiheit von Landwirten abbauen und die Direktzahlungen ab dem Jahr 2020 schrittweise reduzieren. Kappung ab einer bestimmten Hektarzahl und eine degressive Ausgestaltung von Direktzahlungen, auch in Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, lehnen wir jedoch ab. Das führt langfristig zu ineffizienten Betriebsstrukturen. Diese Instrumente führen zu keinen Verbesserungen beim Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz. Sie führen zu höheren Kosten durch Ausweichreaktionen, z. B. Betriebsteilungen und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft.
- Zu einem starken Europa gehört auch der Europarat mit seinen Organen. Mit seinen 47 Mitgliedstaaten kommt dem Europarat gerade bei der Umsetzung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten eine elementare Rolle zu, die wir Liberalen weiter stärken wollen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Charta der Grundrechte in allen EU-Mitgliedstaaten geachtet wird und wollen eine zügige Umsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention in der EU. Wir bekennen uns zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und unterstützen aktiv seine Reform.

2. Vom gemeinsamen Währungsraum zur Stabilitätsunion

Die Stabilisierung unserer Währung und der Kampf gegen die Schuldenkrise bleibt für uns Liberale auch in den kommenden Jahren eine der wichtigsten Herausforderungen. Wir wissen: Die Stabilisierung unserer Währung ist nicht umsonst zu haben. Aber für uns hat Europa nicht nur einen Preis. Sondern Europa hat für uns Deutsche vor allem auch einen Wert. Weil wir Frieden, Freiheit und Wohlstand für Deutschland dauerhaft nur durch und mit einem starken Europa gewährleisten können. Aber wir wissen auch: Das alles gibt es nur mit einer stabilen Währung.

Nachdem Sozialdemokraten und Grüne 2003 den Stabilitätspakt zerrissen und damit die heutige Krise ausgelöst haben, haben wir nun die Kehrtwende eingeleitet und eine neue Stabilitätskultur geschaffen. Um aus der Krise zu kommen, müssen wir Europa weiter stärken – und nicht Deutschland schwächen. Deshalb bleibt das Haftungsvolumen für den Bundeshaushalt verfassungsrechtlich streng begrenzt und das Haushaltsrecht des Deutschen Bundestages unangetastet. Das Parlament hat immer das letzte Wort. Und darum haben wir eine Verge-meinschaftung der Schulden durch Eurobonds oder einen Schuldentilgungsfonds verhindert. Wir wollen kein Schuldeneuropa, sondern eine echte Stabilitätsunion.

Auf dem Weg in die Stabilitätsunion haben wir bereits viel erreicht. Im Fiskalvertrag haben 25 Mitgliedstaaten vereinbart, nationale Schuldenbremsen einzuführen und ihre Haushalte in Ordnung zu bringen. Und mit den europäischen Stabilitätsmechanismen EFSF und ESM haben wir nicht nur Rettungsschirme für unsere Währung aufgespannt, sondern auch die Grundlage zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern geschaffen. Nach dem Prinzip „keine Leistung ohne Gegenleistung“ geht mit der Hilfe für die Krisenländer auch immer die Verpflichtung zu nachhaltigen und anspruchsvollen Reformen einher.

Wir wollen den Weg in die Stabilitätsunion weitergehen. Weil wir überzeugt sind, dass stabile Haushalte, mehr Wettbewerbsfähigkeit und stärkeres Wachstum die Voraussetzung für eine stabile Währung sind. Weil nur so Europa auf Dauer aus seinen Schulden herauswachsen und im globalen Wettbewerb bestehen kann.

Es darf nicht der Eindruck einer von Deutschland dominierten und dirigistisch lancierten Austeritätspolitik in der EU entstehen, die zu Ressentiments und dem Heraufbeschwören alter Feindbilder führt. Zur Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise muss Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden und Lösungen aufzeigen. Deutschland sollte anderen EU-Mitgliedstaaten konstruktiv bei der Implementierung von Strukturreformen zur Seite stehen und gleichzeitig für einen klugen Einsatz der EU-Haushaltsmittel werben, um möglichst schnell wirtschaftlichen Aufschwung für alle zu ermöglichen.

Dafür treten wir an. Dafür treten wir ein.

- Solidarität verlangt auch Solidität. Strukturreformen sind angezeigt. Länder, die ohne zeitweise Unterstützung nicht auskommen, müssen die mit den Partnern verhandelten Verpflichtungen einhalten. Der Reformdruck muss erhalten bleiben. Es darf keine falschen Anreize geben. Einen Rückfall in die keynesianische Schuldenpolitik der 1970er Jahre lehnen wir vehement ab. Für Liberale ist die Geldwertstabilität eine Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wachstum in der Sozialen Marktwirtschaft. Solidarität bedeutet zugleich Subsidiarität. Der deutsche Steuerzahler darf nicht verpflichtet werden, Leistungen zu finanzieren, die über die Standards im eigenen Land hinausgehen.

- Die Krise Europas begann mit dem Bruch des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Jahr 2003. Aus dieser Erfahrung ziehen wir die richtigen Schlüsse und setzen den von uns eingeforderten Fiskalpakt konsequent um. Nur wenn Europa die Abkehr von der Schuldenpolitik gelingt und wir den Weg in die Stabilitätsunion fortsetzen, schaffen wir einen verlässlichen Rahmen, der langfristiges Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit, Stabilität und Zuverlässigkeit der Eurozone und Europas insgesamt erzeugt. Zu stabilen Haushalten und solider Finanzpolitik gehört auch eine effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Zusammen mit unseren europäischen Partnern müssen wir durch Informationsweitergabe ein Abwandern von Vermögen aus einigen Mitgliedstaaten verhindern.
- Eine unabhängige Zentralbank ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine stabile Währung. Deshalb verteidigen wir die Unabhängigkeit der EZB gegen jeden Zugriff. Die EZB bleibt der Geldwertstabilität verpflichtet, wie sie in den europäischen Verträgen verankert ist. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die Sanierung der Staatshaushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.
- Wir haben es geschafft, vom Krisenmodus in den Krisenlösungsmodus zu kommen. Wir bauen eine Stabilitätsunion auf. Dafür sind eine sinnvolle Regulierung des Bankensektors und eine Bankenkontrolle unerlässlich, damit in einem klaren Ordnungsrahmen die Realwirtschaft nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft innerhalb der Eurozone funktionieren und gedeihen kann.
- Wir stehen für eine Stabilitätsunion mit soliden Haushalten und Finanzen. Eine Haftungsunion wird es mit uns nicht geben. Hierdurch würde neben der unbegrenzten Haftung des Bundeshaushaltes auch jeder Reformdruck von wettbewerbsschwachen Staaten genommen werden.
- Um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten wirksam und nachhaltig zu bekämpfen, werben wir für das duale Ausbildungssystem. Deutschland hat mit etwa sieben Prozent eine der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeiten in der Europäischen Union. Die Kombination aus beruflicher Praxis und schulischer Ausbildung ist ein Exportschlager für den europäischen Raum und darüber hinaus. Staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme, wie die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene "Jugendgarantie", halten wir für ordnungspolitisch falsch, da sie auf Dauer unfinanzierbar sind, lediglich Stroheffekte erreichen und ihre Ausgaben die Staatsfinanzkrise weiter verschärfen.
- Wir wollen, dass die EU-Mitgliedstaaten die eigene Budgethoheit und die Verantwortung zu sorgfältigem Haushalten auch in Zukunft behalten. Deshalb lehnen wir europäische Steuern ab.
- Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten, wie über Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds, lehnen wir Liberalen aus politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen ab, heute genauso wie in der Zukunft. Europa hat nur eine Zukunft als Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder für sein Handeln haftet. Darum setzen wir uns für eine europäische Insolvenzordnung für Staaten ein, um die bestehenden Stabilisierungsinstrumente zu ergänzen. Ziel muss es sein, die endlose „Rettungsroutine“ durch verbindliche Regeln zu ersetzen, die allen Beteiligten Sicherheit bieten, wann das Verfahren beginnt und dass es zügig beendet werden kann sowie ei-

nen fairen Interessenausgleich mit den Gläubigern und die Wiederherstellung der Kapitalmarktfähigkeit bewirkt.

- Der ESM ist keine Dauerlösung. Sobald eine funktionierende Stabilitätsunion mit effektiven Sanktionen bei übermäßiger Staatsverschuldung besteht, muss der ESM auslaufen.

VII. Frieden, damit mehr Menschen mehr Chancen bekommen

In Deutschland haben heute mehr Menschen die Freiheit, ihre Träume zu erfüllen und ihren eigenen Weg zu gehen. Das macht uns stark und schafft Wohlstand. Aber Deutschland darf sich selbst nicht genüge sein.

Verlässliche Bündnisse, die Friedensordnung der UN und ein starkes Europa haben dazu wesentlich beigetragen, dass uns ein Leben in Frieden und Wohlstand in Deutschland beinahe selbstverständlich erscheint. Das ist ein historischer Erfolg auch deutscher Außen-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik. Ein Erfolg, der uns zugleich Auftrag ist: Die Freiheit und die Chancen, die wir in Deutschland und Europa heute genießen, wollen wir möglichst vielen Menschen auf der Welt zugänglich machen. Mehr Menschen weltweit sollen in ihren Ländern in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben können.

Dieses Ziel wollen wir erreichen durch Kooperation innerhalb bewährter Organisationen und Bündnisse. Wir wollen bewährte Partnerschaften pflegen und ausbauen, aber auch neue Partnerschaften begründen. Wer Globalisierung gestalten will, braucht starke Partner.

Wir setzen dabei auf Dialog, Partnerschaft und den Vorrang politischer Lösungsansätze. Wir stehen zur Kultur der militärischen Zurückhaltung. Liberale Außen-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik. Sie setzt auf geteilte und gemeinsam getragene Verantwortung. Deshalb wollen wir, dass internationale Abrüstungsinitiativen weiterhin einen wichtigen Stellenwert in der deutschen und internationalen Politik einnehmen. Und deshalb investieren wir unsere Entwicklungszusammenarbeit in mehr Chancen für die Menschen in unseren Kooperationsländern. Wir setzen uns weltweit ein für die Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte, für den Schutz der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit wie auch für den Schutz von Fortschritt, den auf kultureller Selbstbestimmung basierenden Wohlstand sowie den Schutz unserer Bürger vor weltweiten Sicherheitsrisiken.

Globalen Problemen können wir nur in globaler Kooperation begegnen. Dadurch schaffen wir mehr Chancen für mehr Menschen auf der Welt. Mehr Möglichkeiten für den eigenen Lebensentwurf und mehr Chancen zur Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen.

1. In Verantwortung und Partnerschaft für mehr Frieden in der Welt

Deutsche Außenpolitik ist wertegeleitet und interessenorientiert. Sie orientiert sich an historisch gewachsenen und bewährten Wertegemeinschaften und sie sucht und fördert neue Partnerschaften. Ohne die transatlantische Partnerschaft oder unsere anderen etablierten Freundschaften und Bündnisse zu vernachlässigen, hat liberale Außenpolitik den Grundstein für neue Partnerschaften gelegt. Aufstrebende Staaten in Lateinamerika, Asien und Afrika sind als neue Kraftzentren in ihren jeweiligen Regionen und darüber hinaus immer wichtiger

werdende Partner für Deutschland und Europa – im Handel, aber auch bei der Bewältigung globaler Zukunftsaufgaben wie dem Klimawandel, der Abrüstung und dem Schutz der Biodiversität. Mit unseren Partnern weltweit werden wir weiterhin Probleme wie Klimawandel, Armut, Terrorismus, Krieg, Menschenrechtsverletzungen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen im Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung bewältigen.

Libérale Außenpolitik unterstützt die historischen politischen Umwandlungsprozesse in Nordafrika und der arabischen Welt mit maßgeschneiderten Transformationspartnerschaften. Wir Liberale wollen diese Gesellschaften in Richtung freiheitlicher Demokratie und Marktwirtschaft weiter unterstützen. Durch zahlreiche Projekte tragen gerade auch Nicht-Regierungsorganisationen dazu bei, Menschenrechte durchzusetzen, ihre Durchsetzung zu überwachen sowie Menschenrechte und demokratische Teilhabe im Bewusstsein der Bevölkerung und in den staatlichen Strukturen zu verankern. Die Einhaltung der Menschenrechte und echte bürgerschaftliche Partizipation sind das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eines Landes.

Wir setzen auf den Ausbau der Kooperation innerhalb bewährter Organisationen. Wir setzen auf Dialog und Partnerschaft. Auch da, wo es schwierig ist. Nur Dialog schafft Vertrauen und die Möglichkeit friedlicher Konfliktlösung. Liberale Außenpolitik ist Friedenspolitik.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir setzen uns ein für die vertiefte Integration in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (GSVP), indem wir den Vertrag von Lissabon mit Leben füllen und mit unseren europäischen Partnern in Ständige Strukturierte Zusammenarbeiten (SSZ) eintreten. Traditionelle Bindungen wollen wir weiter stärken, insbesondere die der transatlantischen Beziehungen. Gemeinsame Positionen im Rahmen der GSVP sind immer auch Orientierung für die im Weltsicherheitsrat vertretenen EU-Mitglieder. Langfristig muss die EU im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über einen eigenen Sitz verfügen. Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen im Rahmen des Weimarer Dreiecks mit Frankreich und Polen weiter verstärken. Die USA und Kanada, aber auch Wertepartner wie Japan und Australien bleiben unsere natürlichen Verbündeten bei der Lösung globaler Fragen im internationalen Rahmen.
- Die transatlantischen Beziehungen sind breit und vielfältig. Als strategisches Ziel der transatlantischen Kooperation treiben wir die Verwirklichung einer transatlantischen Freihandelszone voran, um gemeinsame Wohlstandsgewinne zu erreichen und um weltweit deutlich zu machen, dass die beiden globalen Zentren demokratischer Marktwirtschaft eng kooperieren.
- Die Beziehungen zu den neuen Gestaltungsmächten, die durch ihre Wirtschaftsdynamik, ihr Streben nach Teilhabe und Wohlstand und ihr wachsendes politisches Gewicht zu wichtigen Kraftzentren in ihren Regionen aufsteigen, werden wir ausbauen. Dies gilt insbesondere für Länder, die unsere demokratischen Werte teilen. Wer gestalten will, muss gesprächsbereit sein. Diese neuen Kraftzentren zur Übernahme von Verantwortung zu ermutigen und sie partnerschaftlich in internationale Strukturen einzubinden ist ein Kerngedanke liberaler Außenpolitik.
- Neben dem fortgesetzten Engagement in den Vereinten Nationen, der NATO, dem Europarat und der EU werden wir auch die Chancen neuer Formate wie der G20 verstärkt

nutzen. Diese Formate bieten die Chance, neue Lösungsansätze in die internationale Kooperation einzubringen. Ihr dauerhafter Erfolg wird von der Verbindlichkeit in der Ergebnisumsetzung abhängen. Im Zentrum der Reform steht für uns ein Weltsicherheitsrat, der die neuen Gewichte in der Welt des 21. Jahrhunderts angemessen widerspiegelt. Deshalb werden wir uns weiterhin für eine Stärkung und umfassende Reform der Vereinten Nationen einsetzen. Die Vereinten Nationen sind das Herzstück einer Weltordnung, die auf Kooperation setzt. Die Verstärkung der parlamentarischen Mitarbeit in den UN-Prozessen ist anzustreben. Auch die erfolgreiche Stärkung personeller Präsenzen Deutschlands in diesen Institutionen wollen wir fortsetzen.

- Zur Flankierung der UN-Klimaverhandlungen hat die FDP in ihrem Verantwortungsbereich die Klimaaußenpolitik als einen neuen Schwerpunkt deutscher Außenpolitik deutlich gestärkt. Dies eröffnet die Chance für Allianzen mit neuen Gestaltungsmächten, aber auch mit den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten. Zugleich wollen wir den Dialog über die wirtschaftlichen Chancen einer emissionsarmen Modernisierung weiter voranbringen und die Kommunikation der Energiewende im Ausland stärken. Dazu werden wir die deutsche Außenpolitik mit den notwendigen Mitteln ausstatten.
- Wie kaum ein anderes Industrieland ist Deutschland auf Freihandel und den Zugang zu den weltweiten Rohstoffmärkten angewiesen. Die deutsche Außenpolitik wird hierfür weiterhin konsequent eintreten. Hierzu gehören auch strategische Partnerschaften mit wichtigen Rohstoffländern im Rahmen einer nationalen Rohstoffstrategie und die weitere Verzahnung außen-, sicherheits-, entwicklungs- und wirtschaftspolitischer Interessen im Bereich der Außenwirtschaftspolitik. Auf die Einhaltung der Menschenrechte in den Rohstoffländern legen wir großen Wert.
- Als gewähltes Mitglied im Weltsicherheitsrat hat Deutschland 2011 und 2012 wichtige Akzente unter anderem beim Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, bei aktuellen Krisen in Syrien und im Jemen, bei der Staatswerdung des Südsudan und bei der Bewältigung der Stabilisierung von Afghanistan gesetzt. Wir haben mit dieser sehr erfolgreichen Arbeit gezeigt, dass Deutschland bereit ist global Verantwortung zu übernehmen. Auch auf Grundlage dieser Bilanz hat uns die Weltgemeinschaft für die Jahre 2013-2014 mit einem beeindruckenden Ergebnis in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gewählt. Diesen Vertrauensbeweis gilt es durch eine aktive, werteorientierte und verantwortungsvolle Menschenrechtspolitik gerecht zu werden. Deutschland wird darüber hinaus als Truppensteller und Geber von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen weiterhin seine globale Verantwortung wahrnehmen.
- Wir werden auch in Zukunft die demokratischen Kräfte in den Reformstaaten des Arabischen Frühlings durch Angebote im Bereich Rechtsstaatsaufbau, Marktzugang, Bildung und Arbeit unterstützen. Freiheit, Menschenrechte und Demokratie sind die Voraussetzung für politische und auch wirtschaftliche Teilhabe der Menschen und damit für den Erfolg der Reformkräfte. Wir setzen auf die Unterstützung regionaler Lösungsbemühungen. Regionale Kooperationen zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen – wie etwa im Kontext der ASEAN-Staaten – wollen wir stärken und partnerschaftlich an Lösungen mitarbeiten.

- Das deutsche Engagement im Nahostfriedensprozess werden wir unvermindert fortsetzen. Grundlage unserer Politik bleiben das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und eine ausverhandelte Zweistaatenlösung.
- Wir setzen uns mit Nachdruck für eine diplomatische Lösung des Konflikts um das iranische Nuklearprogramm entsprechend den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats ein. Eine atomare Bewaffnung des Iran wäre nicht nur für Israel und die gesamte Region eine Gefahr, sondern für die ganze Welt.
- Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa können wir nur mit Russland dauerhaft gewährleisten. Unsere Kooperation mit Russland ist heute breit und vielfältig. Niemals zuvor waren unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften so eng miteinander verflochten. Gerade deshalb beobachten wir die Einschränkungen von Bürgerrechten durch Regierung oder Justiz in Russland mit Sorge. Unser Blick für die strategischen Chancen der Zusammenarbeit mit Russland steht nicht im Widerspruch zu einem offenen und mitunter auch kritischen Dialog.
- Deutschland und China wollen die Chancen der Globalisierung gemeinsam nutzen. Die Frage, wie sich China langfristig in den globalen Ordnungsrahmen einbringt, wird immer wichtiger. Wir wollen ein China, das seine Rolle als verantwortungsvolle Gestaltungsmacht annimmt. Unser offener Dialog mit China hält auch Meinungsunterschiede aus. Menschenrechte sind ein wichtiges Thema unseres regelmäßigen Austauschs.
- Deutschland lebt von seiner Offenheit und Vernetzung. Das soll sich auch in einer modernen liberalen Visapolitik ausdrücken. Wir setzen uns für die Visafreiheit mit Russland, der Türkei und den östlichen sowie südlichen Nachbarn der EU ein, sobald sie die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Liberale Visapolitik in einer zusammenrückenden Welt muss Nähe gestalten und nicht Trennung verwalten.
- Gegenüber Weißrussland setzen wir uns für eine europäisch abgestimmte Sanktionspolitik gegenüber dem Lukaschenko-Regime und verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ein. Auch in der letzten Diktatur Europas sollen die Menschen die Chance haben, ihr Land zu einer freien und toleranten Bürgergesellschaft umzugestalten.
- Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik leistet als integraler Bestandteil unserer Außenpolitik einen unersetzlichen Beitrag für die globale Völkerverständigung. Wir setzen dabei auf die Zusammenarbeit mit den bewährten Mittlern wie dem Goethe-Institut, den politischen Stiftungen, Bildungsträgern und Kommunikationsforen, auf Rechtsstaatsdialoge, Wissenschaftskooperationen im Rahmen eines vernetzten Ansatzes sowie den Ausbau der positiven Eigendarstellung Deutschlands im Ausland. Der Netzwerkgedanke muss dabei noch stärker in die Arbeit der Mittler einfließen. Gleichzeitig wollen wir den Austausch von Wissenschaftlern und hochqualifizierten Experten noch weiter verstärken und uns weltweit als die offene und tolerante Bürgergesellschaft präsentieren, die wir sind.
- Besonders angesichts unserer demographischen Herausforderungen sind wir auf motivierte Hochqualifizierte aus anderen Ländern angewiesen. Wichtig ist dafür die Förderung der deutschen Sprache, die weiterhin im Zentrum der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik stehen muss. Die weltweite kulturelle Präsenz Deutschlands durch Mittlerorganisationen wie Goethe-Institute und Auslandsschulen soll weiter vorangetrieben

werden. Deutsche Auslandsschulen sind fester Bestandteil der deutschen Kultur- und Bildungspolitik. Sie sind Botschafter deutscher Bildungspolitik und spielen auch für die Außenwirtschaft, die internationalen Beziehungen und die Wertevermittlung eine große Rolle. Sie bekommen daher auch zukünftig unsere volle Unterstützung. Wir werden uns dafür einsetzen, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik finanziell weiterhin auszustatten. Sie ist eine tragende Säule der deutschen Außenpolitik.

2. Menschenrechte sind das Fundament einer freien Gesellschaft

Menschenrechte sind das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eines Landes. Nur wo Menschen in Freiheit leben können, kann es auf Dauer Hoffnung, Fortschritt und Wohlstand geben. Wir betrachten Menschenrechtspolitik als Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche berührt und Kern liberaler Außen- und Entwicklungspolitik ist.

Die Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte in Deutschland, Europa und weltweit ist Kernanliegen unserer Politik. Wir richten auch unsere Entwicklungszusammenarbeit an diesem Ziel aus. Finanzielle Zuwendungen für bestimmte Länder werden seither konsequent an die Einhaltung menschenrechtspolitischer Bedingungen geknüpft. Wir haben durchgesetzt, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen von den Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt wird. Wir haben Strafbarkeitslücken im internationalen Recht geschlossen und den Internationalen Strafgerichtshof gestärkt. Wir sind engagiert für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bi-Sexuellen, Transgender und Intersexuellen eingetreten. Das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium haben verstärkt Menschenrechtsprojekte für Homosexuelle im Ausland finanziert. Die Budgethilfe wurde für Staaten gestrichen, die Strafgesetze gegen Homosexualität erlassen haben. Asylbewerber, die in ihren Heimatländern mit entsprechenden Strafen rechnen müssen, werden nicht mehr abgeschoben. Und wir treten ein für die freie Ausübung der Religion und setzen uns ein gegen die Verfolgung von religiösen Minderheiten auf der Welt.

Die Universalität der Menschenrechte bleibt Garant für gesellschaftlichen Frieden, persönliche Freiheit, Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg. Sie zu stärken – in Deutschland, Europa und weltweit – ist unser Ziel.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Wir treten gegen eine kulturelle Relativierung des Menschenrechtsbegriffs und für die effektive Durchsetzung von rechtsstaatlichem Handeln in den internationalen Beziehungen ein.
- Wir wenden uns gegen jegliche Diskriminierung aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung. Die Unterdrückung oder der Angriff auf andere Menschen und einzelne Bevölkerungsgruppen sind stets Angriffe auf die Freiheit der ganzen Gesellschaft.
- Wir werden weiterhin entschlossen der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi-Sexuellen, Transgender und Intersexuellen in der Außen- und Entwicklungspolitik entgegenzutreten und die begonnene Politik in diesem Bereich fortsetzen.

- Freie Meinungsbildung ist die Grundlage von selbstbestimmtem Handeln und bürger-schaftlicher Partizipation, sie ist ein grundlegendes Menschenrecht. Wir treten ein für Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Presse.
- Wir setzen uns für die uneingeschränkte körperliche und geistige Unversehrtheit der Menschen ein. Deshalb engagieren wir uns mit allem Nachdruck für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und Folter. Bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus heiligt der Zweck nicht die Mittel; sie darf nicht mit einer Einschränkung menschenrechtlicher Standards einhergehen. Wir wenden uns daher gegen jegliche Versuche, im Namen von Terrorismusbekämpfung fundamentale Menschenrechte einzuschränken.
- Wir treten für die weltweite Ächtung von Menschenhandel, Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Zwangsprostitution und den Einsatz von Kindersoldaten ein. Denn körperliche Unversehrtheit ist ein fundamentales Menschenrecht. Durch weibliche Genitalverstümmelung wird in dieses Menschenrecht von Frauen und Mädchen auf grausamste Weise eingegriffen. Wir treten für eine explizite Strafbarkeit dieses Verbrechens ein, damit ein deutliches Signal ausgeht, wie verabscheuungswürdig dieses Verbrechen ist.
- Wir streben eine Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt an, um betroffenen Frauen einen verbesserten Opferschutz zu bieten.
- Mit Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Pakt der Vereinten Nationen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wollen wir Einzelpersonen nach Ausschöpfung des nationalen Rechtsweges die Möglichkeit geben, auf diesem Weg ihre persönlichen Rechte vor einem internationalen Gremium einzuklagen.
- Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu sanitären Einrichtungen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Gesundheit der Menschen und für deren Ernährungssicherheit. Deshalb setzen wir uns für eine bessere Geltung des Menschenrechts auf Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung ein und unterstützen entsprechende Initiativen auf Ebene der Vereinten Nationen.
- Korruption steht der Durchsetzung von Menschenrechten entgegen. Menschenrechtsschutz umfasst daher auch die Bekämpfung von Korruption. Wir setzen uns ein für eine verfassungskonforme Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption.
- Wir wollen eine weitere Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit – wie zum Beispiel des Internationalen Strafgerichtshofs. Unter dem Dach der Vereinten Nationen wollen wir den völkerrechtlichen Begriff der Schutzverantwortung ausdifferenzieren und weiter entwickeln. Dabei soll unter den Säulen „to prevent, to react und to rebuild“ der Stärkung der Prävention besondere Bedeutung zukommen.
- Mit dem Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention schließen wir eine Lücke beim Schutz der Menschenrechte in Europa. Wir werden für eine zügige Umsetzung des Beitrittsabkommens eintreten. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen in allen EU-Mitgliedstaaten ungeachtet der politischen Couleure der jeweiligen nationalen Regierung geachtet werden.

- Wir bekennen uns zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und unterstützen aktiv seine Reform. Dabei möchten wir an unsere Erfolge der Reformkonferenz von Brighton anknüpfen und werden uns für eine schnelle Umsetzung der Reformvorschläge einsetzen.
- Wir wollen die Menschenrechtsarbeit der OSZE fördern und die Stellung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) stärken.
- Wir wollen einen solidarischen Beitrag dafür leisten, dass Europa in der Welt ein sicherer Zufluchtsort für politisch Verfolgte ist. Deswegen setzen wir uns für eine europaweite menschenwürdige Regelung des Grundrechts auf Asyl und einen Europäischen Verteilungsschlüssel für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge - ähnlich dem Königsteiner-Schlüssel in Deutschland - ein. Ziel darf dabei nicht der kleinste gemeinsame Nenner sein. Wir wollen in Deutschland voran gehen und die Arbeitserlaubnispflicht von Asylbewerbern ebenso abschaffen wie die Residenzpflicht für Flüchtlinge. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen erst ab 18 Jahren als verfahrensmündig angesehen werden. Wir werden den einstweiligen Rechtsschutz in Dublin-Fällen gesetzlich so regeln, dass er dem Gebot des effektiven Rechtsschutzes und den Anforderungen der Dublin-III-Verordnung genügt. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sind deren Notlage und Bedürftigkeit entscheidend und nicht die Religionszugehörigkeit. Wir dringen darauf, dass es bei der Rückführung von abgelehnten Bewerbern in andere EU-Länder eindeutige und gemeinsame Bestimmungen über sichere Drittstaaten gibt.
- Nach langen 18 Jahren hat Deutschland seine Vorbehalte gegen die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen endlich zurückgenommen. Damit steht die Rechtsanwendung unter neuen Vorzeichen. Wir wollen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge das Kindeswohl stärker berücksichtigen und dazu gesetzliche Regelungen überarbeiten, beispielsweise die Bestimmungen zur Einreise beziehungsweise Familienzusammenführung.
- In Deutschland wollen wir die Verbesserung der Rechte für die Opfer von Frauen- und Menschenhandel, die Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus im Bereich Gesundheit und faire Entlohnung schnell und eingehend überprüfen.

3. Freiheit schützen, Chancen schaffen – liberale Sicherheitspolitik

Bedrohungen für Frieden, Freiheit und Sicherheit lassen sich in einer zunehmend globalisierten Welt immer weniger regional eingrenzen und in Kategorien von Staatlichkeit fassen. Globale Terrornetzwerke, organisierte Kriminalität, lokale und regionale Konflikte mit globalen Auswirkungen, Ausbreitung von Wüsten, Mangel an sauberem Trinkwasser, Hungersnöte und extreme Klimaveränderungen – all diesen globalen Herausforderungen können wir nur global und vernetzt begegnen.

Wir haben alle relevanten Ressorts der deutschen Außenpolitik im Rahmen eines vernetzten Ansatzes stärker koordiniert als es jemals der Fall war. Wir halten an der deutschen Sicherheitspolitik und an der Kultur der militärischen Zurückhaltung fest. Und wir haben den Fokus einerseits auf die Abrüstung sowie andererseits auf eine vorrangig zivil ausgerichtete Präventionspolitik gelegt. Wo es dennoch nötig ist, machen sich unsere Soldaten um den Frieden weltweit verdient. Unseren Soldaten in Afghanistan konnten wir durch einen erfolgreichen Strategiewechsel, hin zu stärkerer Vernetzung von politischen, entwicklungspolitischen und

militärischen Ansätzen, eine realistische Abzugsperspektive für 2014 eröffnen. Die Übergabe der Verantwortung in Afghanistan läuft. Der Abzug deutscher Kampftruppen hat begonnen. Auch nach dem vollständigen Abzug deutscher Kampftruppen aus Afghanistan werden wir das Land nicht im Stich lassen.

Unfreiheit, Armut und Chancenlosigkeit kann Nährboden für politischen und religiösen Extremismus sein und zur Ursache für Konflikte werden. Indem wir weltweit mehr Menschen mehr Chancen für das eigene Leben eröffnen, tragen wir dazu bei, Konflikte an der Wurzel zu bekämpfen, und nicht deren Symptome. Indem mehr Menschen weltweit mehr Chancen ergreifen, leisten wir gemeinsam einen Beitrag zu mehr Stabilität und zu dauerhaftem Frieden.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee. Vor Beginn von Einsätzen in Krisengebieten müssen die politischen Ziele und Zeitlinien sowie eine Exit-Strategie klar formuliert sein. Diese sind für die Dauer des Einsatzes fortzuschreiben.
- Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee haben wir echte Meilensteine bezüglich des Aufbaus und der inneren Verfasstheit der Bundeswehr gesetzt. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die bedeutende Arbeit der Bundeswehr Anerkennung in der Öffentlichkeit erfährt. Die Wertschätzung des anspruchsvollen und gefährlichen Dienstes unserer Soldaten ist gerade für eine Armee im Einsatz von überragender Bedeutung. Die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung wollen wir unter anderem durch eine entsprechende Repräsentanz in der Fläche erreichen.
- Wir wollen die Attraktivität des Dienstes weiter steigern. Die Gehaltshöhe, die Qualität der Infrastruktur, Weiterbildungsmöglichkeiten, Versetzungshäufigkeit, die Versorgung im Falle der Verwundung sowie die Vereinbarkeit von Dienst und Familie sind dabei wesentliche Faktoren.
- Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr muss durch eine entsprechende Finanzierung sicher gestellt sein. Auslandseinsätze dürfen dabei nicht zu Lasten des laufenden Etats des Verteidigungsministeriums gehen.
- Die NATO bleibt auch in Zukunft stärkster Anker unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Sie selbst, aber auch die anderen bedeutenden internationalen Friedens- und Sicherheitsorganisationen (UNO, OSZE, Europarat, EU) müssen in ihrer Handlungsfähigkeit fortlaufend gestärkt werden. Gleichzeitig werden wir uns für die Etablierung allgemein anerkannter Normen und Regeln im internationalen System und für eine noch intensivere Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen. Durch Schaffung gemeinsamer Strukturen sollen langfristig die Voraussetzungen für europäische Streitkräfte unter parlamentarischer Kontrolle geschaffen werden. Dazu muss ein gemeinsames sicherheitspolitisches Verständnis geschaffen und ein Ausgleich rüstungspolitischer Interessen herbeigeführt werden.
- Angesichts der Komplexität neuer Herausforderungen wollen wir eine ständige Schaltstelle auf Ebene der Bundesregierung zum Informationsaustausch und zur Koordinierung der militärischen und zivilen Maßnahmen in allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur Vorbeugung und Reaktion auf nationale und internationale Kata-

strophen und Krisen einrichten. Das Auswärtige Amt bietet sich als Grundlage für diese Struktur an. Dabei muss neben der Lageanalyse der „vernetzte Ansatz“ unter Wahrung der Ressortverantwortlichkeit gewährleistet und gestärkt werden. Außerdem muss die parlamentarische Kontrolle durch Beteiligung des Parlaments jederzeit sichergestellt sein.

- Wir wollen eine nationale Sicherheitsstrategie als Beitrag zu einer EU-Sicherheitsstrategie entwickeln und diese regelmäßig fortschreiben. Denn nur durch die Formulierung und regelmäßige öffentliche Diskussion einer solchen Strategie kann es gelingen, in einer breiten Öffentlichkeit Bewusstsein und Verständnis für sicherheitspolitische Themen zu schaffen. In einer offenen und toleranten Bürgergesellschaft muss Sicherheitspolitik mehr sein als ein Thema für wenige Spezialisten. Dabei gilt es, den politischen Auftrag der Bundeswehr stets klar zu formulieren und eine entsprechende Struktur und Rechtssicherheit für die Streitkräfte abzuleiten. Dabei muss der Schutz der territorialen Integrität Deutschlands als Auftrag und die Trennung der Zuständigkeiten von Bundeswehr und Polizei erhalten bleiben. Wir setzen uns für ein parlamentarisches Gremium mit vollumfänglichen Auskunftsrechten ein, das die Entscheidungen des Bundessicherheitsrats kontrolliert – vergleichbar mit dem Verfahren zur Kontrolle der Geheimdienste. Der Rüstungsexportbericht soll künftig zeitnah im direkten Anschluß an den Berichtszeitraum veröffentlicht werden. Die Kontrolle über den weiteren Verbleib und die Verwendung exportierter Waffen und Rüstungsgüter ist auszubauen. Die Rüstungskontrolle ist auf neue Technologien der modernen Kriegsführung wie z.B. Spionagesoftware auszuweiten.
- Im Rahmen der zivilen Krisenprävention und beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen nach einer Krise legen wir einen Schwerpunkt auf die Stärkung des Aufbaus von zivilen Fähigkeiten (Verwaltung, Justiz, Polizei). Darüber hinaus sollten die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, der Aufbau wirtschaftlicher Partnerschaften, die polizeiliche und rechtsstaatliche Zusammenarbeit sowie die Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit zur Konflikt- und Krisenprävention im Sinne eines kohärenten Politikansatzes gestärkt werden.
- Unser Ziel ist die Stärkung der nuklearen, radiologischen, chemischen und biologischen sowie konventionellen Kontroll- und Nichtverbreitungsregime. Die universelle Anwendung der internationalen Vertragsregime und Verhaltenskodizes ist unser erklärtes Ziel. Speziell im Rahmen der nuklearen Rüstungskontrolle setzen wir uns konsequent für eine umfassende Stärkung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages und für ein Inkrafttreten des Teststoppvertrages ein. Darüber hinaus wollen wir aber auch neue Wege gehen, um über die bisherigen Konventionen hinaus die weltweite Abrüstung voranzutreiben und zum Beispiel aktiv für den Beitritt von Nichtvertragsstaaten zum Biowaffen- sowie dem Chemiewaffenverbotsübereinkommen werben. An dem Ziel eines Abzugs taktischer Nuklearwaffen aus Europa halten wir fest.
- Die von uns eingeleitete Übergabe in Verantwortung an die Regierung Afghanistans und den Abzug der Kampftruppen für 2014 werden wir fortsetzen. Auch über dieses Datum hinaus werden wir die Menschen in Afghanistan beim Aufbau des Landes im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wirksam unterstützen.

4. Partnerschaftlich Verantwortung übernehmen – weltweite Entwicklungszusammenarbeit

Wir arbeiten dafür, dass mehr Menschen auf der Welt in Freiheit leben können und mehr Chancen bekommen, sich zu entfalten. Wir wissen: Wer heute nicht weiß, wovon er morgen leben soll, der ist nicht frei. Weil wir auf die Stärke dieser Menschen vertrauen, unterstützen wir sie dabei, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Denn die Freiheit des Einzelnen und die Verantwortung für andere gehören für uns untrennbar zusammen. Entwicklungspolitik ist auch Friedens-, Menschenrechts- und Sicherheitspolitik. Sie arbeitet auf die Stabilisierung fragiler Länder und Regionen hin, wirkt präventiv gegen Konflikte und hilft damit auch, dass Menschen nicht aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Um unsere Entwicklungszusammenarbeit nach diesem Grundsatz auszurichten, haben wir die größte Reform in der Geschichte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ins Werk gesetzt. Durch die Zusammenfassung der „Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“, des „Deutschen Entwicklungsdienstes“ und der „Internationale Weiterbildung und Entwicklung“ zur „Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ haben wir die Entwicklungszusammenarbeit schlagkräftiger gemacht.

Darauf wollen wir uns aber nicht ausruhen. Wir arbeiten weiter für effizientere Strukturen in der Entwicklungszusammenarbeit, damit jeder Euro maximale Wirkung erzielt. Mit dem unabhängigen Evaluierungsinstitut der deutschen Entwicklungszusammenarbeit haben wir im November 2012 den Schlussstein zu dieser Reform gesetzt. Von nun an stellt sich die deutsche Entwicklungspolitik erstmals einer wissenschaftlich fundierten, unabhängigen Begutachtung ihrer Aktivitäten, um aus den Erfahrungen ihrer Arbeit nachhaltig zu lernen. Dadurch haben wir die Schlagkraft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erheblich gestärkt und den zielgenauen Einsatz finanzieller Mittel ermöglicht. Wirksamkeit und Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit sind im Sinne der deutschen Steuerzahler wie auch unserer internationalen Partner.

Wirksamkeit und Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit erfordern regional differenzierte und länderspezifische Strategien der Kooperation mit unseren Partnerländern sowie die Umsetzung integrierter Entwicklungskonzepte vor allem in den Bereichen Bildung, ländliche Entwicklung, Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit und soziale Sicherung.

Wir haben die staatliche Entwicklungszusammenarbeit für China und die Türkei eingestellt und legen Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit auf 50 Länder, statt auf über 120. Wir haben unsere Kooperation stärker an der Einhaltung von Menschenrechten und guter Regierungsführung ausgerichtet und wir haben die Zusammenarbeit mit fragilen Staaten als Friedensinvestition gestärkt. Trotz Eurokrise und erfolgreicher Haushaltskonsolidierung konnten wir die Entwicklungsleistungen seit 2009 um fast zwei Milliarden Euro auf rund zehn Milliarden Euro steigern – Deutschland ist nun nach den USA der weltweit größte Geber.

Liberaler Entwicklungspolitik stellt den einzelnen Menschen mit seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen in den Mittelpunkt. Für uns ist Entwicklungszusammenarbeit keine mildtätige Hilfe, sondern eine Investition in eine bessere Zukunft für die Menschen in unseren Kooperationsländern und in Deutschland. Liberaler Entwicklungspolitik ist zugleich werte- und interessenorientiert und möchte das klassische Geber-Nehmer-Verhältnis durch eine Partnerschaft auf Augenhöhe ersetzen. Wir wollen die Entwicklungsländer nicht versorgen, sondern wir wollen sie ertüchtigen, eigenverantwortlich für sich selbst zu sorgen und vorzusorgen. Dadurch

schaffen wir Lebenschancen für mehr Menschen – für eine bessere, freiere und friedlichere Zukunft.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Liberale Entwicklungspolitik dient dem Ziel, weltweit Freiheit zu stärken und allen Menschen ein Leben in Würde, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Armut ist Unfreiheit. Die Beseitigung der Ursachen von Armut steht deshalb im Mittelpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit.
- Die Wahrung der Menschenrechte ist und bleibt für Liberale vorrangig. Das haben wir mit der Einführung einer verbindlichen Menschenrechts-Kontrolle für Entwicklungsprojekte unter Beweis gestellt. Dieses Instrument wollen wir in Zukunft konsequent weiter anwenden: Deutschland fördert, aber wir fordern auch – mehr Rechtsstaat, mehr Demokratie, mehr Marktwirtschaft und mehr Eigenverantwortung.
- Liberale Entwicklungspolitik setzt auf einen Dreiklang aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Staat allein wird die Entwicklungsherausforderungen der Zukunft nicht bewältigen können. Das gilt auch für die Entwicklungsfinanzierung. Die deutsche Entwicklungspolitik muss deshalb die Rahmenbedingungen so setzen, dass mehr private Investitionen und mehr zivilgesellschaftliches Engagement ermöglicht werden. Gemeinsam mit dem Privatsektor wollen wir weiter innovative Finanzierungsinstrumente entwickeln und umsetzen.
- Das Engagement der deutschen Wirtschaft ist eine Chance für unsere Kooperationsländer. Diese Zusammenarbeit wollen wir deshalb weiter ausbauen und insbesondere den deutschen Mittelstand weiter als Partner der Entwicklungszusammenarbeit gewinnen.
- Für uns steht die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik an erster Stelle. Wir bekennen uns zu den eingegangenen internationalen Vereinbarungen. Gleichzeitig muss die Bewertung der öffentlichen Ausgaben zur Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) nicht nur nach Quantitätsgesichtspunkten bewertet werden, sondern auch nach qualitativen Kriterien. Trotz unserer Erfolge bei der Steigerung des Entwicklungsetats ist nicht entscheidend wie viel Geld ausgegeben wird – sondern wie wirksam die Maßnahmen sind.
- Wir setzen in der Entwicklungszusammenarbeit bewusst auf das breite zivilgesellschaftliche Engagement aus der Mitte der Gesellschaft. Deshalb haben wir die Mittel für Nichtregierungsorganisationen, für die Kirchen und Stiftungen erhöht. Wir haben den Dschungel der Förderprogramme gelichtet und eine einzige Anlaufstelle für alle Menschen geschaffen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren möchten. Mit diesen Reformen möchten wir in den nächsten Jahren die Zahl der Engagierten in Deutschland verdoppeln.
- Liberale Entwicklungspolitik reagiert konsequent auf die globalen Machtverschiebungen. Das heißt: Mit aufstrebenden Schwellenländern muss die klassische armutsorientierte Entwicklungszusammenarbeit beendet und in eine neue Form der Kooperation überführt werden. Mit China sind wir diesen Schritt bereits 2010 gegangen und führen den Dialog auf Augenhöhe vor allem im Bereich Rechtsstaatlichkeit fort.
- Mit den Millennium-Entwicklungszielen ist es der Welt gelungen, sich erstmals auf ein gemeinsames Zielsystem festzulegen. Allerdings weist dieses Zielsystem Defizite auf. Die Wel-

tagenda nach 2015 muss das Nebeneinander verschiedener Ziele überwinden und der engen Verschränkung der Herausforderungen gerecht werden. Es sollen gemeinsame aber differenzierte Verpflichtungen für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer vereinbart werden.

- Innerhalb der europäischen Entwicklungspolitik setzen wir uns weiter für eine Reform der allgemeinen Budgethilfe ein. Wir wollen in Zukunft die Kriterien für Budgethilfe weiter verschärfen, um eine blinde Subventionierung von korrupten Regierungen zu verhindern. Die EU soll darüber hinaus in ihrer Rolle der Geberkoordinierung gestärkt werden. Eine Vergemeinschaftung der Entwicklungspolitik lehnen wir jedoch ab. Der Europäische Entwicklungsfonds muss zusätzlich in den EU-Haushalt integriert werden, um die fehlende parlamentarische Kontrolle herzustellen. Wir wollen den begonnenen Abbau bürokratischer Strukturen und Prozesse in der deutschen Entwicklungshilfe fortsetzen und setzen uns dafür ein, dass auch in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit Bürokratien abgebaut, Strukturen gestrafft und Prozesse beschleunigt werden.
- Zu oft wird Afrika ausschließlich auf Katastrophen, Hunger und Armut reduziert. Wir sehen in Afrika zuallererst einen Chancenkontinent mit jungen, leistungsstarken Gesellschaften. Schon heute entstehen in Afrika wichtige Innovationen, das Wirtschaftswachstum übertrifft in vielen Staaten das europäische Niveau bei weitem. Liberale Entwicklungspolitik setzt auf dieses Potential und möchte die Innovationskraft Afrikas befördern. Wir wollen gleichzeitig das viel zu negative Afrika-Bild in Deutschland korrigieren und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit entsprechend neu ausrichten.
- Unsere Politik der Freiheitsförderung setzt darauf, den gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Teilhabe zu unterstützen. Wir werden uns auch in Zukunft besonders für die Menschen in unseren Kooperationsländern einsetzen, die von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt betroffen sind. Ethnische und gesellschaftliche Minderheiten bedürfen unserer besonderen Unterstützung.